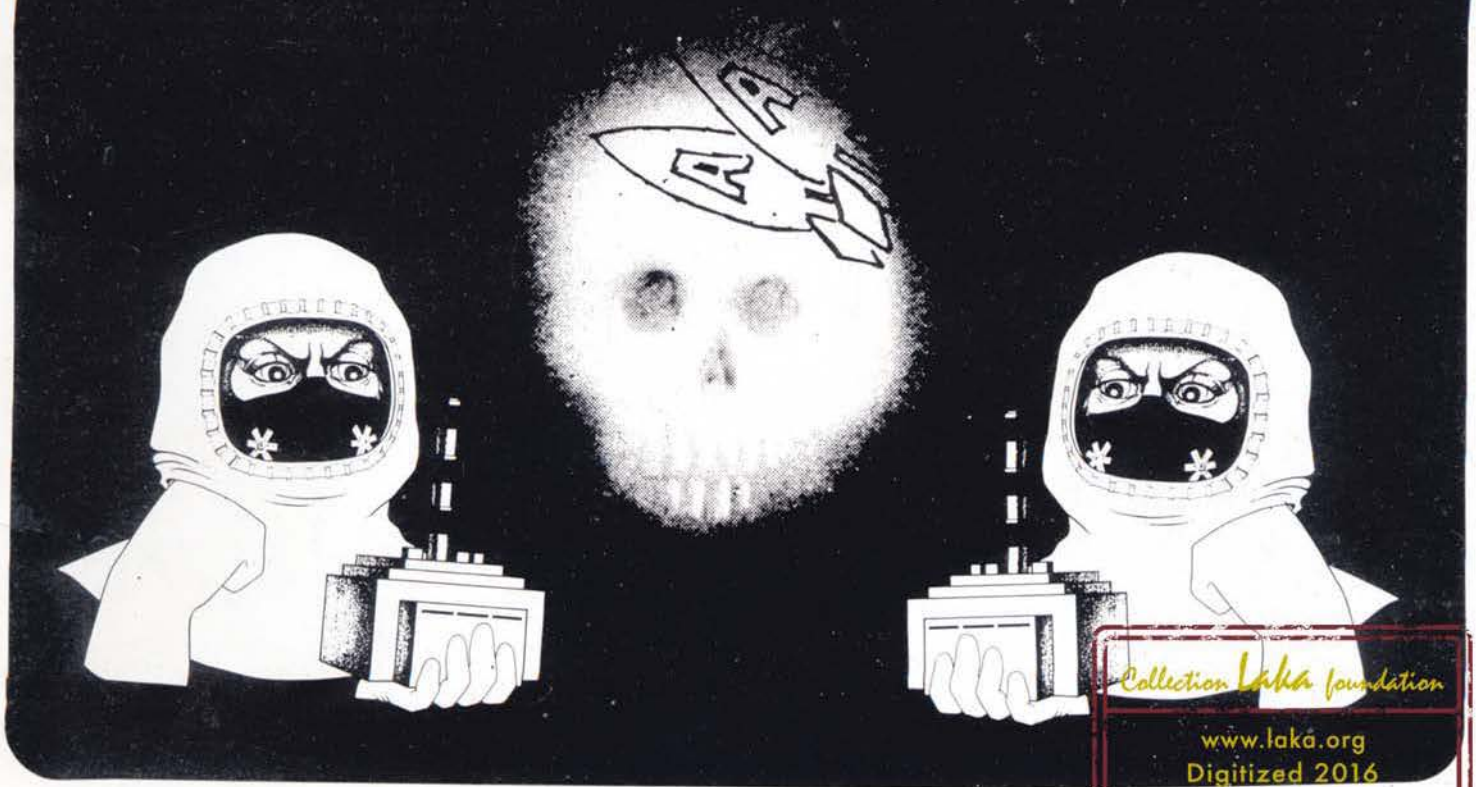
GORLEBEN AKTUELL

AG. WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE LÜNEBURG

DM 2.-

Nr. 15
Apr. 81

Nein zur Wiederaufbereitung in Hessen, Gorleben oder anderswo



Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Aus dem Inhalt :

Bericht über die Anhörung am 28.1. in Lüchow 3
Zwischenlager-Neuigkeiten 8
Republik Freies Wendland 10
SONDERTEIL: WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE ..... 11 - 26
u.a.:
– Direkte Endlagerung 12
– Beitrag von Helmut Hirsch 14
– Dichtung und Wahrheit über die Hessen-WAA 15
– Weitere WAA-Pläne (Gorleben etc.) 16
– WAA-Technik, Risiken etc. 19
– Widerstand in Hessen 24
– Unfall in La Hague 25
Kommunalwahlen in Lüchow-Dannenberg 27
Polizeikaserne in Lüchow 30
Grill's Grillen und Jauche 31
Demonstration in Uelzen 32
Prozesse 33
Brokdorf am 28.2. – aus Lüneburger Sicht 34
Nürnberg-Nachtrag 35

Impressum:
Gorleben Aktuell Nr. 14

Presserechtlich verantwortlich:
Günter Garbers, Lüner Str. 1b,
2120 Lüneburg

Telefonverbindung:
04131/45290 Gunter Harms
Mathias Küntzel
04131/31190 Günter Garbers

Herausgeber: AG Wiederaufbereitungsanlage, Lüneburg

Auflage: 3000

Bestellbedingungen:

Einzelverkaufspreis 2,–DM plus Porto
ab 10 Exemplare a. 1,50 DM plus Porto

Bestellungen bei: Gunter Harms,
Sültenweg 57, 2120 Lüneburg

Postscheckkonto 378 14 - 206
„Gorleben Aktuell" Günter Garbers
Postscheckamt Hamburg

Trotz Polizeistaat hier im Land – Hand in Hand im Widerstand !

Leserbrief zum Artikel:
Energiesparen ? – Nein, Danke

Insgesamt finde ich diesen und zwar nur diesen Artikel sehr schwach, gerade wenn er das Bild eines ganzen Wochenendseminars widerspiegeln soll, an dem ich nicht teilgenommen habe, hätte da doch etwas differenzierter auf die Probleme eingegangen werden können.

Sicher sind die Energielücken, die besonders im Kraftwerksbereich für die Zukunft prognostiziert werden, Unsinn. Sie sind aber nur Unsinn, weil wir in Zukunft anders mit Energie umgehen werden, als in der Vergangenheit. – Zudem ändert auch ein geringerer Verbrauch an Primärenergie bei uns in der Industriewelt nichts an der Tatsache der rasend schwindenden Öl-, Uran-, Gas- oder auch Kohlevorkommen. Dabei spielt es wirklich keine Rolle, ob wir dem Ende 10 oder 20 Jahre später nahekommen. Entscheidend ist, daß alle fossilen Rohstoffe und Brennstoffe unersetzlich und begrenzt sind und daß diese Begrenzungen auf keinerlei Weise in wirtschaftlichen Berechnungen oder politischen Überlegungen berücksichtigt werden, weil sie im normalen Wirtschaftsdenken gar nicht existieren. Dort gibt es keine Begrenzung, am Schreibtisch und Taschenrechner ist alles machbar und unendlich. –

Daß der Öl- und Energiepreis nicht nur durch die geringe Menge bestimmt wird, sehe ich auch, da werden vor allem Geschäfte gemacht. Wie aber will man/frau einen weltgerechten Energiepreis überhaupt festlegen. Ist 1 Liter Öl soviel wie 1 Liter Milch oder nur wie 1 Liter Mineralwasser.

Wenn wir nur die reinen „Produktionskosten" (Diebstahl oder Entnahme aus dem begrenzten Vorrat der Erde) berechnen würden, würde der Preis bis zum letzten Tropfen Öl vielleicht bei 10 Pf. (Heizöl 1970) bleiben, was absolut nicht dem Energiegehalt oder gesellschaftlichen Wert entspricht. Wieviel ist uns also die Energie wert, die doch nur unsere menschliche Energie wertlos macht. Also 2–3 DM wird uns das Benzin schon wert sein, eigentlich müßte es aber doch soviel wert sein, wie eine entsprechende menschliche Energie kostet. (Wenn 1 Liter Öl z.B. 3 menschliche Arbeitsstunden ersetzt, etwa 50 DM), oder doch zumindest soviel, wie die Herstellung einer entsprechenden Energiemenge immer wieder erneuerbarer Energiequellen (Sonne, Wind, Biogas, Holz) kostet.–

Das geht natürlich auch nicht, sonst würden ja Industrie und Ölscheichs ganz im Geld ersaufen. Wenn man aber die Energiepolitik etwas nach diesen Leitgedanken orientieren würde, so könnten die „Mehreinnahmen" für fossile Energie zur Förderung und Erschließung dauerhafter Energiequellen und zur Entwicklung intelligenter Energieausnutzung verwendet werden. –

Wir können in Zukunft auf Öl und Atom verzichten, ohne an „Lebensstandard" einzubüßen, nur alleine durch eine intelligentere Energieausnutzung. Das bezieht sich natürlich vor allem auch auf die Verschwendungspolitik bei Staat und Industrie, aber auch Haushalt und Verkehr machen immerhin 50% des Primärenergieverbrauchs aus. Da helfen nur umfassende Maßnahmen in allen Bereichen, was natürlich nicht nur durch die Energiesparaufkleber bewirkt werden kann, sondern durch die Wärme-Kraft-Kopplung, billige öffentliche Verkehrsmittel, gerechte Tarifpolitik, wo Energieverschwendung nicht durch billige Tarife belohnt wird und dezentral angepaßte Energieversorgung mit Wind, Sonne, Biomasse.

Dieter Schaarschmidt, Rondel

Liebe Leute von Gorleben Aktuell,

ich hab' gerade euren Artikel zur "Entsorgungs"situation in der letzten Nummer GA zu Ende gelesen; ich finde ihn rundherum gelungen und die beste Zusammenfassung der aktuellen Atommüll-Problematik, die ich bisher gesehen habe. Das wollte ich euch eben noch mal schnell schreiben, bevor über silvester ,Neujahr und das nächste Wochenende mit dem Brokdorf-Treffen die Begeisterung über den Artikel vielleicht schon vergessen ist...

...Noch was zur „Neuen Konzeption" von GA: wir hatten (und haben) ja ähnliche Probleme auch gehabt, Schreibmaschine oder Fotosatz, lockeres Filzstift-Lay out oder halbproffesionelle Raffinessen wie Schwarz/Weiß-Umkopieren etc...

Ich meine , ihr habt es mit der Umstellung auf Satz, festen Umschlag, größeren Umfang und Fotos gut getroffen! Während ich vorher oft dachte, ich habe, wenn ich GA lese, ein paar zusammengeheftete Flugblätter in der Hand - nix gegen Flugblätter!- Ich hab jetzt keine Angst mehr, daß mir das Ding auseinanderfällt, zumal ihr duch die vielen Faksimile-Abdrucke aus der EJZ ziemlich lebhaft lay-outet (guckt mal in die ,,Z'', dann wißt ihr bestimmt, was ich meine). Auch den Preis von 2Mark finde ich nicht überzogen; ich glaub nicht, daß euch viele Leser an den -jetzt billigeren- Atom-Express flöten gehen. Schließlich ist auf die Dauer nur durch die Lektüre von Atom-Express UND Gorleben Aktuell das Atomprogramm wirkungsvoll zu bekämpfen...

So, Schluß für heute - wir sehen uns ja öfter! Liebe und atomfeindliche Grüße
Reimar/Göttingen

Zur Entstehung dieser Zeitung haben beigetragen :
Bärbel, Birgit, BI Uelzen, Christine, Doris, Dieter(Rondel), Günther, Gunter, Hanne, Hella, Helmut(Gruppe Ökologie,Hannover), Karl, Marion, Martin(Nemitz), Matthias, Peter, Paul und Rita.

Atommüllager-Anhörung in Lüchow: Für die Betreiber ein FIASKO

Am 28.1.81 fand in Lüchow im Gildehaus eine Anhörung zum Thema Atommüllager der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) statt. Wenn Lächerlichkeit töten könnte, wäre die PTB spätestens seit diesem Tage tot. Selbstmord! Das Stück, das 50 Clowns aus Politik und Wissenschaft auf der Bühne des Lüchower Gildehauses aufzuführen gedachten, hatte die Bezeichnung: 'Wie täusch ich der Öffentlichkeit ein demokratisches Genehmigungsverfahren für das erste Castor-"Zwischenlager" vor?' Diese Täuschung ist der PTB allerdings nicht gelungen. Die Anhörung wurde von den Zwischenlagergegnern als Farce entlarvt und mit denen einer Farce angemessenen Mitteln behandelt.

"DIE ANHÖRUNG" - 1. AKT

Im Saal des Gildehauses fanden sich neben den 50 Atomclowns ca. 400-500 Besucher (vorwiegend Atomkraftgegner) ein, um das PTB-Schauspiel zu verfolgen. Um den tristen Saal und den Eindruck der grauen Anzüge der Politiker und Wissenschaftler etwas aufzulockern, wurden an den Wänden und zum Teil auch an den Tischen der Atomclowns Transparente und Plakate angebracht. Einige Leute hatten sich hübsch angemalt, Pappnasen, Eselsohren und andere Verkleidungsstücke mitgrbracht, um ihren Teil zu diesem Schauspiel beizutragen.

Eröffnet wurde das "Anhörungs-Schauspiel" von keinem Geringeren als von PTB-Abteilungsleiter Dr. Professor Werner Heintz (Intercity-Heintz). Bereits diese Auswahl des Anhörungsleiters war ein Griff in die Vollen: mit Werner Heintz hatte es gerade den getroffen, der erst kürzlich im Speisesaal eines Intercity lauthals mit dem vorstand der DWK die besten Tricks zur Umgehung der gesetzlichen Endlagervorschriften ausgeklungelt hatte. Vermutlich wegen seiner beispiellosen Doofheit, sich hierbei erwischen zu lassen, wurde er zur Anhörung nach Lüchow strafversetzt - denn wer von den Lüchow-Dannenbergern diesen Herrn sieht, sieht rot - und das will in dieser Gegend schon etwas heißen. Die daraufhin erhobenen zahlreichen Befangenheitsanträge gegen Intercity-Heintz und die PTB als Genehmigungsbehörde wurden samt und sonders von der denkbar kompetentesten Stelle im voraus abgeschmettert: vom PTB-Präsidenten Kind höchstpersönlich! Der Präsident hätte seinen Mitarbeitern doch schließlich bescheinigt, sie seien nicht parteilich! " Der Präsident hat entschieden, das ist sein Bier."

Pfarrer Mahlke aus Gorleben stellte diese Machenschaft so dar: *"Wenn ein Richter mit dem Angeklagten verwandt ist, gilt er als befangen. Wenn aber ein- und dieselbe juristische Person, nämlich die PTB, gleichzeitig Angeklagte und Richterin ist und gleichzeitig Genehmigungsbehörde und Antragstellerin* (Antragstellerin für das geplante Endlager im Gorlebener Salzstock, Anm. d. Red.) *und sich schliesslich nicht für befangen erklärt, wer soll denn das noch glauben?"* Obwohl ein gewisser Herr Gutemuth, ebenfalls von der PTB, sich schnellstens bemühte zu versichern, daß man die Besorgnis der Bürger verstehe...(?!), selbst aber nicht in der Lage sei, über die eigene Befangenheit zu befinden, wurde der Antrag der BI, selbigen Herrn PTB-Präsidenten Kind herbeizuzitieren, schließlich abgelehnt.

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S.3

Bereits zu diesem Zeitpunkt war die Stimmung im Saal eine Mischung aus Gelächter und Wut und es mehrten sich die Stimmen, die einen Abbruch dieser Bürgerverarschung forderten. Aber das Theaterstück der 50 Atomclowns ging weiter. Die Nächste "Einlage" der PTB ließ sich Intercity-Heintz nach einigem widersprüchlichen Gestammel entlocken, und zwar, daß seitensder PTB die Namen und Fragen der sämtlichen 244 Einwender an alle möglichen Regierungsstellen und anderen Behörden weitergeleitet wurden und somit das Datenschutzgesetz von der PTB eindeudig gebrochen wurde. Als dann auf die Frage eines Einwenders, warum im Sicherheitsbericht nicht nach Alpha-, Beta- und gammastrahlen unterschieden worden sei, die Antwort kam, die Schreibmaschine weise diese Buchstaben nicht auf, kochte die Stimmmung im Saal und die Forderung nach Abbruch der Farce wurde noch lauter. Zunehmend sahen sich Intercity-Heintz und Co. als Zielscheibe von Luftschlangen und Konfettiregen, von einzelnen Brüllaktionen und Eselsohrüberreichungen, während Kinder auf den Tische anderer "Sachverständiger" herumspazierten, mit ihren Mikrofonen und Akten spielten und die grauen Herrschaften sichtlich verunsicherten.

Gegen eine Horde von PTB-Sicherungskräften konnten Atomkraftgegner mit kräftigem Gedrängel einen Kiefersarg als Symbol für totsichere Castor-Behälter in den Saal schaffen. Unter Beifall aller anwesenden Zwischenlagergegner begann auf dem Podest eine parodistische Theatereinlage die die 50 Atomclowns an den Rand der Fassungslosigkeit und die Anhörung an den Rand des Chaos brachte. Nur mühevoll gelang es Intercity-Heintz und Co. - inzwischen sichtlich gestreßt - eine Pause herbeizustottern, um sich - von allen Seiten angebrüllt, angemacht, ausgelacht - noch so gerade eben aus der Affaire zu ziehen.

CASTOR--BEHÄLTER IN LÜCHOW GESEHEN

Die Lüchower Bevölkerung wurde durch eine gelungene Aktion am Vormittag der Anhörung am 28.1.81 auf die möglichen Castor-Behälter-Transporte aufmerksam gemacht. Ein von Uelzener Atomgegnern in Originalgröße nachgebauter Castor-Transportbehälter wurde von einem Trecker durch die Straßen der Innenstadt gezogen. Wegen eines "technischen Defekts" kam der "Castor-Transport" ausgerechnet am Marktplatz ins Stocken und stellte ein mahnendes und eindringliches Verkehrshindernis dar. Genau in diesem Moment entwichen dem Behälter bedrohlich anmutende Rauchschwaden und erregten die Aufmerksamkeit der Lüchower Wochenmarktbesucher. Der "Castor-Transport", eskortiert von einem eigenen "Bewachungspersonal", veranlaßte schon bald nach der "Panne" am Marktplatz eine Streifenwagenbesatzung der Lüchower Polizei zum Eingreifen. Zwischen den Staatsbeamten und dem "Bewachungspersonal" kam es zu einer kurzen Auseinandersetzung, als man seitens der offiziellen Staatsgewalt die Personalien des "Castor-Begleitpersonals"überprüfen wollte und dabei auf wenig Entgegenkommen stieß. Die Lüchower Polizei wollte bereits Atomkraftgegner mit zur Wache nehmen, als überraschend gemeldet wurde, die "Panne" sei behoben. Unbehelligt, jedoch nicht ohne Aufmerksamkeit zu erregen, konnte daraufhin sowohl der Behälter als auch sein "Begleitpersonal" den Weg zum Gildehaus fortsetzen, wo der Castor-Behälter direkt vor der Eingangstür einen wirkungsvollen Eindruck von der Scheußlichkeit dieser Behälter vermittelte.

KATASTROPHENPOLITIK DER PTB – 2. AKT

Der 2. Akt des PTB-Schauspiels begann nach ca. 2-stündiger Unterbrechung mit der "Debatte" über die nicht vorhandenen Gutachten. Die von der PTB angekündigte "sachgerechte, intensive Aussprache geriet zunehmend zum Tribunal über die Katastrophenpolitik der Zwischenlager-Strategen.

Intercity-Heintz:" **Wir haben nicht die Absicht, die Gutachten auszulegen. Wir bieten aber die Möglichkeit, sie im Laufe des Jahres in Braunschweig einzusehen.**"

Horst Wiese (Bäuerl.Notgemeinsch.): "**Sind die denn so schwer, daß Sie sie nicht nach Lüchow mitbringen konnten?**"

Wolf Römmig (BI):"**Gehe ich richtig in der Annahme, daß die Genehmigung für das Zwischenlager erst nach Vorlage dieser noch nicht erstellten Gutachten erteilt wird?**"

Intercity-Heintz:"**Ja, das gilt aber nicht für die Gebäudegenehmigung, die wird schon vorher erteilt!**"

Wolf Römmig:"**Also die Gebäude werden dann schon stehen?**"

Intercity-Heintz:"**Ja!**"

Wolf Römmig:"**Sie glauben doch nicht im Ernst, daß die DWK 65 Millionen Mark investiert, um dann zu hören, daß die PTB die Einlagerungsgenehmigung nicht erteilt!**"

Intercity-Heintz:"**Das ist nicht unser Risiko.**"

Publikum:"**Aber unseres! Sauerei!Buh!Buh!**"

Roland Kollert :" **Welcher Auftragszeitraum gilt denn für die noch nicht erteilten Gutachten?**"

Intercity-Heintz:"**Mitte dieses Jahres werden sie fertig sein. Das Sicherungsgutachten ist allerdings nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.**"

Daraufhin zählt Roland Kollert eine ganze Liste von Detailinformationen auf und weißt mindestens 20 Fehler, Lücken, Auslassungen, Widersprüche und Spekulationen nach, und zählt eine Reihe von Unterlagen auf, die alle nicht öffentlich zugänglich sind, weil die Veröffentlichung angeblich gegen Urheberrechte verstoßen soll und nach Auskunft der PTB zum Teil auch noch gar nicht fertig seien, obwohl bei dieser Anhörung ja gerade über die Sicherheit des "Zwischenlagers" debattiert werden sollte!

Hier ist daran zu erinnern, daß vor 2 Jahren die Anhörung für das "Zwischenlager" Ahaus bereits an dieser Stelle einvernehmlich unterbrochen wurde, da sogar den Betreibern aufgefallen war, daß ohne vorherige Gutachtenerstellung eine Anhörung zu Fragen der Sicherheit gar nicht möglich ist. Derartige Skrupel gehören der Vergangenheit an, es muß ein Platz für den überquellenden Atommüll gefunden werden, und zwar so schnell wie möglich!

Auch im Lüchower Gildehaus ist die Stimmung auf dem Höhepunkt, aber es geht noch weiter. Immer wieder wird Intercity-Heintz mit Fragen zum Sicherheitsbericht und zu dem Gutachtenskandal bombardiert. Weil er aber sämtlichen Fragen immer wieder ausweicht, wird der Tumult im Saal immer größer. Intercity-Heintz will nicht antworten, läßt die Mikrofone abstellen, ordnet die Unterbrechung der Sitzung an. Leibwächter versuchen ihn vor der anstürmenden Menge abzuschirmen, er hält sich an seiner Klingel fest und starrt mit weit aufgerissenen Augen hilflos die vielen Leute an, die ihn anschreien. Als er aufstehen will, wird er von einer Frau am Kragen gepackt und wieder auf seinen Stuhl gedrückt.*"Immer wenn sie nicht weiterwisssen, machen sie eine Pause. Das ist eine verdammte Sauerei. Sie gehen jetzt hier nicht weg, sie Feigling!"* Schließlich kann Intercity-Heintz sich aber doch befreien und kriecht auf allen Vieren unter einen Tisch weg in Richtung Bühne, wo die graue Hintergrundsregie der Gutachter und Wissenschaftler aufgesprungen ist und ungläubig, entsetzt und total verwirrt herumläuft.

Skandal-Chronik

Juni 1978: Die DWK lehnt eine Trockenlagerung von Brennelementen mit der Begründung ab, diese Methode sei *„noch nicht als machbar demonstriert".*

März 1979: Nach der völligen Infragestellung des Naßlagerkonzepts zog die DWK auf dem Gorleben-Hearing mit einem Taschenspielertrick die Trockenlagerung als „neue" Lösung plötzlich aus dem Ärmel.*„Allein die Tatsache, daß in erheblicher Zahl Brennelemente von einigen Tonnen in trockenen Behältern transportiert werden, zeigt, daß man ohne jede Zwangskühlung Brennelemente einlagern kann. Das Konzept ist im Detail durchgearbeitet."*

Juni 1979: Knapp 8 Wochen nach dem Gorleben-Hearing wird die Trockenlagerung bereits als **Kernstück** des neuen Entsorgungskonzepts für die kommenden 50 Jahre präsentiert !

August 1979: Erst zwei Monate später lag seitens der DWK ein Sicherheitsbericht für das Trockenlager in Ahaus vor.

Mai 1980: Das Bundesforschungsministerium veranlaßt im Rahmen eines „Bürgerdialogs" eine Veranstaltungsreihe für die Bürger des Landkreises Lüchow-Dannenberg, wo das „im Detail durchgearbeitete Trockenlagerkonzept" vorgestellt werden soll.
Am 10.Mai 80 findet das erste Seminar mit dem angeblichen Trockenlagerexperten Dr. Haag statt, der allerdings schon nach einer Stunde (!) den Fragen der Laien nicht mehr gewachsen ist und sich gezwungen sieht, sich selbst als inkompetent zu bezeichnen, da auch er Schwierigkeiten habe, an Informationen heranzukommen. Das Seminar muß abgebrochen werden !

November 1980: Auch beim zweiten Seminar kann der diesmal eingeladene Projektleiter des Zwischenlagers der DWK, Dyck, schon nach einer halben Stunde den detaillierten Fragen der Bürger nicht mehr standhalten und muß zugeben, daß er „nur auf einen allgemeinen Vortrag vorbereitet gewesen " sei ! Das Seminar muß abgebrochen werden !

Januar 1981: Das dritte Seminar findet gar nicht erst statt und wird von der DWK mit der fadenscheinigen Begründung „Arbeitsüberlastung" abgesagt, angeblich wolle sich die DWK intensiv auf die Anhörung vorbereiten !

28. Januar 1981: Der bisherige Höhepunkt der Bürgerverarschung findet bei der „Zwischenlager"-Anhörung im Lüchower Gildehaus statt (siehe dazu den Bericht in diesem Heft).

Februar 1981: Das von der PTB während der Anhörung am 28.1.81 in Lüchow gegebene „Versprechen", die noch zu erstellenden Gutachten könnten in Braunschweig eingesehen werden, wird bereits wenige Tage später wieder gebrochen:
Die Gutachten sind nicht öffentlich zugänglich !!

DAS ENDE DER FARCE – 3. AKT

Als die Atomclowns nach langer Pause wieder zurückkehren und nun noch besser von der Leibwächtergarde geschützt werden, spricht Marianne Fritzen als BI-Vorsitzende, nachdem alle prinzipiellen Argumente der Atomgegner genannt waren, das Schlußwort:*" Sie haben gesagt, es gibt Dinge, die der Bürger nicht wissen darf. Wir entgegnen ihnen: Hier im Landkreis gibt es Dinge, die wir nicht preisgeben, nämlich unsere Heimat. Heute sahen wir zwei Happenings, das eine der Theatergruppe mit Konfetti, das andere auf dem Podium mit Schlips und Kragen. Das Letztere ist gefährlicher!"*

So kam es zu einem sehr einheitlichen und geschlossenen Auszug der Atomgegner aus dem Saal, nachdem hierzu in eindringlicher Weise durch Jörg Janning und Marianne Fritzen aufgerufen worden war. Der Auszug wurde verbunden mit der Beiseiteschaffung sämtlicher Stühle (auch überraschte Kommunalpolitiker wurden bei dieser Gelegenheit aufgefordert, sich zu erheben) sowie mit einem kleinen Freudenfest. Wie angekündigt, setzte die PTB nach dieser letzten erzwungenen Unterbrechung die "Anhörung" fort, als habe sich nichts geändert. Dreißig der grauen Atomclowns kletterten von der Bühne und spielten im nun fast völlig geleerten Saal "Publikum".

Als die Presse wissen will, ob denn überhaupt noch Bewohner des Landkreises Lüchow-Dannenberg, geschweige denn Einspruchserheber anwesend sind, stellt sich heraus: Es befinden sich nunmehr ganze 5(!) Bewohner des Landkreises im Saal. Von den ursprünglich 244 anwesenden Einspruchserhebern blieb nur ein einziger (!) zurück - es handelte sich auch noch ausgerechnet um den Chef der örtlichen PRO-BI und Antragsteller der Brennelemnte-Lagergesellschaft Gorleben, dem eine Beschleunigung der Zwischenlagererichtung am Herzen lag. Der Rest bestand aus Betreibern und Sicherheitskräften. Das war der Presse dann doch zu dumm; in protestierender Einmütigkeit verlassen sie den Ort der Lächerlichkeit und lassen die PTB die Fortsetzung ihres Theaterspiels alleine betreiben. Für die Atomkraftgegner und die Presse war der Vorhang bereits gefallen.

DIE "ZUGABE"

Da die Lüchow-Dannenberger Kommunalpolitiker während der "Anhörung" keine Gelegenheit fanden, ihren Teil zu dem Theaterstück von PTB und Betreibern beizutragen, wollten sie es sich allerdings nicht nehmen lassen zumindestens einige Tage Später noch eine kleine "Zugabe" zu dem verkorksten Anhörungsschauspiel zu geben. Denn so ganz ohne den Senf der Kommunalpolitiker geht es janun auch nicht! Allerdings bekamen die Kommunalpolitiker mal wieder nichts anderes als ein Trauerspiel zustande, in dem die LüchowDannenberger Kreistags-Lügenbarone die Hauptrolle spielten.

Der Kreistag zeigte sich zutiegst besorgt über das Verhalten von Mitgliedern der BI und anderer Atomkraftgegner bei der "Zwischenlager-Anhörung" in Lüchow. Beide Fraktionen verfassten wieder eine ihrer "gefürchteten" Stellungnahmen, die gegen nur eine Stimme eines FDP-Abgeordneten verabschiedet wurde. Der Verlauf der Anhörung habe gezeigt, daß von Seiten der Atomkraftgegner eine *"sachliche und demokratischen Regeln entsprechende Aussprache nicht gewünscht wird"* vielmehr sollte *..."die Wahrnehmung des Rechts Dritter auf Anhörung und Erörterung sachlicher Einwände verhindert werden..."* (EJZ v.7.2.81).

Außerordentlich besorgt sind die Kommunalpolitiker auch um das Wohl der bei der "Anhörung" anwesenden Kinder.*"Ganz besonders verwerflich erscheint es dem Kreistag, daß für die politische Agitation Kinder mißbraucht wurden."* (!!) (EJZ v.7.2.81) Beruhigend zu wissen, daß die Herren Kreistagsabgeordneten sich so eindringlich um das Wohl der Kinder im Landkreis Lüchow-Dannenberg (ent-) sorgen!

Das entschlossene Verhalten der Atomkraftgegner auf der Lüchower Anhörung hat den Kommunalpolitikern offenbar Angst gemacht und so verweisen sie schon jetzt auf die nächste Informationsveranstaltung des Bundes im Mai dieses Jahres zum Stand der "Erkundungen" in Gorleben, indem sie die *"Bürgerinitiative und die ihr angeschlossenen Gruppen auffordern, eindeutig zu erklären, daß sie für einen ordnungsgemäßen Ablauf iherseits garantieren. Im anderen Fall müßten Störer ausgeschlosssen werden."* **(EJZ v.7.2.81) Dieser Aufforderung kann ohne Bedenken Folge geleistet werden. Natürlich werden die Atomkraftgegner einen in ihrem Sinne ordnungsgemäßen Ablauf garantieren können. Ob allerdings die Störer von PTB, Betreibern und anderen Atommafia-Mitgliedern ausgeschlossen werden können, muß abgewartet werden, schließlich sollen wir uns doch an sachliche und demokratische Regeln halten!! Oder nicht!?**

ZWISCHENLAGER-NEUIGKEITEN

Wie geht es nun mit dem Zwischenlager nach der Anhörungsfarce weiter?

Zuerst einmal muß ein Interview erwähnt werden, daß Prof. Heintz der HAZ (Hannoversche Allegemeine Zeitung) gegeben hatte. Es wurde in der Ausgabe vom 7. / 8.2.81 veröffentlicht.

Heintz sagte darin, daß die Einwände gegen das Zwischenlager die kritischen Stellen des Projekts getroffen haben. Es sollte jetzt mit Versuchen begonnen werden, die die Eigenschaften der Behälter bei längerer Betriebsdauer erforschen. Ganz richtig stellte er fest,'**die Einwender haben in der Sache ihre Finger in alle offenen Wunden gelegt.**' Das müssen wir uns mal vorstellen, die Betreiber wollen und müssen so schnell wie möglich ein Zwischenlager für ihren Dreck haben und der Heintz stellt sich hin und sagt, die DWK und die BLG sollen jetzt mit Langzeitversuchen beginnen. Niemand weiß, ob das Zwischenlager sicher ist. Die Sicherheitsgutachten sollen daher der Öffentlichkeit gar nicht erst zugänglich gemacht werden. (Weitere Informationen zu den Gutachten im Artikel zur Anhörung am 28.1.81.)

Aufgeschreckt haben diese Äußerungen von Heintz die Kommunalpolitiker und die Gorleben-Komission. Kurz nach Bekanntwerden des Interviews mußte Heintz vor der Kommision erscheinen, um dort seine Aussagen zu revidieren. Wohl unter dem Eindruck der Anhörung hat Heintz aus Versehen einmal in der Öffentlichkeit die Wahrheit gesagt und schon bekommt er dafür gleich wieder einen Rüfel.

Zu den wichtigsten Aussagen seines Interviews heißt es nun auf einmal, **daß Langzeitversuche nicht mehr als zwei Jahre betragen sollten und daß die PTB erst am Anfang des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens stehe aber in der Sachprüfung weit fortgeschritten sei.**

Geld regiert die Welt

Daß sich die Kreispolitiker ihr Ja zum Zwischenlager haben fürstlich honorieren lassen, dürfte inzwischen allgemein bekannt sein (Sportplätze, Turnhallen, Straßen etc.). Neu ist jetzt, daß die DWK innerhalb von vier Wochen nach Einrichten des Bauzaunes für das Zwischenlager insgesamt 5 Mio. DM an den Kreis, an die Samtgemeinde Gartow sowie an die Gemeinde Gorleben zahlt. Zusätzlich lockt die DWK die Kommunahlpolitiker mit jährlich 1 Mio DM solange das Zwischenlager betrieben wird (siehe hierzu auch Gorleben Aktuell Nr. 14, S. 10).

Zur Erinnerung sei noch einmal gesagt, daß dies nicht die einzigen Finanzspritzen sind. Weiterhin zahlt der Bund seit 1978 die runde Summe von 4,1 Mio DM per anno. Sie wird in diesem Jahr um 900.000 DM aufgestockt und soll 1982 um eine weitere Million erhöht werden. Summa sumarum wird die Gorleben Hilfe bis dahin fast 20 Mio DM betragen.

So verpacken wir die Abfälle, bevor sie für immer in der Tiefe verschwinden.

Um alle radioaktiven Abfallstoffe doppelt sicher zu lagern, werden sie vor der endgültigen Einlagerung so behandelt, daß sie in ihrer Form unveränderbar sind.

Flüssige und gasförmige Abfallstoffe werden in aufwendigen chemischen Verfahren verfestigt, in Konzentrate verwandelt und dann ebenso wie die schon festen Stoffe in Beton, Kunststoff, Bitumen oder Glas eingeschlossen.

aus: DEUTSCHLAND BRAUCHT KERNENERGIE
Werbebroschüre der DWK

Wasserleitungen

Im Submissionsanzeiger (Tageszeitung für öffentliche Ausschreibung von Bauarbeiten) wurde am 27.12.80 ein Text eröffentlicht, der die Vergabe vonRadwegearbeiten und die Verlegung von Trink- und Abwasserleitungen durch die Samtgemeinde Gartow und den Wasserbeschaffungsverband Höhbeck vorsah. Die Trink- und Abwasserleitungen sollten der Versorgung des zukünftigen Zwischenlagers dienen. Die Arbeiten sollten bis zum 15.4.81 fertiggestellt sein. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung fehlte diesem Vorgehen jegliche rechtliche Grundlage, da weder die Aufhebung des Landschaftschutzes, noch die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Bauleitplanung nicht erfolgt waren. Das zeigt mal wieder die Arroganz, die Überheblichkeit von Verwaltung und Politik, die Hand in Hand mit der interessierten Wirtschaft sich über den Bürger hinwegsetzen. Wahrscheinlich bekam der Wasserbeschaffungsverband Höhbeck, der wohl mit solchen Vorgehensweisen nicht vertraut ist, es doch mit der Angst zu tun und erklärte in einer Anzeige in der EJZ am 26.2.81, **daß die Arbeiten aufgrund des Ausschreibungsergebnisses nicht vergeben wurden und daß die Vergabe erst dann vorgesehen ist, wenn die zuständige Behörde die Baugenehmigung für das Zwischenlager erteilt hat. Außerdem sind bis dahin die abgegebenen Angebote so wie so nicht mehr gültig und die vorliegenden Ergebnisse nicht mehr anzuwenden.**

Soll die Ausschreibung am 27.12.80 etwa nur ein Irrtum gewesen sein?

Noch zwei Anhörungen

Am 3. März fand in Gartow im 'Haus des Gastes' eine Anhörung (vorgezogene Bürgerbeteiligung) zur 4. Änderung des Flächennutzungsplanes statt. Diese vorgezogene Bürgerbeteiligung soll jedem Gelegenheit geben, sich der Ausarbeitung des Entwurfs der Flächennutzungsänderung über die allgemeinen Ziele der Planung zu informieren und sich zu den Planungsabsichten zu äußern.

Als es dann soweit war hatte sich die Samtgemeinde Gartow mit 460 Einwänden zu beschäftigen. Im 'Haus des Gastes' fanden sich etwa 200 Leute ein, die die Kommunalpolitiker des öfteren in Verlegenheit brachten. Zu sicherheitstechnischen Fragen können sich Samtgemeindebürgermeister Rathje und Verwaltungschef Borchardt nicht äußern

Ihr Bereich ist ja nur die Änderung des Flächennutzungsplanes und diese wollen sie schnell durchziehen, damit die von der DWK versprochenen Schmiergelder schnell fliessen können (1,7 Mio DM für die Samtgemeinde Gartow). Nachdem Heintz von der PTB nun auch schon gesagt hatte, daß niemand weiß, ob so ein Lager sicher sei, argumentierte Borchardt in ähnlicher Weise, in dem er zugestand, daß keine Technik hundertprozentig sicher sei.Die Samtgemeinde habe eine moralische Verpflichtung das ihrige für die Energieversorgung der BRD zu leisten. Angeblich sollen viele Einwohner die Einstellung der Samtgemeinde teilen. Bei der Anhörung fehlten diese Meinungen allerdings. Lediglich ein Zuhörer sprach sich für das Zwischenlager aus.

Eine direkte Aktion im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung: die Reifen der Wagen vom „Informations"beauftragten des Landes Becker-Platen und vom PTB-Pressesprecher Viehl wurden zerstochen.

Parallel zur Änderung des Flächennutzungsplanes fand einen Tag später in Gorleben in der 'Alten Burg' eine Anhörung zur Aufstellung der Bauleitplanung statt. Auch diese Anhörung heißt im Amtsdeutsch 'vorgezogene Bürgerbeteiligung'. Nach dem Bundesbaugesetz ist es möglich, die Verfahren für die Änderung des Flächennutzungsplanes (Sache der Samtgemeinde) parallel zur Aufstellung eines Bebauungsplanes laufen zu lassen. Allerdings ist hieran zu erkennen, daß es die Kommunalpolitiker verdammt eilig haben, diese Verfahren durchzuziehen.

Diesmal waren die Kommunalpolitiker der Gemeinde Gorleben dran, sich den Fragen der Einwohner zu stellen. Bürgermeister Kantelberg und sein Gefolge versprechen sich vom Zwischenlager Arbeitsplätze und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur. Kantelberg vertrat die Meinung, daß die Gemeinde Gorleben von den DWK-Millionen ohnehin nicht viel abbekommt. Von der jährlichen Vertragssumme von 1 Mio. DM erhält die Gemeinde Gorleben 300000 DM, diese Summe entspricht genau den Steuereinkünften der Gemeinde (siehe hierzu Gorleben Aktuell Nr. 14, S.10).

Der weitere „Rechtsweg"

Nach den Berichten zu den beiden Anhörungen noch einige Erklärungen hierzu. Bevor mir dem Bau des Zwischenlagers begonnen wird, müssen drei Genehmigungsverfahren abgeschlossen sein. Zum einen die Änderung des Flächennutzungsplanes, die Aufstellung eines Bebauungsplanes und das atomrechtliche Genehmigungsverfahren. Samtgemeindedirektor Borchardt möchte das die Verfahren parallel durchgezogen werden. Während die PTB noch behauptet, daß sie erst am Anfang usw. und die Erstellung von Sicherheitsgutachten noch nicht abgeschlossen ist, wollen die Kommunalpolitiker vor den nächsten Wahlen noch schnell alles under Dach und Fach bringen. Ob die Anlage in Betrieb geht oder wie unsicher das Zwischenlager ist,das soll womöglich dann erst geprüft werden. Die Kommunalpolitiker glauben doch wohl selber nicht, daß wenn die Gebäude bereits stehen, daß dann noch von der PTB gesagt wird, die Anlage kann aus sicherheitstechnischen Gründen nicht in Betrieb gehen oder daß die DWK daraufhin einfach auf die Einlagerung des Mülls verzichten würde.

Wahrscheinlich werden die Betreiber mit der Errichtung des Zaunes (dann fließen die Millionen) im Sommer beginnen. Davor muß die Bezirksregierung Lüneburg vorher noch dem Antrag entsprechen, 80 ha aus dem Landschaftschutzgebiet herauszunehmen. Die Gemeinde Gorleben bot der Bezirksregierung eine kleine Entscheidungshilfe an, indem sie statt der beantragten 80 ha (es werden 15 ha für das Zwischenlager benötigt) nur noch 20 ha genehmigt haben will. Gegen die Entscheidung der Bezirksregierung ist kein Einspruch möglich.

Mit Rodungen oder Erdbewegungen können die Betreiber, rein rechtlich gesehen, erst nach Änderung des Flächennutzungsplanes beginnen. Die Möglichkeit juristisch hiergegen vorzugehen, wäre nur eine Normenkontrollklage, die allerdings nur von unmittelbar betroffenen Anliegern (Landwirten mit Nachbargrundstücken etc.) möglich ist.

Baubeginn am 4. Mai ?

Kürzlich gelangte die BI Lüchow-Dannenberg in Besitz eines internen DWK-Papiers, in welchem geradezu minutiös der gesamte Zeitplan für die verschiedenen Baustufen für das Zwischenlager aufgelistet ist.

An der Echtheit des Dokuments besteht kein Zweifel. Die wichtigsten Daten: am 4.5.81 ist der „Beginn der Baustelleneinrichtung" vorgesehen – einige Tage später sollen die „Erdarbeiten" beginnen. Alle Gebäude sollen bis Ende 82 betriebsfertig zur Verfügung stehen.

Diese Pläne müssten ja wohl zu durchkreuzen sein.....

Ausweisung eines Sondergebietes für ein atomares Zwischenlager

in der Samtgemeinde Gartow

(4. Änderung des Flächennutzungsplanes)

In den Erläuterungen dazu heißt es: „Mit der Realisierung der geplanten Anlagen soll ein positiver Beitrag erreicht werden", u. a. zur **„Verbesserung der Einnahmesituation der kommunalen Haushalte".**

„Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) **zahlt innerhalb von vier Wochen nach Einrichtung des Bauzaunes für das geplante Zwischenlager bei Gorleben** auf dem ehemaligen Tiefbohrplatz 1003 **insgesamt fünf Millionen DM** an den Kreis, an die Samtgemeinde Gartow und die Gemeinde Gorleben. Die Gesellschaft hat sich darüber hinaus bereit erklärt, jährlich eine Million DM auf Kreis- und Gemeindekonten zu überweisen, solange das Zwischenlager für bestrahlte Brennelemente betrieben wird. Das geht aus einem Vertrag hervor, den die DWK mit ihren kommunalen Partnern abgeschlossen hat." (EJZ vom 13. 2. 1981).

Deutschland konnte bisher stolz darauf sein, ein Land ohne Korruption zu sein, in dem man sich wenigstens bemühte, sauber und korrekt zu handeln. Wir waren stolz darauf, daß hier keine „orientalischen Verhältnisse" herrschten.

Ein Zwischenlager macht's möglich!

Wenn Sie etwas mehr über die Änderung des Flächennutzungsplanes wissen wollen, kommen Sie zur Anhörung

am Dienstag, dem 3. März,

um 14 Uhr ins Haus des Gastes in Gartow.

Arbeitsgruppe Rechtshilfe Gorleben

Freundeskreis Kultur und Medien der Freien Republik Wendland berichtet

Der Freundeskreis stellt sicht die Aufgabe die verschiedenen Initiativen aus dem Bereich von Kultur und Medien im Wendland zu untersützen und zusammenzuführen, wie z. B. die Theaterwehr Brandheide, die Wendländische Wochenschau (Video), Wendländische Filmkooperative, Radio Freies Wendland und anderes.

Beim großen Wendlandfest im Herbst letzten Jahres stellte sich der Freundeskreis erstmals der Öffentlichkeit vor. Die **Filkmkooperative** arbeitet z.Zt. an einer Fortsetzung ihres Films 'Die Herren machen das selber, daß ihnen der arme Mann feyndt wird', in dem über den weiteren Widerstand im Landkreis während und nach der Platzbesetzung von 1004 berichtet wird. Die **Wendländische Wochenschau** hat ihr Viedeomaterial über 1004 zusammengeschnitten und in einigen Dörfern im Landkreis abgespielt. Im Frühjahr soll mit neuen Produktionen begonnen werden. Im Weihnachtsstück der **Theaterwehr Brandheide** 'Der Stern von 1005', das sie zweimal vor großem Publikum in Trebel aufführte, wurde unser allergrößter Weihnachtswunsch war: der Bohrturm kippt Stück für Stück einfach um. **Radio Freies Wendland** sendet munter weiter. Nach einer sechswöchigen Herbstpause gehen beinahe jeden Sonnabend um 19.00 Uhr auf 101 Mhz, die aktuellen Ereignisse aus dem Landkreis durch den Äther. Höhepunkt war eine zweieinhalbstündige Sylvestersendung mit Jahresrückblick, Interviews zur Vorbereitung der 'Anhörung', ein Hörspiel, eine Ansprache des Standortkommandanten an die Bevölkerung und viel Musik.

Die Sonnaabendprogramme waren gefüllt mit Informationen über die laufenden Schweinereien, die im Landkreis und anderswo passieren. Da wurde berichtet über die Salzwassereinleitungen der PTB in die Elbe, über den schweren Unfall in der Atomanlage La Haque, Leute aus anderen Regionen, die ebenfalls von Atomanlagen bedroht sind kamen zu Wort und berichteten über das Vorgehen der Betreiber und ihren Widerstand dagegen. Unter dem Motto 'Geld stinkt nicht - oder doch?', wurde informiert wie sich DWK und BLG versuchen bei Vereinen und Verbänden im Landkreis anzuschmeicheln. Es gab aktuelle Informationen und Interviews zur 'Anhörung', zur Zwischenlagerplanung und zum Bau der Polizeikaserne. Einem Herrn im Landkreis haben die Sendungen wohl nicht gefallen. Der CDU Kreis- und Landtagspolitiker Herr Grill hat nämlich eine Anfrage an die Niedersächsische Landesregierung losgelassen. Darin fragt er u.a., **'ob der Sender Radio Freies Wendland noch ausstrahlt', 'ob es Verbindungen zwischen Radio Pflasterstrand und RFW gibt' und 'wie es rechtlich zu beurteilen ist, daß die Betreiber von RFW in der Elbe-Jeetzel-Zeitung jeweils ihre Sendungen per Anzeige ankündigen'.** Dabei hat Herr Grill wohl nicht bemerkt, daß die Hörer es sind, die sonnabends in der EJZ durch Anzeigen auf ihren Sender hingewiesen haben. Dies ist jetzt leider

nicht mehr möglich. Die EJZ druckt in Zukunft keine Anzeigen mehr ab, in denen aufs Radio hingewiesen wird. Die Oberpostdirektion Hannover und der Nordwestdeutsche Zeitungsverlegerverband, der selbst im Rundfunkgeschäft mitmischen will, haben der EJZ vom Abdruck von Radioanzeigen abgeraten.

Damit der Kontakt zu den Hörern bestehen bleibt wird RFW in Zukunft Hörertreffen organisieren und Frühschoppen / Stammtische mit Landwirten veranstalten. Es gibt jetzt auch ein Hörertelefon, wo die Hörer gleich nach der Sendung anrufen können und ihre Kritik an den jeweiligen Sendungen loswerden können.

Der Freundeskreis Kultur und Medien hat inzwischen auch angefangen selbst Veranstaltungen zu organisieren. Geplant sind Musik-, Theater- und Filmveranstaltungen. Als erste Veranstaltung wurde Anfang Februar der Film 'Septemberweizen' gezeigt, weitere Veranstaltungen werden folgen. Alle die den Freundeskreis unterstützen wollen, können dies durch den Erwerb einer Freundeskreis-Aktie tun. Die Aktien im Wert von DM 5 bis DM 20 können erworben werden durch Überweisung des Betrages auf Konto Nr. 7035, Volksbank Wendland, Trebel (BLZ 258 634 89), Freundeskreis Kultur und Medien, Stichwort 'Aktie'.

Gunter Heinz
Meta Hertz

aus: Neue Revue

„Professor Müller-Thurgau erklärt mal wieder die Wirkung der Kernenergie!"

Wie hieß es doch in der Weihnachtssendung von Radio Wendland, in der bekannte Landkreispersönlichkeiten ihre Weihnachtswünsche loswerden dürften:
Dr. Bäcker, pardon, Dr. Becker-Platen v. der gemeinsamen Informationsstelle: „Ich wünsche mir, daß man mich nicht immer Müller-Thurgau nennt."

Wie gewonnen so zerronnen
- Gorleben Bauern im Goldgeschäft -

Zwei Landwirte aus Meetschow bei Gorleben, die ihr Land an die DWK verkauft haben und dabei Millionenbeträge kassiert haben, sind jetzt einem Schwindel aufgeflogen. Frankfurter Geschäftsleute überredeten die Bauern ihr Geld bei einer Firma in Costa Rica anzulegen ,um dort eine Mine zu bauen und nach Bodenschätzen zu schlürfen.

Die Bauern zahlten ihre DWK-Millionen in die Firmenkasse ein. Einer der Bauern wurde sogar in den Urwald gelockt, um sich auf einer Reise über schmale Dschungelpfade und bei Tropenkost - es gab ausschließlich Bananen und Kokusnüsse - von der Seriosität des Unternehmens zu überzeugen. Zum gleichen Zweck wurde den Bauern eine 'Millionärin' präsentiert, die angeblich bereits erfolgreich in Costa Rica investiert hatte. Um ihre ersten Investitionen nicht zu gefährden, zeichneten die Bauern noch Wechsel über weitere Millionen. Jetzt ist das ganze Geschäft aufgeflogen, wo das ganze Geld geblieben ist, ist nicht bekannt.

Daß sich die DWK auf diese Weise ihr Geld wieder zurückgeholt hat, schließt die Staatsanwaltschaft aus.

Franz Biedermann (z. Zt. Costa Rica)

Nach uns die Sintflut - Teil 2
entsorgen tun wir morgen....

Im ersten Teil dieser Artikelfolge haben wir die derzeit praktizierten Verfahren der Atommüll-Beiseiteschaffung vorgestellt. (Gorleben Aktuell Nr.14) Dieser zweite Teil beschäftigt sich mit der angestrebten Wiederaufarbeitung sowie der - im „parallelen Ansatz" geforderten - direkten Endlagerung abgebrannter Brennelemente. Als weitere Schwerpunkte der Artikelfolge „Nach uns die Sintflut..." sind vorgesehen: - Endlagertheorien, besonders im Zusammenhang mit dem Gorlebener Salzstock; - AKW-Abriß- und Beseitigungstheorien, im Zusammenhang mit dem geplanten Mißbrauch der Schachtanlage Konrad bei Salzgitter.
Erstmals in dieser Ausgabe wurde der Abschnitt „Nach uns die Sintflut..." gegengelesen von dem Physiker Helmut Hirsch (Koordinator der WAA-Kritiker für das Gorleben-Hearing und Sprecher der „Gruppe Ökologie" Hannover). Wir verdanken ihm wertvolle Hinweise und Korrekturen, die in den Text eingearbeitet sind bzw. als Anmerkungen am Ende dieser Artikel-Zusammenstellung erscheinen.

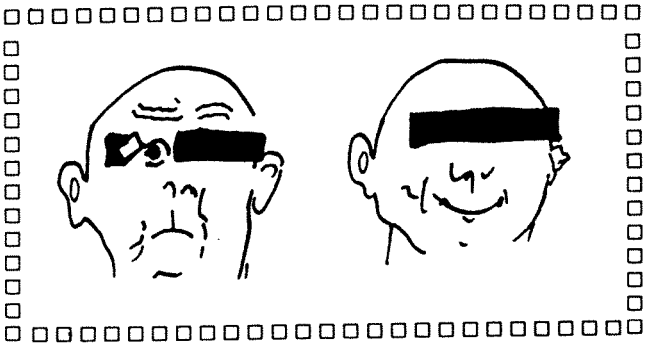
Der große Blöff...

In der berühmten Albrecht-Grundsatzentscheidung vom 16. 5. 79 wurde erstmals der Aufschub einer endgültigen Entscheidung über die Wiederaufarbeitung bei gleichzeitiger Forcierung der Zwischenlagererrichtung und Endlagererschließung gefordert.Diese Entscheidung war ein Teilerfolg der Anti-AKW-Bewegung, da die Betreiber aus politischen und wirtschaftlichen Gründen ihr gesamtes Entsorgungsprogramm am liebsten an einem Standort konzentriert hätten. Da sie auf der anderen Seite nichts verbaute sondern alles flexibler gestaltete bezeichnete sie 2 Wochen später Prof. Beckurts (Chef des Jülicher Kernforschungszentrums) *„ als eine vernünftige Lösung ".*Schließlich hatte der 1. Vorsitzende der DWK, Scheuten bereits im Mai 1977 die Abkoppelung der Zwischenlagerung von Beschlüssen über eine WAA gefordert:*„ Uns ist der Bauzeitplan bezüglich des gesamten Entsorgungszentrums weniger wichtig, als vor allem die Inbetriebnahme des Lagerbeckens. Sobald wir das Lagerbecken haben, haben wir in zeitlicher Hinsicht genügend Flexibilität, die wir auch nach meiner Auffassung nach brauchen, um in großer Ruhe und aller Sorgfalt die Wiederaufarbeitungsanlage selbst zu planen."*
(Gorleben Aktuell Nr. 8)
Die zur Schau getragene Zufriedenheit mit der Albrecht-Entscheidung hinderte Beckurts allerdings nicht daran, *„ eine kleine Anlage (gemeint:WAA,Red.) mit einer Kapazität von einigen Hundert Jahrestonnen"* zu fordern (Zeit v. 25.5.79),was ebenfalls den bereits 1977 von DWK-Scheuten geäußerten Überlegungen entsprach, *„alternativ unter Umständen die Anlage zu verkleinern...Da wir bezüglich der Wiederaufarbeitungsanlage noch genügend Zeit haben - ich spreche nicht vom Eingangslagerbecken (= Zwischenlager, Red.) , sondern von der Wiederaufarbeitungsanlage -, ist ein Umschwenken auf eine verkleinerte Anlage in den nächsten Jahren durchaus noch möglich."*(Nichtöffentliche Informationssitzung des Ausschusses für Forschung und Technologie am 25.5.77, Bonn)
Als Folge der Albrechtentscheidung legten die Regierungschefs von Bund und Ländern am 28.9.79 fest, die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für eine WAA mit Hochdruck fortzuführen, gleichzeitig aber auch die direkte Endlagerung (ohne WAA) *„ auf ihre Realisierbarkeit und sicherheitstechnische Bewertung "* zu untersuchen, um hierüber Mitte der 80iger Jahre ein abschließendes Urteil abgeben zu können. Letzteres war ebenfalls ein Zugeständnis an die massenhaften Proteste gegen WAA und Plutoniumwirtschaft, die im Hannover-Treck 1979 ihren Höhepunkt fanden. Eine „ Option " in Richtung Verzicht auf die WAA wurde allerdings nur auf dem Papier offengelassen, und Papier ist bekanntermaßen geduldig. In der Realität sollten und sollen die schönen Worte vom „ Parallelen Ansatz " lediglich den einseitig forcierten Marsch in die Plutoniumwirtschaft vernebeln:
Nachdem sich im Februar 1980 erstmals die sozialliberal regierte Landesregierung von Hessen in die durch die Albrecht-Entscheidung entstandene Lücke hineingehechtet hatte, konnte Ende letzten Jahres die DWK verzückt einen regelrechten Wettbewerb verschiedener Bundesländer um die zweite zu vergebende WAA registrieren. (Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern)

Einen zweiten, etwas geschickteren Blöff inszenierten die Atompolitiker mit der Gründung der „Enquete-Kommission" des Bundestages. Nach dem Vorbild der „Konzertierten Aktion" wurden in diese Komission neben 7 Abgeordneten (3 SPD/CDU,1FDP) 8 „Sachverständige" , darunter Befürworter wie Gegner der Atomenergie hineinbeordert. Als übergeordnetes Ziel sollte hiermit die Atomenergie-Kontroverse in der BRD „entkrampft" werden. Ursprünglich Ende März 1979 zur Vorbereitung einer Buntestagsentscheidung über die Zukunft der Schnell-Brüter-Technologie einberufen, legte die „Enquete-Komission" Ende Juni 1980 ihren Bericht zum Thema „Zukünftige Kernenergiepolitik" vor.

Dieser Bericht skizziert 4 Möglichkeiten von Energiepolitik für die 80iger Jahre, die zwischen einem massiven Ausbau der Atomenergie und ihrem völligen Verzicht (auf der Grundlage von Energieeinsparungen) angesiedelt sind. Für die gesamten 80iger Jahre schlägt der Bericht eine „ faire Konkurrenz " zwischen dem Weg der Energieeinsparung und dem des Ausbaus des Atomprogramms vor; eine endgültige Entscheidung soll dann angeblich erst 1990 gefällt werden. **Mit einem Stimmverhältnis von 12:3 (3 CDU-Abgeordnete stimmten dagegen) wurde als integriertem Bestandteil der „fairen Konkurrenz"**

- **für den Bau neuer AKWs im Rahmen des „Bedarfs"**
- **für die Wiederaufarbeitung nach dem „parallelen Ansatz" , also zum Zwecke des Experimentierens sowie**
- **für eine Fortsetzung des Baus vom Schnellen Brüter in Kalkar votiert.**



Die Ja - Stimmen hierfür stammen u:a. von dem im Freiburger Öko-Institut engagierten Prof. G. Altner sowie zwei weiteren Kritikern der Atomenergie: Prof. v. Ehrenstein (Bremen) und Prof. Meyer-Abich (Essen). Auch Prof. Bossel (Mitautor des vielgelesenen Ökologiebuches „ Energiewende" und Mitglied des Ökoinstituts) hat sich vorbehaltlos hinter diese Entscheidung gestellt. (s. „Ökomitteilungen" Nr. 10 des Freiburger Öko-Instituts) .

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

Ob dieses Verhalten allein mit professoraler Weltabgeschiedenheit und Naivität zu erklären ist, soll an dieser Stelle nicht weiter untersucht werden. In einer Stellungnahme der „Kerntechnischen Gesellschaft" jedenfalls wird u.a. die Haltung dieser Professoren als ein *„Meilenstein auf dem Weg zur Versachlichung der Diskussion, zur Überwindung emotioneller Vorurteile"* sowie als *„ Basis fürs kommende Jahrzehnt"* abgefeiert. (Atomwirtschaft 12/80)

Und in den „ Analysen" Nr.5/80 des ebenfalls nicht gerade überparteilichen „Deutschen Atomforums" („Stellungnahme zum Bericht der Enquete-Komission ‚Zukünftige Kernenergiepolitik' ") heißt es (peinlich, peinlich!):

„ Das Deutsche Atomforum begrüßt es, daß es in der Komissionsarbeit gelungen ist, auch Gegner eines geschlossenen Brennstoffkreislaufs von der Verantwortbarkeit einer Wiederaufarbeitungsanlage zu überzeugen, wenn auch einer Demonstrationsanlage mit einer kleineren Kapazität, als sie für das integrierte Entsorgungszentrum geplant war." (S.10)

Zusammenfassend stellt das „Deutsche Atomforum" fest: *„ Die , Enquete-Komission' fordert für die Energiepolitik der 80iger Jahre einen fairen Wettbewerb ohne gegenseitige Behinderung von Energiesparen einerseits und begrenzter Kernenergienutzung andererseits. Nach Auffassung des Deutschen Atomforums ist die Verfolgung dieser „Doppeltstrategie" vernünftig und akzeptabel. Sie bietet allen Beteiligten einen Mindestrahmen, innerhalb dessen sie verantwortungsvoll und aktiv an der Lösung der Energieprobleme arbeiten können...Da in der Komission sowohl Kernenergiekritiker als auch -befürworter vertreten waren, ist es von grundsätzlichem Wert, daß ein Grundkonsens erreicht und u.a. einvernehmlich festgestellt wurde, daß eine begrenzte Kernenergienutzung sicherheitstechnisch verantwortbar ist. Die Komissionsarbeit hätte ihr Ziel verfehlt, wenn die erreichte Übereinstimmung im Nachhinein zerredet würde.Die Empfehlungen der Komission sollten daher als gegenseitige Verpflichtung zu entsprechendem Handeln verstanden werden."*

Jawohl, diesen Kuhhandel hätten sie gerne ! Auf der einen Seite unterstützt das Deutsche Atomforum die (leider auch von Atomgegnern noch viel zu wenig hinterfragte) Energiesparkampagne der Bundesregierung („ Ich bin Energiesparer ! " , „ Wir alle müssen den Gürtel enger schnallen '...) und als Gegenleistung sind wir so nett und helfen dieser noblen Vereinigung beim Bau einer „kleinen" WAA.

Auch wenn einige „kritische Wissenschaftler" diesen Seelenverkäufern die Hand reichen und sich und jedermann/frau aus der Verantwortung stehlen und auch wenn uns die formvollendete „Sachlichkeit" dieses Bundestagsgremiums von interessierter Seite als vorbildlich angedient wird : wir brauchen nicht erst noch weitere 10 Jahre, um zu wissen, was zu tun ist !

Auch dieser Blöff ist zum Scheitern verurteilt.

Direkte Endlagerung.....

Auf Initiative des DGB und unter dem Eindruck der Gorlebener Proteste etablierte sich etwa zeitgleich zum Gorleben-Hearing (März 79) die Forderung nach Erforschung direkter Endlagermöglichkeiten für abgebrannte Brennelemente. Es sollte ein Weg gefunden werden, der eine weitere Nutzung derAKWs ermöglicht ohne das der befürchtete Einstieg in die Plutoniumwirtschaft (WAA, Schnelle Brüter) zwangsläufig würde. Die Parteitagsbeschlüsse von SPD und FDP zugunsten des weiteren Ausbaus der Atomenergie wurden in der Folgezeit nur noch unter der Voraussetzung gefasst, daß gleichberechtigt zur WAA-Technologie die Möglichkeiten direkter Endlagerung untersucht werden. Inzwischen hat die Bundesregierung tatsächlich ein Forschungsprogramm „Andere Entsorgungstechniken" eingeleitet, daß allerdings solange nur als Alibi-Programm angesehen werden kann, wie gleichzeitig der Bau von WAAs in Hessen und Rheinland-Pfalz vorbereitet wird. Das Hauptproblem bei der direkten Endlagerung besteht darin, daß das Endlager ca. 1 Mio. Jahre von der Biosphäre sicher abgeschlossen werden muß, da in den Brennelementen das Plutonium und Uran noch vollständig enthalten sind.(1) Nach Angaben des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) müssen *„ die methodischen Grundlagen erst noch erarbeitet werden "* und zwar für *„verschiedene Störfall-Szenarien"*. Insbesondere kommt es dabei auf die *„Langzeitstabilität des Endlager-Berkwerks"* an, was einen *„qualitativ anderen Ansatz für die Sicherheit des Bergwerks erforderlich macht"* als für das Endlager hochaktiven Mülls aus der WAA. Gleichwohl soll hierfür *„bevorzugt Salz als Endlagermedium"* untersucht werden. Das steht im Widerspruch zu den Forschungsbemühungen in den USA, Kanada und Schweden, die sich auf Granit- und Basaltlager konzentrieren und z.T. vom Salz explizit abgerückt sind. Das BMFT:*„ Detaillierte Planungen und Untersuchungen für andere Endlagermedien sollen nur durchgeführt werden, falls sich grundsätzliche Bedenken an der technischen und sicherheitstechnischen Realisierbarkeit der Endlagerung abgebrannter Brennelemente in Salz ergeben."* Allerdings stehen auch die ausländischen Forschungsteams vor einem Berg ungelöster Probleme:

Schweden: Seit drei Jahren sind Betriebsgenehmigungen für neue AKWs dort abhängig vom Nachweis einer „absolut sicheren Entsorgung" entweder mit oder ohne WAA. Folgender Papiernachweis wird bereits anerkannt:

40 Jahre Abklingzeit der Brennelemente in einem Naßlager 50 Meter unter der Erde (existiert allerdings noch nirgendwo). Dann Zerlegung der Brennelemente und Verpackung der einzelnen Stäbe in

- Behältern mit 20 cm-Wand aus hochwertigen, sauerstoffreiem Kupfer, mit Auskleidung und Füllmaterial zwischen den Brennelementen in Blei. D.h. eine Unmenge wichtiger Rohstoffe müßten geopfert werden, die an einer anderen Stelle sehr mühsam aus der Erde herauszuholen wären. Hierzu hat es bisher lediglich *„einen inaktiven Versuch mit einem kleinen Kupferbehälter und einer Brennelementatrappe gegeben."*
- Behältern aus feinpulvrigem hochreinen Aluminiumoxyd (extremer Stromverbrauch bei der Herstellung!) , das mit über 1000 bar bei über 1000 Grad C zu Korund verpreßt wird, ein Stoff so hart wie Diamanten. Da solche Behälter aber nur 3 Meter lang hergestellt werden können, müssen die Brennstäbe vorher in Stahlhüllen eingeschweißt und zu Spiralen gedreht werden, sonst sind sie zu lang. Erprobt wurde hier noch gar nichts, weil man die hohen Drücke und Temperaturen scheut, die beim Verschließen der Behälter nötig sind. In beiden Varianten ist vorgesehen, die Behälter in 500 m Tiefe in Granit-Bohrlöcher zu versenken. Über den berühmten Satz *„An der sicherheitstechnischen Realisierbarkeit dieses Konzepts bestehen keine Zweifel" ist man allerdings noch nicht hinausgekommen.*

USA: Es wird die übertägige Zwischenlagerung von Brennelementen in Betonblöcken oder oberflächennahen Bohrlöchern und seit 1980 die Einlagerung in Granit getestet.

Kanada: Hier soll Mitte der 80iger Jahre ein Demonstrationsbergwerk ausgebaut werden, 1000m tief in Gneis, Granit und/oder Basalt. Über die Behälter existiert noch kein Konzept.(Informationen und Zitate aus einem Gespräch mit Vertretern des BMFT)

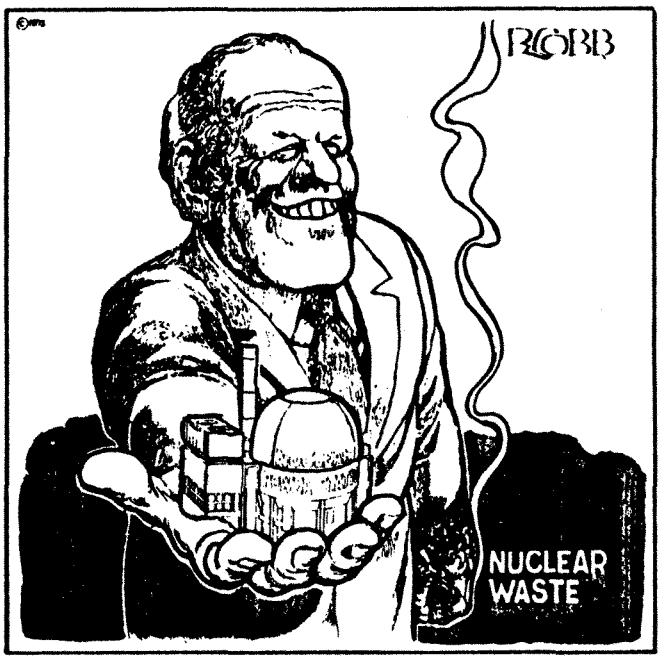
Doch wer nun annimmt, es gäbe keine Möglichkeit, Sicherheit für etwa 1 Mio. Jahre im Vorraus zu garantieren, hat sich getäuscht.Westdeutsche Sicherheitsphilosophen kennen kein Tabu: nur einen Monat nach Vergabe des BMFT-Forschungsauftrags wußten die Kernforscher aus Karlsruhe in einer Mitteilung zu berichten, daß es derzeit keine *„technisch-wissenschaftlichen Gründe"* gebe, die *„ die direkte Endlagerung abgebrannter Brennelemente als nicht realisierbar erscheinen lassen."* Die Endlagerung sei „technisch *im Prinzip durchführbar, wenn auch noch einige Forschungsarbeiten für die Verpackung notwendig seien."* (Welt vom 3.10.80) **Peng !!**

Die Kaltblütigkeit, mit der die Atombande sich darüber ausläßt, auf welche Art und Weise sie der Menschheit für 1.000.000 Jahre ein hochaktiv verseuchtes Erbe hinterläßt, ist atemberaubend.
Angesichts der traurigen Realität , daß die Kernforschung überhaupt erst seit 40, von Katastrophen, Störfällen und Pannen gekennzeichneten Jahren existiert, findet dieser Größenwahn seine Parallelen in den faschistischen Abenteuerideen vom „1000jährigem" Reich.

.....ein totgeborenes Kind ?

Die Atomindustriellen sind sich einig in der strikten Ablehnung der direkten Endlagerung von Brennelementen.Lediglich in Ausnahmefällen erscheint ihnen dieses Verfahren profitabler:*„Bei gewissen Brennelementen, die Schwierigkeiten bereiten bei der Wiederaufarbeitung, ist die direkte Endlagerung möglicherweise wirtschaftlicher, sofern der Staat im Rahmen seines Genehmigungsverfahrens die endzulagernde Radioaktivität akzeptiert."* (Blick durch die Wirtschaft vom 26.9.80) Gemeint sind hier die Brennelemente aus Reaktoren, die auf dem Thoriumkreislauf basieren und für die keine Wiederaufarbeitungsmöglichkeit besteht.
Es ist also pure Scheinheiligkeit, wenn die Betreiber die direkte Endlagerung aus Sorge um die 1 Mio.Jahre währende Abklingzeit ablehnen. Der tatsächliche Grund dieser Abneigung besteht darin, daß die Wiederaufarbeitung der Brennelemente

a. die profitabelste Verwertung der Uranbrennstoffe garantiert
b. das bombenreine Plutonium (u.a. auch für Brüterzwecke) abtrennt



c. die Weichen zu einem verstärkten Ausbau des Atomprogramms (Einstieg in die Plutoniumwirtschaft) stellt.

Wen also soll es da noch wundern, daß das Forschungsprogramm „Andere Entsorgungstechniken" ganz offensichtlich von vornherein auf Mißerfolg programmiert ist:
- 20.000 Wissenschaftler arbeiten seit 1957 an der Erforschung der WAA-Technologie, während die Technik der direkten Endlagerung völliges Neuland ist. Dennoch steckte alleine 1980 das BMFT 257 Mio. DM in die WAA-Forschung, während das auf 4 Jahre terminierte Forschungsprogramm „Andere Entsorgungstechniken" mit insgesamt 60 Mio. DM auskommen muß.

- Auf eine kleine Anfrage im Bundestag hin wurde seitens des Innenministeriums (im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt,dem BMFT sowie dem Wirtschaftsministerium) unmißverständlich erklärt, daß *„bis 1984 keine genehmigungsfähigen Antragsunterlagen zur direkten Endlagerung von bestrahlten Brennelementen erarbeitet werden können"*, anders verhalte es sich bei der WAA. Da die Vorlage genehmigungsfähiger Antragsunterlagen für den einen oder anderen Entsorgungsstrang lt. Definition der Bundesregierung aber eine Voraussetzung für die Genehmigung neuer AKWs ab dem 1.1.85 ist (lt. Entsorgungsbeschluß vom 28.9.79), sind die Weichen bereits in Richtung Wiederaufarbeitung gestellt.(Umwelt,Nr.79/S.37)
- Mit der Koordinierung der Studie „Andere Entsorgungstechniken" wurden seitens des BMFT geradewegs die schärfsten Gegner der direkten Endlagerung beauftragt: die WAA-Fans des Kernforschungszentrums Karlsruhe. Der Chefkoordinator dieser Studie, K.D.Cloß (KfK) macht aus seiner Haltung keinen Hehl: Bisher seien zur direkten Endlagerung *„weltweit nur aufwendige Konzepte diskutiert worden, ohne das diese zu konkreten Entwicklungsarbeiten führten."* Von 50 Ländern habe sich „ indes *bis heute keines für die Realisierung einer solchen Lösung entscheiden können, was auch angesichts des Dramas Energieabhängigkeit, das wir in aller Deutlichkeit beim Öl erleben, unbegreiflich wäre."*(Atomwirtschaft 3/80) Dies alles soll die Öffentlichkeit nicht erfahren. In einem Schreiben an den Vorsitzenden der Enquete-Komission hatte die Bundesregierung erneut beteuert,*daß auch mit der Hessen-WAA die Mitte der 80iger Jahre zu treffende Entscheidung zur Entsorgung nicht vorweggenommen werde" (Handelsblatt, 12.6.80).*

Für wie dumm hält uns die Bundesregierung eigentlich?

Helmut Hirsch:

KRITISCHE WISSENSCHAFTLER ALS „SACHVERSTÄNDIGE"

IM DIENSTE DES BUNDESFORSCHUNGSMINISTERIUMS?

Im Rahmen des Vorhabens, die direkte Endlagerung von abgebranntem Kernbrennstoff als Alternative zur Wiederaufarbeitung zu entwickeln, wurde u. a. im Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) ein Sachverständigenkreis "Andere Entsorgungstechniken" (im Bürokratenjargon:SK/AE) konstituiert. Dieser Sachverständigenkreis, dessen erste Sitzung vor rund einem halben Jahr- am 22. April 1980 - stattfand, sollte die Aufgabe haben, *"den Bundesminister für Foorschung und Technologie bei der Erarbeitung der Grundlinien für Forschung und Entwicklung im Bereich anderer Entsorgungstechniken, sowie der Bewertung einzelner Forschungs- und Entwicklungs (FuE)-Vorhaben und deren Ergebnissen zu beraten."* Soweit das Einladungsschreiben vom 10. März 1980, mit dem auch der Autor dieser Zeilen aufgefordert wurde, dem Bundesforschungsminister seine *"wertvollen Kenntnisse und Erfahrungen"* zur Verfügung zu stellen.
Dieses Anschreiben war nicht - wie man auf den ersten Blick vermuten möchte - ein Irrläufer. Die Einladungen für den SK/AE wurden vielmehr gezielt auch an drei Personen gesandt, die in den letzten Jahren in ihren Aussagen in Wort und Schrift keinen Zweifel daran gelassen hatten, daß sie der Atomenergienutzung und insbesondere auch die Wiederaufarbeitung ablehnten (nämlich an den Chemiker Jörg Janning, Tobringen, den Geologen Detlef Appel, Hannover, und den Autor). Insgesamt umfaßt der Sachverständigenkreis neun Personen; ein Vertreter wird vom DGB entsandt, die restlichen Mitglieder stammen aus dem Bereich der Kernforschung sowie der physikalisch-technischen und der geologischen Bundesanstalt. Die Mehrheit der Atomkraft- und Wiederaufarbeitungsbefürworter ist damit gesichert.

Die gemischte Zusammensetzung des SK/AE war wohl als Experiment gedacht. Das BMFT meinte, in der Frage der direkten Endlagerung einen breiten Konsens herstellen zu können, der auch von den der Wiederuafarbeitung ja besonders ablehnend gegenüberstehenden Atomenergiegegnern mitgetragen würde (In den etwa gleichzeitig eingerichteten Sachverständigenkreisen "Endlagerung" und "Wiederaufarbeitung" blieben die Befürworter unter sich.). Das Ziel der Konsensfindung wurde aber nicht erreicht - das BMFT scheiterte, weil von Anfang an offenbar wurde, daß die FuE zur direkten Endlagerung zum jetzigen Zeitpunkt nur als Alibifunktion gedacht war, um wenig später die Entscheidung für die Wiederaufarbeitung mit scheinbar umso größerer Berechtigung fällen zu können. Darüberhinaus zeigte sich auch sehr rasch, daß die Befugnisse und Mitsprachemöglichkeiten des Sachverständigenkreises sich auf das Aussprechen unverbindlicher Empfehlungen beschränkten.

Eine konstruktive Mitarbeit war den Kritikern schon aufgrund der Vorgaben des BMFT nicht möglich - Grundlage für die Arbeit sollte die grundsätzliche sicherheitstechnische Realisierbarkeit des integrierten Entsorgungskonzeptes mit Wiederaufarbeitung und Endlagerung im Salz sein, sodaß es nur noch darum gehen konnte, festzustellen, ob andere Lösungen nicht "noch besser" seien. Weiterhin lehnten die Kritiker die zu knappe zeitliche Vorgabe für das Forschungsprogramm - der Abschluß war für Ende 1984 fest vorgesehen, unabhängig davon, ob zu diesem Zeitpunkt noch wesentliche Fragen offen sein sollten oder nicht - entschieden ab. Diese Vorgabe straft die Behauptung vieler Politiker Lügen, die Sicherheit der Bevölkerung sei das höchste Ziel und alle Planungen würden ihr untergeordnet.

Zusammenfassend stellten die Kritiker in ihrem Kommentar zu dem FuE-Programm des BMFT fest, daß sie einer Entwicklung der direkten Endlagerung nur insoweit zustimmen können, als für den vorhandenen Atommüll eine Lösung gesucht werden müsse. Damit gleichzeitig betonten sie, daß sie eine Weiterproduktion von Atommüll und damit die Fortführung des Atomprogrammes ablehnten. Unter diesen Voraussetzungen kann natürlich einem Alibiprogramm wie dem vom BMFT vorgelegten, in dessen Rahmen die weitere Nutzung und der weitere Ausbau der Atomenergie nicht in Frage gestellt werden können, nicht zugestimmt werden.

Interessanterweise lehte auch der Vertreter des DGB, der sich im übrigen den Argumenten der Kritiker nur in Einzelpunkten anschloß, das Programm in der vorliegenden Form ebenfalls ab. Er kritisierte zu Recht, daß hier im Wesentlichen nur eine Reihe von Ppierstudien angefertigt werden sollten, die die Realisierung der direkten Endlagerung nicht ernsthaft vorantreiben können,

Damit ist klar, daß früher oder später auch bei Wiederaufarbeitung Brennelemente direkt endgelagert werden müssen (solche die nach mehrfacher Zirkulation des Brennstoffes so verunreinigt sind, daß eine Wiederaufarbeitung nicht mehr möglich ist). Jedoch liegt es im Interesse der Nuklearindustrie, diese Variante nicht zu früh zu entwickeln, um keine unliebsame Konkurrenz zur Wiederaufarbeitung zu schaffen, bevor diese in großem Maßstab eingeführt ist.

Und es ist dafür gesorgt, daß die Interessen der Nuklearindustrie voll in das FuE-Programm einfließen können: Die Leitung und Koordination der Forschungsarbeiten hat eine Projektgruppe übernommen, die im Kernforschungszentrum Karlsruhe angesiedelt ist und zu einem guten Teil aus Vertretern jener Firmen besteht, die die Untersuchungen auch durchführen (DWK, NUKEM usw.). Echte Kontrollfunktion kann diese Projektgruppe damit nicht wahrnehmen.

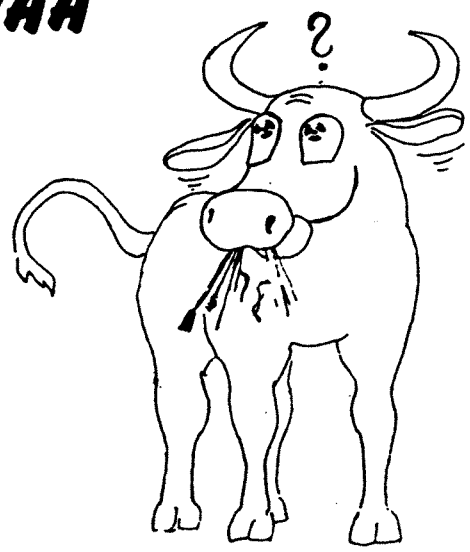
Bezeichnenderweise hat das Interesse des BMFT an dem SK/AE sehr stark abgenommen, seit sich herausstellte, daß eine einhellige positive Stellungnahme zu dem Forschungsprogramm nicht zustande kommen kann (Die Wiederaufbereitungsbefürworter stimmten natürlich zu!). Während 1980 von Ende April bis November 4 Sitzungen stattfanden, sind im Augenblick Abstände von rund 4 Monaten zwischen den Sitzungen vorgesehen. Entgegen den ursprünglichen Plänen nahm das BMFT auch davon Abstand, das FuE-Programm gemeinsam mit den Stellungnahmen des SK/AE zu veröffentlichen - mit dem ablehnenden Kommentar von 4 der 9 Sachverständigen versehen, hätte es wohl wenig propagandistischen Wert gehabt und hätte die "Akzeptanz" der Atomenergie in der Bevölkerung wohl kaum gefördert.

Insgesamt liefert das Verhalten des BMFT im Falle des SK/AE ein gutes Beispiel für eine gescheiterte Integrationsstrategie. Die Kritiker werden trotz allem bis auf Weiteres des SK nicht verlassen: Die Mitgliedschaft gibt immerhin gewisse Möglichkeiten, an offiziellen Informationsflüssen teilzuhaben, ganz zu schweigen von dem Erfahrungsgewinn im Umgang mit Behörden und Vertretern offizieller Kernforschungseinrichtungen.;

Auf faule Kompromisse werden wir uns auch in Zukunft nicht einlassen!!;

(Helmut Hirsch, Gruppe Ökologie Hannover)

Dichtung und Wahrheit über die Hessen - WAA



Nach Angaben der Atombetreiber soll die für Hessen vorgesehene Wiederaufarbeitungsanlage jährlich 350 Tonnen abgebrannter Brennelemente verarbeiten. Ihren Angaben zufolge entspricht dies dem „Entsorgungsbedarf" der 1982 in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke. Unabhängig von den in Auftrag gegebenen Gutachten bezüglich der Kapazitätsfestlegung einer Hessen-WAA hat sich die Bundesregierung auf diese Betriebsgröße bereits festgelegt.(Umwelt Nr. 78 , S. 37) Die Baugenehmigung für dieses Projekt erwartet die DWK 1984/85, die Inbetriebnahme 1993. Zwei Dinge müssen an dieser Stelle erläutert werden:

1. Die Massenmedien haben sich ausnahmslos der listigen Taktik der Betreiber angeschlossen, die geplante Anlage mit allerlei Kosenamen zu umschreiben: „Mini-WAA", „Schrumpf-WAA", „Pilotanlage", „Zwischenstufe für eine industrielle Anlage" usw. Hierbei handelt es sich um bewußte Volksverdummung.**Auch ein angeblicher Jahresdurchsatz von 350 Tonnen hieße nichts anderes, als daß in Hessen die zweitgrößte Anlage der Welt für die Aufarbeitung oxidischer Brennstoffe gebaut werden soll. Lediglich La Hague ist mit 400 Tonnen Nennkapazität größer ausgelegt, jedoch auch hier ist seit dem 18.1.78 die Kapazität auf 150 t/a LWR-Elemente herabgesetzt worden (lt. „Wiederaufarbeitungsge TÜVtel", siehe hierzu auch nebenstehende Tabelle!).** Andere Zahlen wie z.B. 800 Tonnen Kapazität La Hague, 2500 Tonnen Kapazität Windscale beziehen sich derzeit ausnahmslos auf die wesentlich einfacher wiederaufzuarbeitenden Brennelemente der Graphit-Gas-Reaktoren. Deren Abbrandrate (d.h. deren Gehalt an radioaktiven Spaltprodukten) ist etwa 10 Mal so gering, wie die Abbrandrate der Brennelemente aus den in der BRD gebräuchlichen Leichtwasserreaktoren.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, daß die geplante Hessen-WAA auch nach Angaben der Betreiber für eine **maximale** Kapazität von 700 Tonnen ausgebaut wird. So heißt es in dem Unternehmermagazin „Blick durch die Wirtschaft":*„ Bei der unterstellten Jahresleistung der geplanten hessischen Anlage (gemeint: 350 T.,Red.) wird von 235 Betriebstagen ausgegangen, die für den Betrieb der Anlage zur Verfügung stehen. Für diese Betriebstage wird mit einem täglichen Durchsatz von 2 Tonnen Uran gerechnet und insgesamt mit einer Verfügbarkeit von 75 %. Aus diesen Zahlenverbindungen ergibt sich die genannte Jahreskapazität. Die Annahme von 75 % betrieblicher Verfügbarkeit ist schon sehr hoch im Vergleich zu den Erfahrungen, die bisher in Wiederaufarbeitungsanlagen gesammelt wurden. Die restlichen Kalendertage im Jahr verbleiben für die Durchführung behördlicher Pflichtrevisionen, Spaltstoffinventarkontrollen, Reperaturen sowie An und Abfahren der Anlage."* (BdW vom 18.3.80)

2 Tonne Uran täglich - das heißt ja wohl nach Adam Riese, daß die geplante Hessen-WAA für einen ca. 730-Tonnen-Durchsatz errichtet wird. In diesem Geschäft gilt es jedoch als normal, daß eine Anlage grundsätzlich doppelt so groß gebaut wird, wie es die Nennkapazität vorsieht, da mit allergrößter Selbstverständlichkeit einer WAA ein jährlicher Stillstand von fast 4 1/2 Monaten prognostiziert wird (Reperaturen u.a.), sowie, wenn sie mal läuft, ein Betriebsausfall von nocheinmal 25 Prozent. Dieser verschämte Trick führt die Waschmittel-Werbung von der 100 %igen Ausgereiftheit und unüberbietbaren Sicherheit der WAA-Technologie ad absurdum und wird deshalb in der Öffentlichkeit kaum erwähnt. Dennoch: Solche Tricks gelten als branchenüblich.**(2)**

2.Wirklich dreist ist es jedoch, daß die Betreiber ihre „350t-Waa " in Wirklichkeit so bauen, daß sie ohne Schwierigkeiten sogar für eine 700t- Nennkapazität genutzt werden kann:

„ Mit der geplanten Größe dieser Anlage wird im übrigen ein Etikettenschwindel betrieben: das neue, offizielle „Referenzkonzept" , entwickelt im Kernforschungszentrum Karlsruhe, sieht einen Durchsatz von 700 t/jährlich vor. (Hier ist die Rede von der Nennkapazität,Red.) Höchstwahrscheinlich handelt es sich auch bei den in Hessen,Niedersachsen usw. geplanten Anlagen auch um solche dieser Größe, die nur durch einen in einem nachgeordneten Anlagenbereich künstlich eingebauten „Engpaß" auf 350 t/a reduziert wurde.(Möglich ist auch, daß bei sonst gleicher Größe zunächst nur ein Auflöser (Referenzkonzept aus Karlsruhe: zwei) eingebaut wird, und die Zelle für den zweiten frei bleibt.) Damit wäre eine spätere Kapazitätenerweiterung mit minimalen Um - (bzw. Zubauten) möglich.Bei einer 700 t/a -Anlage haben alle sicherheitstechnisch bedeutsamen Komponenten - vor allem der Auflöser und die Pulskolonnen des ersten Extraktionszyklus - die ursprünglich für das Entsorgungszentrum Gorleben vorgesehene Größe, da bei diesem (Gesamtdurchsatz 1400 t/a) zwei parallele Stränge a 700 t/a eingeplant waren. Dadurch können auch die Pläne und Entwürfe für die Gorlebener Wiederaufarbeitungsanlage - mit dem Unterschied, daß anstelle von zwei gleichartigen Strängen nur einer errichtet wird - direkt für die neue, „kleine" Anlage verwendet werden." (H.Hirsch in „ ... auch keine Zwischenlösung") **(3)**

Wiederaufbereitungsanlagen für oxydische Brennstoffe

Kapazität und Auslastung 1 - 7 - 1977

Fabrik	Ort	Kapazität	betrieben	Produktion	Auslastung
NFS	West-Valley USA	3oo t/a	1966-72	65o t	36%
Eurochemic	Mol Belg.	6o t/a	1966-74	85 t	17,7%
„AK	Karlsruhe BRD	35 t/a	1971-	67 t	29,4%
BNFL	Windscale G.B.	4oo t/a	1969-73	12o t	6%
COGEMA	La-Hague Frankr.	4oo t/a	1976-	16 t	2,5%[4]
AGNS	Burnwell USA	15oot/a	-	0	Keine Betriebsgenehmigung
MFRP	Morris USA	3o t/a	-	o	" " "
PNC	Tokai Mura Japan	2oo t/a	1978	-	Gestoppt nach drei monatigen Versuchen

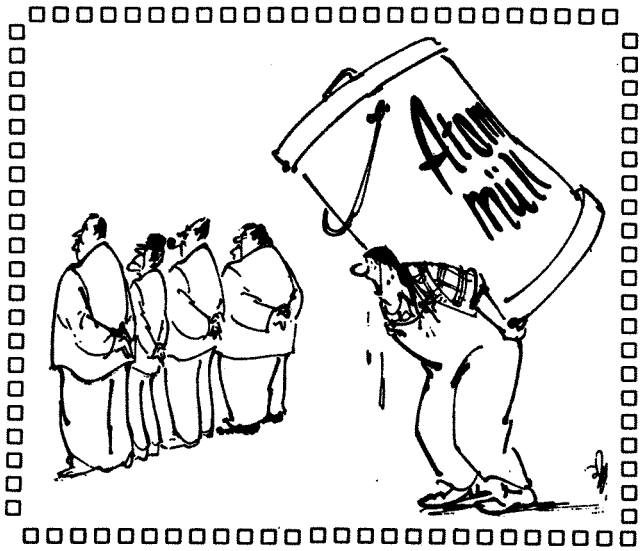
aus: Lenoir, Plutoniumpolitik in Europa

Die DWK will mehr !

Neben dem Hessen-Projekt hatte sich die DWK im April 1980 nach einem 2. WAA-Standort in Bayern (aufgrund einer *„besonderen Stabilität der politischen Verhältnisse"* in diesem Land umgeschaut. Ihr Vorschlag, dort eine WAA für 600 bis 700Tonnen Jahresdurchsatz zu errichten wurde von Strauß abgelehnt, der einseitig auf das nach wie vor anvisierte Entsorgungszentrum in Gorleben stiert.

Kooperativer zeigte sich der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Vogel (CDU), der bereits mit Hessens Ministerpräsident Börner (SPD) in einem gemütlichen Plausch vereinbart hat, *„das Genehmigungsverfahren für beide Anlagen gemeinsam abzuwickeln"(HAZ* v. 31.10.80) Diese parteiübergreifende Zusammenarbeit *„könnte die Nebenwirkung haben, daß der politische Entscheidungsprozess versachlicht würde"*vermerkt die Zeitschrift „Atomwirtschaft" hierzu. (12/80) Während allerdings in allen früheren Stellungnahmen der DWK von der parallelen Errichtung zweier 350-Tonnen-Anlagen ausgegangen wurde, erklärte DWK-Sprecher Gries Mitte Dezember:*„ die DWK wolle nur eine einzige 350-Tonnen-Anlage errichten, die dort entstehen solle, wo sie am raschesten gebaut werden könnte.Darüberhinaus plane die DWK eine Wiederaufarbeitungsanlage, die einen Jahresdurchsatz von 700 Tonnen Uran ermögliche. Die zweite Anlage in dieser Größenordnung sei notwendig, wenn die Entsorgung der etwa dreißig Kernkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 28.000 Megawatt, die 1990 in der Bundesrepublik voraussichtlich in Betrieb sein würden, mit Hilfe der Wiederaufarbeitungsanlage gewährleistet sein sollte."*(FAZ, 20.12.80)

Wir wollen hier einmal die eventuell denkbare Möglichkeit außer Acht lassen, daß sich der DWK-Sprecher im eigenen Gestrüpp von Dichtung und Wahrheit (s.o.) verheddert hat und kurzfristig ganz einfach nicht blickte, welche Tonnenangaben für die Öffentlichkeit bestimmt sind und welche nicht. Denn es ist unbestreitbar, daß die Atommafia bereits jetzt nach einer sogenannten „700-Tonnen"-WAA geiert. Bereits Mitte März erklärte der Vorsitzende der Kerntechnischen Gesellschaft, Levi: *„ Was gebraucht wird, ist eine kommerzielle Anlage, deren Kapazität größer ist, als 350 T. pro Jahr. Die Beherrschung dieser Technologie im kommerziellen Maßstab ist nicht nur für die optimale Entsorgung unserer Kernkraftwerke notwendig, sondern sie ist auch die Vorraussetzung dafür, daß wir in der Lage sein werden, den Schnellen Brüter zu nutzen."(Welt,28.3.80)*



„Ich hab die Schnauze voll!"

Bei der Auflistung der öffentlich verbreitetn Pläne muß bedacht werden, daß es sich hierbei um Vorläuferanlagen handelt und im Verborgenen nach wie vor am „Integrierten Entsorgungskonzept", sprich Gorleben, gearbeitet wird. Dies ruft uns auch der DWK-Chef Scheuten in Erinnerung, der im September ' 80 vor der Wirtschaftsministerkonferenz erklärte:*„Aufgrund der Beschlüsse der Regierungschefs aus Bund und Ländern vom 28.9.79 gehen „...die Arbeiten für das integrierte Entsorgungskonzept auf der Grundlage der bereits erzielten Forschungs- und Entwicklungsergebnisse...' unter der Federführung des Bundes weiter. Diese Arbeiten beschränken sich jedoch auf diejenigen sicherheitstechnischen Fragen, die im hessischen Genehmigungsverfahren nicht geprüft werden."* (FR, 26.9.80)

Von keiner Seit wird bestitten, daß unter „Integriertem Konzept" die Zusammenfassung von Endlagerung und Wiederaufarbeitung an einem Ort verstanden wird. Solange Gorleben als einziger Endlagerstandort vorgesehen ist, ist dort also auch der „ Nukleare Entsorgungspark"in Vorbereitung. Bereits während der Landtagsdebatte am 16.5.79 schränkt Albrecht sein „Nein" zur WAA ein:*„ Solche Entscheidungen können nicht für die Ewigkeit sein, dies sind politische Entscheidungen, die andere wieder revidieren können und anders treffen können. Und Sie (SPD, Red.) und wir wollen ja auch keine Möglichkeit verschütten..."* (G.A. Nr. 8), und auch die Bundesregierung beteuerte,

„ sie werde trotz der niedersächsischen Bedenken das integrierte Entsorgungskonzept - mit Wiederaufarbeitung - weiter verfolgen, wenngleich bei der Verwirklichung nur schrittweise vorgehen." (FAZ,18.5.79) Und der hierfür verantwortliche Innenminister Baum:*„ Die Frage der Errichtung weiterer Anlagen zur Schließung des Brennstoffkreislaufs in Gorleben wird stets neu zu überprüfen sein."* (Welt, 2.10.79)

Als die Hauptgeschäftsführer der niedersächsischen Industrie- und Handelskammer Anfang Mai letzten Jares die Forderung erhoben, *„ den zur Zeit zurückgestellten Plan, in Gorleben eine Wiederaufarbeitungsanlage zu errichten, wieder aufzugreifen"*(EJZ,4.5.80), war das sicherlich noch etwas zu voreilig. Und auch Ende Oktober letzten Jahres, als erneut Sondierungsgespräche zwischen der DWK und der niedersächischen Landesregierung zur Frage der WAA stattfanden, wurde vereinbart, daß sich Niedersachsen mit dem „kleinen Fisch" einer 350 T. WAA außerhalb Lüchow-Dannenbergs gar nicht erst abgibt, jedoch auch mit der großen Gorlebener Anlage noch etwas gewartet wird.(HAZ v. 31. 10.80) Das Genehmigungsverfahren hierfür ist zwar ausgesetzt, der 3000seitige Genehmigungsantrag liegt jedoch nach wie vor dem niedersächsischen Sozialminister vor.

Die Gier der DWK nach immer größeren WAAs ist unersättlich, eine Wiederaufarbeitung nur der westdeutschen Brennelemente wird als geradezu *„unhaltbar"* bewertet:*„ Wir müssen bereit sein, unseren kleinen europäischen Nachbarn die Möglichkeit zu geben, für sie auch in der künftigen deutschen Anlage Wiederaufarbeitungsdienstleistungen erbringen zu lassen."*
(Nichtöffentliche Informationssitzung...)

Ein Prüfungsverfahren Made in Germoney

1. Am 22.7.77 wird Gorleben zum Standort des "Nuklearen Entsorgungszentrmum" erklärt. Am 31.3. stellt die DWK den (nach wie vor gültigen) Antrag auf die 1. Teilerrichtungsgenehmigung für das NEZ, (Brennelemente-Lagerbecken), und legt gleichzeitig einen 3000 Seiten starken "Sicherheitsbericht" als Basis für die Beurteilung des gesamten Konzeptes vor.

2. Die letzte Mindestvoraussetzung für den Bau des NEZ scheint am 20. Oktober 1977 erfüllt zu sein, als die Reaktor- und Strahlenschutzkommission (RSK/SSK) eine durchweg positive "Beurteilung und Empfehlung zur grundsätzlichen sicherheitstechnischen Realisierbarkeit des Entsorgungszentrums" vorlegt. Dieser Bericht beginnt mit folgenden Worten:*"Die Reaktorsicherheitskommission (RSK) und die Strahlenschutzkommission (SSK) haben die Frage geprüft, ob die erforderlichen Kenntnisse und technischen Mittel vorhanden sind oder rechtzeitig beschafft werden können, um das nukleare Entsorgungszentrum entsprechend den Genehmigungsvoraussetzungen von § 7 Abs. 2 des Atomgesetzes zu errichten und zu betreiben. Sie sind dabei von den gesetzlichen Grundlagen (Atomgesetz, Strahlenverordnung) ausgegangen und haben die bei der Beurteilung von Kernkraftwerken und anderen kerntechnischen Anlagen entwickelten sicherheitstechnischen Grundsätze sinngemäß auf die Anlagen des Entsorgungszentrums übertragen."*
Mit dieser Erklärung sichert sich die RSK/SSK nach allen Seiten ab. Kenntnisse, die nicht da sind, müssen halt noch beschafft werden. Und wie? Na ganz einfach:*"Wir werden erst 1992 in Betrieb gehen. Von heute ab rechnen wir 15 Jahre. Vielleicht verdoppelt sich alle 15 Jahre das Gesamtwissen der Menschheit"* (Gellfort, DWK). Nach dem Prinzip Hoffnung wird dann schon etwas für die Nukleartechnologie abfallen. Im Übrigen wird nicht erwogen, die WAA sicher zu machen, sondern nur den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend. Und da es die nicht gab, ist man von den Richtlinien für AKWs ausgegangen und hat sie sinngemäß übertragen. Demzufolge sind natürlich die "für die Beurteilung der sicherheitstechnischen Realisierbarkeit der WAA entscheidenden Probleme" gelöst.

3.Die Bundesregierung macht sich nicht nur das Urteil sondern auch die Art der Urteilsfindung umgehend zu eigen:*"Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß das von RSK und SSK abgegebene positive Urteil über die grundsätzliche sicherheitstechnische Realisierbarkeit des Entsorgungszentrums zutreffend ist. Sie hat die fachlichen Beratungen der Kommission sorgfältig verfolgt und sich dabei überzeugt, daß der Beurteilung der objektive Stand von Wissenschaft und Technik zugrunde liegt."* ("Entsorgungsbericht"). Das ist ein Persilschein für alles und jedes, was die DWK unter dem Stichwort Nukleares Entsorgungszentrum zusammenzuzimmern gedenkt. Absichtserklärungen der Atombetreiber, alles schön ordentlich machen zu wollen, reichen aus und ersetzrn technische Informationen. Alles nach dem Motto: Erst mal mit Bauen anfangen, dann wird man den Rest schon zwischenzeitlich erfinden.

4. Die internationale Wissenschaftlergruppe des "Gorleben International Review" kommt im Rahmen des Gorleben-Hearings im März 1979 *"zu dem eindeutigen Ergebnis, daß diese Unterlagen* (gemeint: DWK-Bericht und SSK-Stellungnahme, Anm.d.Red.) *dem heute weltweit gültigen Standart von Wissenschaft und Technik nicht entsprechen, als Richtlinie für die Genehmigungsbehörde unbrauchbar sind und daher auch den Anforderungen des Atomgesetzes nicht gerecht werden."* (Gorleben-Report, S. 18). Dies alles war der Atommafia selbstverständlich nichts Neues: VEW-Vorstandsvorsitzender Knizia:*"Der Sicherheitsbericht ist nicht als Informationsbasis für dieses Hearing gedacht."* Sein dänischer Kollege Holm:*"Es ist ein vorläufiger Sicherheitsbericht, und so sollte er auch beurteilt werden."* (Gorleben-Report, S. 18f). Und der Chef der WAA Karlsruhe, Schüller, erklärt am deutlichsten *"daß aus einer Reihe von politischen Gründen, die in diesem Land sehr wohl verstanden werden, ein Vorhaben ...zunächst einmal als Konzept dargestellt werden sollte. Unglücklich ist, daß dies pauschal unter dem Namen 'Sicherheitsbericht' steht. Wer genau liest, wird erkennen, daß es allenfalls ein Sicherheitsbericht für das erste Teilprojekt ist."* (Gorleben-Report, S.83)

5. Die "politischen Gründe" für diese eklatante Täuschung der Öffentlichkeit sind leicht ermittelt:
Nach den Brokdorf-Demonstrationen wurde 1977 der Bau weiterer Atomkraftwerke insbesondere aufgrund der Ungelöstheit der Atommüllprobleme massenhaft in Frage gestellt. Die DWK sah sich gedrängt, einen "prüffähigen" Sicherheitsbericht über ihr Vorhaben einzureichen. Zwei Monate nach der Übergabe des Sicherheitsberichtes an Albrecht wurde Anfang Mai 1977 vom Bundeskanzler Schmidt die sog. "Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke" den Länderregierungschefs vorgestellt. Darin wird die weitere Erteilung von Baugenehmigungen für Atomkraftwerke u.a. auf der Grundlage des vorgelegten Sicherheitsberichtes bewilligt. (gorleben-Report, S. 83) Ein negatives Gutachten von RSK/SSK hätte also den Drang der Atommafia nach zugelloser Entfaltung ernsthaft hemmen können.
Dieser ganze Zusammenhang flog auf, als während des Gorleben-Hearings durch eine niederländische Zeitung das Protokoll der RSK-Sitzung vom 12.2.77 der Öffentlichkeit überreicht wurde. Die Echtheit dieses Papiers wurde seitens der RSK bestätigt. Darin heißt es:*"Das BMI (Bundesministerium des Innern) präzisierte die Aufgabenstellung für die Beratungen der RSK. In einer ersten Stufe der Beratungen soll die RSK...und...auchdie SSK... eine positive Empfehlung zur technischen Realisierbarkeit des Gesamtkonzepts abgeben...Als Zeitpunkt für diese Empfehlung ist der Herbst dieses Jahres in Aussicht genommen."*
Die Anweisung der Bundesregierung wurde dann am 22.10.

Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommision bei der Arbeit

1977 getreu befolgt. Mit Unschuldsmine bescheinigte die Bundesregierung umwendend diesem "Urteil" von RSK/SSK die Glaubwürdigkeit (siehe oben, Punkt 3). Es ist eben tatsächlich eine einzige hochkarätige Gaunerclique, die eine Unabhängigkeit nur der Form halber und zur Täuschung der Öffentlichkeit vorgibt.

6. Der "Sicherheitsbericht" der DWK und die "Gutachten" von RSK/SSK sind nach wie vor die Grundlage auf der sowohl an der Weiterentwicklung der Gorlebener Atomanlagen, wie auch an der Konzeption der Wiederaufarbeitung schlechthin festgehalten wird. (Punkt 2 des Entsorgungsbeschlusses vom 28.9.79).

„Die Wiederaufarbeitung ist der Schlüssel zur langfristigen Nutzung der Kernenergie"

Es gibt kaum etwas uneffektiveres als Atomkraftwerke. Zum einen stellen die notwendigen Anfangsinvestitionen alles bisher dagewesene in den Schatten. Zum anderen kann das Uran, nachdem es teuer eingekauft und mit viel Aufwandangereichertwurde lediglich zu ca. 4% genutzt werden. In den verbrauchten Brennelementen steckt 1% Plutonium, 3% radioaktive Spaltprodukte, Spuren schwerer Aktiniden (4), sowie 96% unverbrauchtes Uran.Deshalbwird das ganze Atomprogramm erst dann interessant, wenn

a. das unverbrauchte Uran für neue Brennelemente zurückgeholt werden kann, und

b. neben dem angereicherten Uran ebenso das Plutonium zur erneuten Kernspaltung eingesetzt werden kann.

Der Einsatz des unvergleichbar gefährlichen Plutoniums als Brennstoff ist vorrangig in den Schnellen Brütern geplant wie auch in fortgeschrittenen Druckwasserreaktoren (Hochkonverter) die mit zu 7,5% aus Plutonium bestehenden Brennelementen arbeiten sollen. Die Realisierbarkeit dieser Projekte ist völlig offen. Es steht lediglich fest, daß ohne die Wiederaufarbeitung, d.h. ohne die Trennung der im abgebrannten Brennstab befindlichen Bestandteile auf Dauer weder Schnelle Brüter noch Hochkonverter existieren können. Um als im Sinne der hiesigen Machthaber rentabel zu arbeiten, muß das ganze Programm durchgezogen werden. Erst davon können sie sich die Unabhängigkeit von der Rohstoffversorgung mit angereichertem Uran erhoffen. **Genau an dieser Stelle aber fangen die großen Probleme an.**

WAA = Verdoppelung des Atommüllberges

Wenn die Sicherheitsphilosophen der Atomindustrie die Wiederaufarbeitung aus „ökologischer Sicht" anpreisen, so klingt das folgendermaßen:

„Wir sollten, wenn wir Kernenergie brauchen, die ökologischen Probleme so optimal wie möglich lösen, statt sie weiterzuvererben. Möglicherweise stellt die Wiederaufarbeitung höhere technische Anforderungen als die neuerdings propagierte Wegwerf-Alternative.(gemeint:direkte Endlagerung, Red.) Es ist aber besser, das bei der Kernspaltung entstehende Plutonium zur Energieerzeugung in den Reaktor zurückzuführen und so aus der Welt zu schaffen (!!!), als es mit den Brennelementen in einem Endlager zu deponieren."
(„Analysen" des deutschen Atomforums, 2/80, S.3)

Solche Sprüche schaffen vielleicht den letzten Funken Vertrauen in die Kompetenz des „Deutschen Atomforum" aus der Welt, nicht jedoch das Plutonium.

Hören wir, was Dr. Rochlin, einer der Sachverständigen des „Gorleben Hearings" hierzu sagt: *„Wenn sie Plutonium rezyklieren, wird die Menge Plutonium im Abfallstrom pro Reaktor und Jahr zunehmen. Je mehr Plutonium im frischen Brennstoffist, umso mehr Plutonium ist auch im ausgedienten Brennstoff. Sie würden zwar das ursprüngliche Plutoniuminventar rezyklieren, aber beim Rezyklieren würde die Gesamtabgabe aus dem Gesamtsystem mit der Rückführung zunehmen. Durch die Aufarbeitung trennen sie einen Teil des Plutoniums ab, das dann überhaupt nicht mehr im Brennstoff ist, sondern hier und da gelagert und transportiert wird. Das Plutoniuminventar nimmt also zu und wird sehr weit gestreut."*

Hier sei ergänzt, daß die militärische Nutzung des in der WAA abzutrennenden Plutoniums relativ einfach ist, (wenige Kg Plutoniummetall reichen für eine Bombe mit der Sprengkraft der Nagasakibombe), während die direkte Endlagerung einen bequemen Zugang zum Plutonium unmöglich macht. **Während des Gorleben-Hearings wurde die Kombination von Atomkraftwerken mit der Wiederaufarbeitung als „eine praktische Methode zur Erzeugung von Plutonium, das für militärische Zwecke verwendbar ist," bezeichnet. „Die anfallenden Mengen sind so riesig, daß die Option besteht, eine sehr große Zahl von Waffen sehr schnell herzustellen, wenn man es will. Hinzu kommt, daß man aufgrund der großen Umlaufmengen im Brennstoffzyklus Plutonium innerhalb der statistischen Mengen entwenden könnte, was nicht nachzuweisen ist."** (Der Gorleben-Report, S. 120) Das „Gorleben International Review", (so wird das „hochkarätige" Team von zwanzig ausländischen Wissenschaftlern bezeichnet, die das „Gorleben-Hearing" kritisch vorbereitet hatten) kam 1979 zu der übereinstimmenden Meinung, daß die Wiederaufarbeitung **„allein** *schon aus diesen Gründen nicht genehmigt werden sollte."* (Der Gorleben-Report, S.1) . Wie besonders dumm der Hinweis auf angeblich erhöhte Endlagerschwierigkeiten ohne die WAA ist, wird auch schon daran ersichtlich, daß die WAA ein erheblich größeres Volumen an hochaktiven Abfällen hinterläßt, als das gesamte Inventar der aufzuarbeitenden Brennstäbe:

„Die Wiederaufarbeitung beginnt mit dem Zerschneiden einer sorgfältig konstruierten Struktur von hoher Integrität, wodurch sofort gasförmige Produkte freigesetzt werden, die in der Folge entweder zur späteren Beseitigung eingefangen oder an die Umwelt abgegeben werden müssen. Diese Abgaben können durch Nichtzerschneiden des Brennstoffes verhindert oder wesentlich reduziert werden... Die chemischen Operationen der Wiederaufarbeitung zerbrechen die einheitliche, kompakte Form, in der die hochaktiven Reaktorabfälle enthalten sind, und verteilen diese auf eine Vielzahl von festen und flüssigen chemischen Verbindungen, davon manchmal mit so großem Volumen, daß eine gewisse minimale Abgabe an die Umwelt stattfinden muß. Wiederaufarbeitung und Herstellung von Mischoxyd-Brennelementen erzeugen große Volumina von festen, mit Transuranen kontaminierten (TRU)-Abfällen mit verschiedenen Aktivitäten, die beseitigt werden müssen. Das Volumen nur der hochaktiven festen Abfälle aus der Wiederaufarbeitung ist beträchtlich größer als das des abgebrannten Brennstoffes selbst..."
(Der Gorleben-Report, S.47)

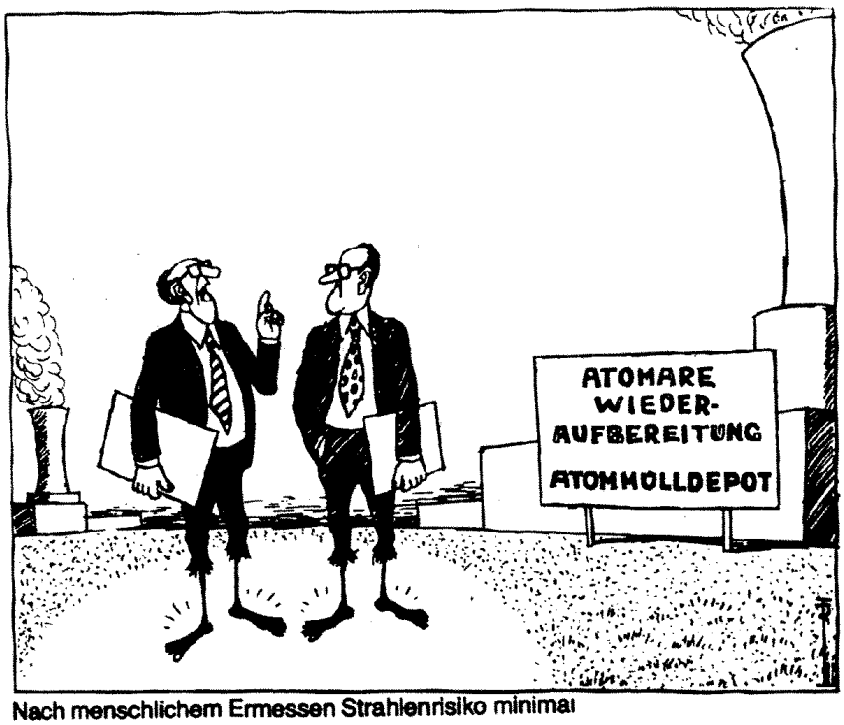
Wiederaufarbeitung: der „strategisch günstigste Angriffspunkt gegen die Kerntechnik"

Dieser Einschätzung eines Vorstandsmitgliedes der Gesellschaft für Kerntechnik ist zuzustimmen.
Die technischen Ungereimtheiten beginnen bereits mit der Entladung der in den Castor-Zwischenlagerbehältern herbeizuschaffenden Brennelemente.. Ursprünglich sollte die Freisetzung der hochaktiven Spaltgase erst nach Zersägen der Brennelemente innerhalb einer mit meterdicken Betonwänden umgebenen Kammer erfolgen. Nach über zehnjähriger Lagerung in diesen Behältern ist jedoch davon auszugehen, daß ein Großteil der flüchtigen gasförmigen Stoffe längst aus den brüchigen Brennstabhüllen entwichen ist, was hiervon nicht abgesaugt werden kann, wird spätestens beim Öffnen der Behälterdeckel frei. Die Bindung der während der Wiederaufarbeitung in großen Mengen freiwerdenden Gase, bzw. ihre Filterung vor Entweichen aus dem Schornstein gilt als völlig ungelöstes Problem. Die Untersuchung der in Gorleben geplanten Anlage hatte beispielsweise ergeben, daß die mit Silber-Zeolit-Filtern angestrebte Zurückhaltung des Jod 129 insgesamt nur zu etwa 90% gelingen kann.. Die ständig vorzunehmenden Filterwechsel würden jährlich eine Silbermenge von 2,3 Tonnen (das entspricht einem Gesamtwert von 1-2 Millionen DM) verschlingen. Durch versehentlich übersättigte Filter könnten größere Mengen schlagartig an die Umwelt abgegeben werden.**(5)** Jod 129 besitzt nach 15.700.000 Jahren noch 50% der ursprünglichen Radioaktivität (=Halbwertzeit). Die vollständige Freisetzung des radioaktiven Kohlestoffes C 14 (Halbwertzeit: 5763 Jahre) wird seitens der DWK kaltblütig einkalkuliert und von der Reaktorsicherheitskommission gedeckt:**"Die sicherheitstechnische Realisierbarkeit des Entsorgungszentrums ist nicht von einer C 14-Rückhaltung abhängig....Es wird jedoch die Durchführung entsprechender Forschungsarbeiten zur Entwicklung von Rückhaltetechniken empfohlen..."** (Der Gorleben-Report, S.76)

Wegen der schnellen Einlagerungsfähigkeit im lichen Organismus wird C 14 als eines der gefährlichsten Nukleide überhaupt bezeichnet.

Nach der Entladung und einer Zwischenlagerung kommen die Brennelemente ins "Head-End" (einer von dicken Betonwänden umgebenen Kammer), wo sie mit hydraulischen Scheren in kurze Stücke zerschnitten werden. Die Einzelteile fallen in einen Behälter mit kochender Salpetersäure (Auflöser). Es entsteht dadurch eine Giftlösung aus Plutonium, Uran und anderen Spaltprodukten. die ausgelaugten, jedoch noch hochradioaktiven Brennelementhülsen bleiben über und werden bis zur Endlagerung zwischengelagert. Der Prozess im Head-End ist der störanfälligste in der ganzen WAA, zudem Reperaturarbeiten wegen der immensen Strahlenbelastung im Innernraum außerordentlich schwierig durchzuführen sind. Infolge eines Millimeterlecks im Auflöser-Heiz-Dampfsystems der WAA Karlsruhe (welches durch die hochkorrosive Salpetersäure und den ständigen Strahlenbeschuß entstanden ist) steht dort die Gesamtanlage für 1 1/2 Jahre still. Im Head-End werden die radioaktiven Edelgase Krypton 85 und Xenon 133 freigesetzt, die sich bestenfalls zu 90 % zurückhalten lassen, ohne daß geklärt ist, was mit dem angesammelten Gift pas-

Fortsetzung auf S. 20



Nach menschlichem Ermessen Strahlenrisiko minimal

"Normale" Störungen in der WAA Karlsruhe

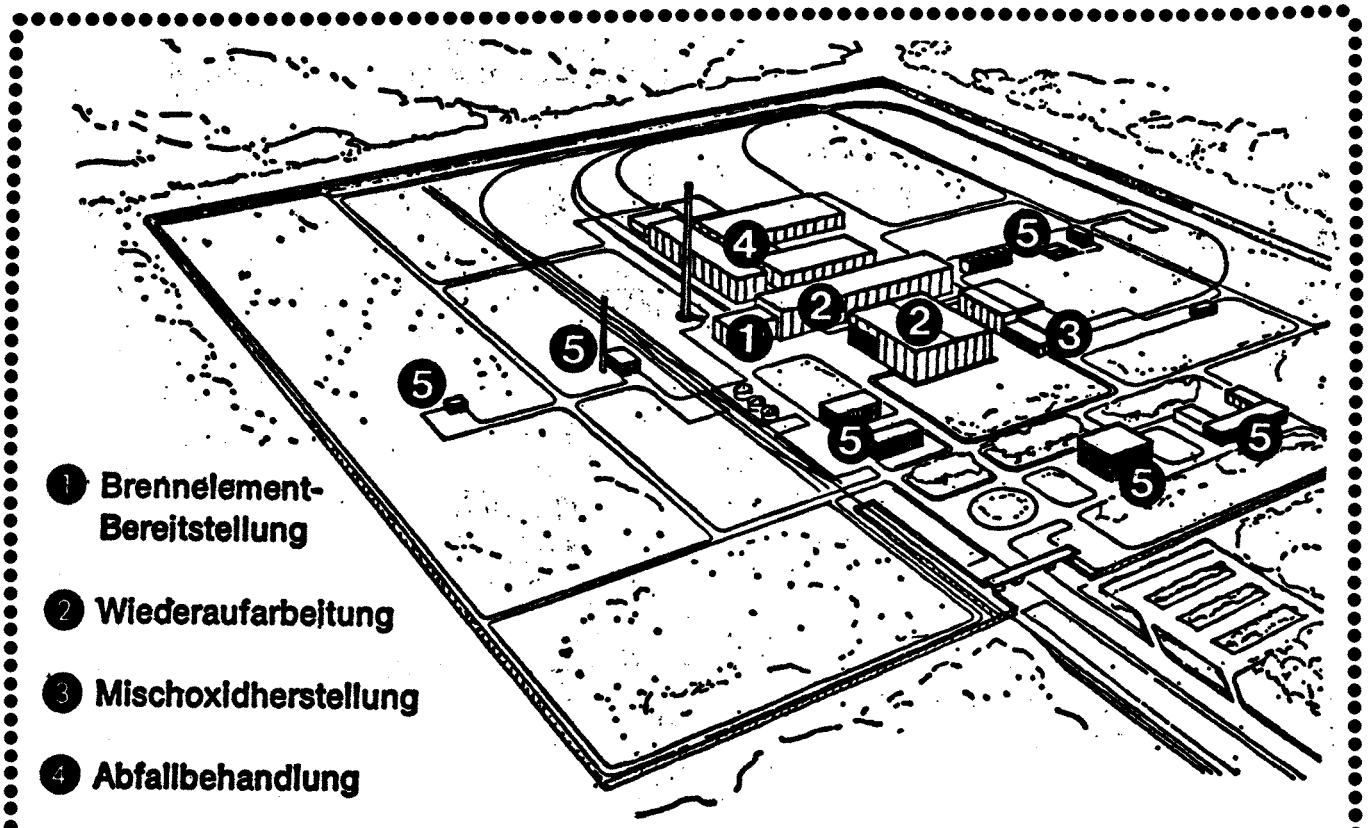
Am Beispiel der Pilotanlage für Wiederaufarbeitung in Karlsruhe (Jahresdurchsatz 10T., ursprünglich geplant: 33T.) versuchen die Atombetreiber gerne die Hessen-WAA als absolut sicher, wohl durchdacht und "mit einer konventionellen Fabrik vergleichbar" anzupreisen.
Bedauerlicherweise hat sich jedoch die weitgehend wartungsfrei geplante Anlage als äußerst störfällig erwiesen: Plutonium löste sich nicht wie gewünscht, das Lösungsmittel für Plutonium und Uran verlor dank radioaktiver Strahlung seine Eigenschaften und radioaktiver Schlamm verstopfte "gelegentlich" die Rohrleitungen. (Erfahrungsbericht über die WAA Karlsruhe in: WiederaufarbeitungsgeTÜVel, S.11)
Andeutungen des Spiegels zufolge (52/77)haben in der Anlage zur Endkonditionierung von Abfällen schon mehrere Menschen Nervenzusammenbrüche wegen der sich häufenden Störfälle erlitten
An 17. Mai 1980 mußte die Anlage gleich für 18 Monate abgeschaltet werden. In einer von Heißdampf durchströmten Heizschlange im Head-End (sie diente der Erhitzung des kochenden Salpetersäurebades)wurde eine Schweißnaht undicht. Der nun giftig gewordene Heißdampf trat aus und verseuchte die Umgebung. Die Betriebsleitung leugnete programmäßig jede Gefährdung der Umwelt da es in Wirklichkeit gar keinen Störfall gegeben habe, sondern lediglich "eine normale und voraussehbare Verschleißerscheinung" (Atomexpress Nr. 21). Verständlicherweise "vergaß" sie darauf hinzuweisen, daß die Anlage überhaupt erst seit Mai '79 wieder in Betrieb ging und vorher zur Durchführung "langwieriger Wartungen und Reperaturen" geschlagene 11 Monate still stand.(Atomwirtschaft Juli/77)
"Vorhersehbar" war sicherlich auch, daß Mitte Februar 81 eine unterirdische Leitung für radioaktive Gewässer gerissen ist und "normal" Alarmstufe 1 ausgelöst werden mußte. (Taz.,19.2.81)
Wie hieß es doch so schön im Bericht der Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission über eine 1400T.WAA: "Obwohl das Verhältnis des Nenndurchsatzes im Entsorgungszentrum zu dem der W.A.Karlsruhe 35:1 beträgt, sind aus verfahrungstechnischer Sicht bei der Übertragung keine unerwarteten Schwierigkeiten zu befürchten."(S..17)
Allein die zu erwartenden Schwierigkeiten sollten ausreichen, daß ganze Projekt in Hessen und anderswo abzublasen.

Fortsetzung von Seite 19

sieren soll. Ursprünglich wurde die Verteilung in der Atmosphäre der Endlagerung vorgezogen: *"Krypton in der Atmosphäre ist auch sicher gegen Erdbeben, gegen abstürzende Flugzeuge und gegen Sabotage. Abgetrenntes krypton hingegen stellt grundsätzlich ein Risikopotential dar."* (So der Leiter der WAA Karlsruhe, Schüler, "Atommüll...S.67). Andere "Experten" bezeichnen die Versenkung von mit Krypton gefüllten Stahlflaschen in der Tiefsee als *"ich möchte fast sagen:risikofreie Methode"*. Und auf der Jahrestagung Kerntechnik 1980 wurde die abenteuerliche Idee präsentiert, Krypton *"mit Hilfe einer Spannung von 10-15 kV in Metalloberflächen zu implantiern. Energiebedarf für eine 1500 Jahrestonnenanlage wie in Gorleben geplant: 10 Mio. KWh."* (Atomexpreß nr. 20). Nach dem Head-End kommt die hochradioaktive Flüssigkeit über ein Lösungszwischenlager in einen komplizierten chemischen Prozess und soll in die Endprodukte Uran 235, Plutonium und Spaltprodukte sowie andere Aktiniden zerlegt werden. Dieser Prozess erfolgt in drei Stufen. In der ersten trennt man uran und Plutonium mit Hilfe einer Flüssigkeit, die zu 80 % aus dem extrem feuergefährlichem Kerosin besteht, aus der salpetersauren Lösung ab. In den nächsten beiden stufen wird das Uran und das Plutonium gereinigt und in eine wiederverarbeitungsfähige Form gebracht. Hierbei tritt ein weiters völlig ungelöstes Problem auf!

Die Anhäufung von Plutonium kann sehr schnell zu einer Kettenreaktion und Explosion mit unvorhersehbaren Auswirkungen führen, die ganze Anlagenteile schwer radioaktiv verseuchen, unter Umständen auch zerstören würden. ("Plutoniumkritikalität"). *"Soll die Anlage 'unterkritisch' gefahren werden (dh. die Konzentration von Pu liegt unter 7g/l), werden die Sachen unrentabel und die Extraktion (Abtrennung,Red.) des Plutoniums schwierig. Deshalb arbeitet man mit Konzentrationen oberhalb der Kritikalitätsgrenze (in der Praxis ca. 20 g/l lt Sicherheitsbericht). Dadurch sind aber Vorsorgemaßnahmen gegen kritische Anordnungen zu treffen (dünne Rohre, besonders geformte Gefäße)"* (WiederaufbereitungsgeTÜVtel, S. 20). Derartige Absicherungen sind teuer und bieten keinen Schutz bei Auslaufen der Lösungen. Teilweise sind die Kritikalitätsbedingungen nicht einmal bekannt (viele "exakte" Angaben entpuppen sich beim Nachlesen der Originalliteratur als reine Computersimulationen...). Es wird von vornherein einkalkuliert, daß neben dem abgetrenntem Plutonium und Uran auch in den anfallenden Restflüssigkeiten große Mengen an Plutonium zurückbleiben (bei 1400 Jahrestonnen mindestens 140 kg jährlich); ein vollständiger Trennungsvorgang ist gar nicht möglich. **(6)**

Da nach wie vor realistische Endlagerperspektiven bestenfalls als Phantasieprodukte der Atombetreiber existieren, würde das bereits durch den AKW-Betrieb eskalierte Atommüllproblem durch Inbetriebnahme einer WAA ganz erheblich verschärft. Die hier angeführte unvollständige Liste von Unsicherheiten zeigt ausschnittweise, daß Wissenschaftler, Techniker, AKW-Betreiber und Regierung bei der Bewältigung grundlegender Sicherheitsprobleme völlig im Dunkeln tappen. Das derzeit tatsächlich durchdachte Planungsgerippe ist als Ergebnis 20ig-jähriger Forschung unter Einsatz von tausenden von Forschern und milliarden an Steuergeldern schlicht und einfach katastrophal! Daß nichtsdestotrotz das Atomprogramm forciert und ebenso blind wie nachdrücklich alles auf die WAA-Karte gesetzt wird, ist ein krimineller Poker mit Leben und Gesundheit von Hunderttausenden.



Auf dem Reißbrett der DWK hat die Zukunft schon begonnen: Modell einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage, wie sie zum Ende dieses Jahrzehnts irgendwo in Nordhessen entstehen soll.

WAA-Technologie - Weltweit ein Fiasko

„Die Wiederaufarbeitung hoch abgebrannter Brennelemente für Leichtwasser-Reaktoren (LWR) funktioniert noch nirgentwo in der Welt – im Gegensatz zu offiziellen Publikationen, die diesen Eindruck erwecken können oder sollen... Was bisher einwandfrei funktioniert, ist lediglich die Plutoniumgewinnung für Atombomben, für die jedoch ein besonders niedrig abgebrannter Kernbrennstoff verarbeitet wird." (aus dem Wissenschaftsteil der FAZ, 23.3.77)

Hier ein Überblick:

Marcoule, Frankreich 1958 in Betrieb, militärisch, bisher 7500 t Brennstoff aus Gas-Graphit-Reaktoren aufgearbeitet. Für die Wiederaufarbeitung von LWR-Brennelementen nicht geeignet.

La Hague, Frankreich Betriebsbeginn Jan. 67, Kapazität 700 Jahrestonnen. Fast ausschließlich Gas-Graphit-Brennstoff aufgearbeitet. Stillegung der neu errichteten Eingangsstufe für LWR-BE im Mai 76 nach dreiwöchigem Probebetrieb. Dez. 76 Unfall im „Head-End", der zu einem vorübergehenden Verlust von 100Kg Uran führte und beinahe einen schweren Kritikalitätsunfall verursacht hätte. Weitere Unfälle April 80 und Ja. 81.

Windscale, England. Inbetriebnahme 1954, zweite grössere Anlage 1964 (militärische Nutzung) .Nach Aufarbeitung von 150 t LWR-Brennstoff und 4 „kleinen" Unfällen besiegelt 1973 ein Großbrand im Zentrum der Anlage ihr Schicksal. 35 Arbeiter innerlich und äußerlich verseucht. Seit 78 lagern neben der Atomruine 700.000 t hochaktiver Müll, der in Stahlbehältern ständig gekühlt werden muß.

WAK Karlsruhe, Inbetriebnahme als Demonstrationsanlage Sept. 71, Kapazität 35Jahrestonnen, bisherige Verfügbarkeit 30%. Seit Inbetriebnahme 746 Fälle von Kontamination (Verschleppung radioaktiver Teilchen). Mysteriöses Absterben eines großen Waldes in unmittelbarer Nähe. Siehe auch s.19.

Hanford, USA, erste WAA, Inbetriebnahme 1951. Kapazität 10 Jahrestonnen, nach zahllosen Störfällen 1973 endgültig stillgelegt.

Idaho, USA, militärisch, soll Brennelemente von Atom-U-Booten aufarbeiten, 1953 in Betrieb gegangen, Kapazität: 440 Jahrestonnen.

Savannah River Plant, USA, rein militärisch, 1954 in Betrieb, Kapazität 3700 t/Jahr.

Tokai Mura, erste japanische WAA, von Franzosen gebaut, Inbetriebnahme 1977, Stillegung 1978. Erneuter Anlauf 1980.

Barnwell, USA, kommerzielle Anlage, Kapazität 1500 t/Jahr, 1975 offiziell fertiggestellt, Betriebsgenehmigung wurde nicht erteilt. (Verbot der Zwischenlagerung hochaktiver flüssiger Abfälle) Seitdem Bauruine, da keine alternative Lagermöglichkeit in Sicht.

Mid-West-Fuel-Recovery Plant, bei Chicago/USA, Kapazität 300 t/Jahr, sollte nach einem neuen System arbeiten, das von Anfang an nicht funktionierte. Nur die Lagerbekken werden verwendet.

Eurochemic, Belgien, Versuchs-WAA der Euratom, Inbetriebnahme1966, 1975 nach zahllosen Störfällen stillgelegt, kaum 20% Verfügbarkeit.

Nuclar Fuel Services, USA, erste kommerzielle Anlage, Inbetriebnahme 66, Kapazität 1000 t/Jahr, 1972 stillgelegt, nachdem die US-Behörden zahlreiche Umbauten verlangten. Seitdem werden nur die Lagerbecken verwendet.

West Valley, USA, überwiegend militärische Wiederaufarbeitung. 1972 Stillegung aufgrund unzumutbarer Strahlenbelastungen. Z.Z. befinden sich 2,3 Mio Liter hochaktiven Abfalls in Lagertanks unterhalb der Betriebsgebäude. 5600 Kubikmeter radioaktiver fester Abfälle wurden vergraben, schwachaktive Atomabfälle in die Flüsse geleitet. (aus: Atomkalender 1980, BBU Arbeitsmappe zur Plutoniumwirtschaft; Wiederaufbereitungsgetüftel)

Doch halt ! Auch dieser Kasten sollte nicht ohne eine abschließende Zusammenfassung unserer „Sicherheitsexperten" enden: „Aus dem Betrieb in- und ausländischer WAAs liegen umfangreiche Erfahrungen vor. Sie zeigen, daß die für die Beurteilung der sicherheitstechnischen Realisierbarkeit der Wiederaufarbeitung entscheidenden Probleme gelöst sind." (Beurteilung der Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission vom 20.10.77, Gorleben-Report S. 195)

Vergleich der Umweltbelastung durch die WAA mit der eines Atomkraftwerkes

Die Abgabe radioaktiver Stoffe im Normalbetrieb aus der WAA an die Umwelt übertrifft die eines einzelnen Atomkraftwerkes um ein Vielfaches. Da diese hohen Radioaktivitätsmengen über einen weiten Raum verteilt werden sollen, sind von dieser radioaktiven Belastung auch sehr viel mehr Menschen betroffen. Die folgende Tabelle gibt die Freisetzung von einigen radioaktiven Stoffen aus einem heute üblichen Atomkraftwerk (AKW) und die theoretischen Werte aus der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage über den Schornstein an [Bonka 76]. Die Werte sind in Curie pro Jahr angegeben.

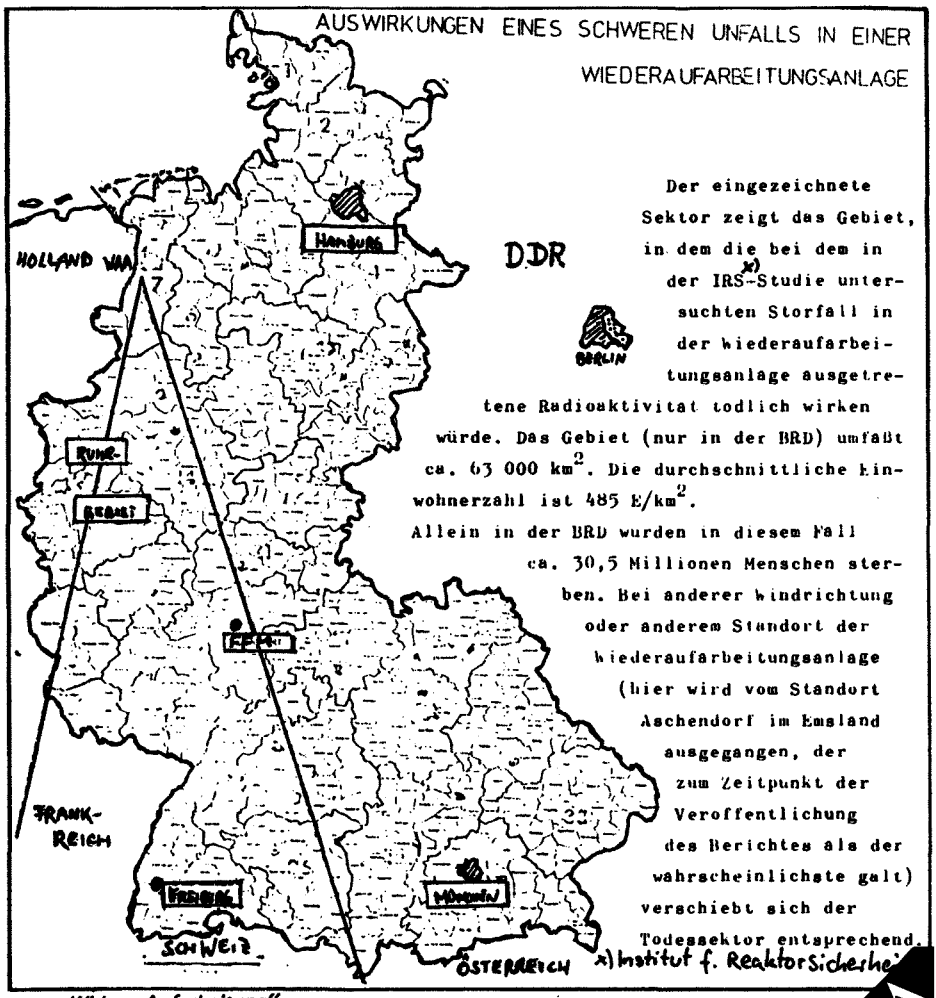
Für den Rückhaltefaktor für die WAA wurden die obengenannten Werte angenommen.

Radioaktiver Stoff	Kurzbezeichnung	Halbwertszeit	Freisetzungsgrate in Curie pro Jahr WAA	AKW
Tritium	H 3	12,3 Jahre	1 000000 bis 250000	20
Kohlenstoff 14	C 14	5736 Jahre	500	10
Krypton 85	Kr 85	10,76 Jahre	10000000 bis 1000000	700
Strontium 90	Sr 90	28,5 Jahre	0,1	0,0001
Jod 131	J 131	8,04 Tage	1,8	0,05
Jod 129	J 129	15700000 J.	0,4	5,5
Plutonium, Americium, Curium	α-Strahler	zumeist lange Halbwertszeiten	0,2*	0,00001

aus:

Atommüll oder der Abschied von einem teuren Traum

(Die WAA-Angaben beziehen sich auf eine 1400 t -Anlage und lassen sich entsprechend auf 700 t- bzw. 350 t -Anlagen umrech-



aus: „Wider - Aufarbeitung"

Sicher in die Katastrophe

Wie lange noch?

So wie sich die Lage vor dem bisher geschilderten Hintergrund darstellt, ist der Betrieb von AKWs und insbesondere das WAA- und Schnelle -Brüter-Programm nicht nur unverantwortlich, sondern geradezu kriminell. Nichts ist sicher erforscht, nichts sicher praktisch erprobt, alle Probleme soll die Zukunft lösen und trotzdem soll in gigantischem Ausmaß das Atomprogramm ausgebaut und mit den unmittelbar bevorstehenden Standortangaben in Hessen und Rheinland Tatsachen geschaffen werden. Während das Geschwätz der Gesundbeter der Atomindustrie von der 'sicherheitstechnischen Realisierbarkeit' einer WAA einfach der politischen Notwendigkeit entspricht, gegenüber der Öffentlichkeit die 'Entsorgungsfrage' als gelöst darstellen zu können (als Voraussetzung für den Bau ständig neuer AKWs), werden andere, weitaus brisantere Zielvorstellungen der Atommafia in der Öffentlichkeit z.T. direkt totgeschwiegen:

- so das Großmachtbestreben der BRD, gegen die Hauptkonkurenten USA und Frankreich beim Verkauf ganzer Brennstoffzyklen eine führende Position zu erringen: Bekanntlich wurde bereits 1975 im bisher größten zusammenhängenden Auslandsgeschäft der BRD (Auftragsvolumen 12 Mrd. DM) der Militärregierung in Brasilien *"eine komplette Ausstattung für die Nutzung der Kernenergie"* (u.a. 4 AKWs, 1 WAA, 1 Urananreicherungsanlage) verkauft. Ähnlich weitreichende Geschäfte sind mit den Diktatoren Argentiniens angelaufen. Hier erfolgreich im Geschäft bleiben zu wollen, setzt voraus, der Welt zu demonstrieren, daß die 'Deutschen' im Unterschied zu anderen Nationen große und funktionierende Wiederaufbereitungsanlagen bauen können.

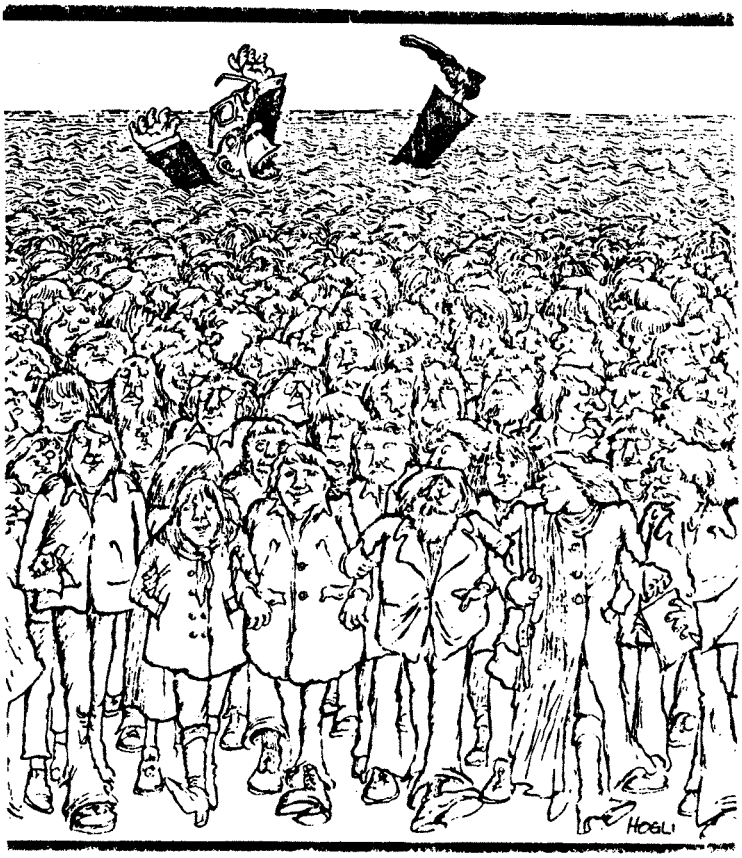
- **so die begehrenswerte Anhäufung riesiger Plutoniumvorräte, die eine 'Option' auf mühelose Atomwaffenproduktion binnen kürzester Frist offenhält und angesichts der sich eskalierenden Kriegsgefahr eine WAA doppelt gefährlich macht,** (90 CDU/CSU-Abgeordnete stimmten 1969 gegen die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages durch die BRD, der ohnehin für den Fall einer 'europäischen Atomstreitmacht' seine Gültigkeit verliert.)

- so die Schaffung einer völlig autarken Energieversorgung durch den industriellen Einsatz von Schnellen Brütern als einem Fernziel.

Die Gier nach Erfüllung dieser Ziele ist so groß, daß die Betreiber die Gefahr in Kauf nehmen, daß der eingeschlagene Weg einmal nicht in ihrem Sinne funktionieren wird.

Dennoch setzten sie bis zum endgültigen Scheitern ihrer Pläne das Leben von Millionen Menschen bedenkenlos aufs Spiel.

Wir müssen diesem Atomaren WAAnsinn ein Ende bereiten, sonst beseitigt er uns.



Anmerkungen:

(1) Üblicherweise wird bzgl. der Wiederaufarbeitung behauptet, daß hier „nur" eine 2000jährige Endlagerung nötig sei.In einer Anmerkung von H.Hirsch heißt es hierzu:„Das stimmt nicht. 1. Es stimmt selbst für den Abfall von frischem Brennstoff (d.h. abgebrannte Uranbrennelemente) nicht; die Rechnungen gehen von unrealistisch guter Plutonium (Pu)-Abtrennung aus und berücksichtigen nicht, daß durch verlängerte Zwischenlagerung (wie jetzt geplant) durch Zerfall Pu 241 – Am 241 sich die Am-Menge im Abfall stark erhöht. 2. Insgesamt(d.h. wenn man auch Abfälle aus mehrfacher Rezyklierung-also abgebrannte Mischoxid-Brennelemente berücksichtigt) stimmts noch weniger.Von Rückführung zu Rückführung werden die Abfälle toxischer; und schließlich (nach der 2. Rückführung) müssen die Brennelemente, die dann viel mehr schwere Aktiniden enthalten doch direkt endgelagert werden!Je kürzer die Zwischenlagerung vor der WA, desto öfter kann rückgeführt werden: Zwischenlagerung 1 Jahr: Bis zu 6 mal;ZL 7Jahre: bis zu 2 Mal. Die offiziellen Vergleiche mit direkter Endlagerung berücksichtigen im übrigen immer nur einen WA-Abfallstrom, die verglasten hochaktiven Abfälle. Für „frischen" Abfall (aus Uran-BE) würde ich sagen: grober Richtwert 10.000-50.000 Jahre;für Abfälle nach ein-oder mehrfacher Rückführung mehrere 100.000 Jahre. Für die nicht mehr wiederaufarbeitbaren abgebrannten Mischoxid-Brennelemente nach mehrfacher Rückführung liegt es dann wohl bei über 1 Mio. Jahren.

(2) Sie sind jedoch in sich nicht ganz logisch. Die für 400 Tonnen konzipierte WAA La Hague funktioniert bei äußerst wohlwollender Betrachtung zu etwa 8%. Sollte es der westdeutschen Atommafia im eigenen Interesse nicht in den Sinn kommen, aufgrund des benötigten 350-Tonnen-Durchsatzes die WAA mit einer Kapazität von 10 Tonnen pro Tag zu bauen. Da auch hier (bei allem Wohlwollen) nicht mehr als 350 t jahresdurchsatz herauskäme, bräuchte doch eigentlich auch der Sprachgebrauch der Massenmedien („Mini-WAA") gar nicht einmal geändert werden?!

(3) Nachträgliche Einfügungen von H.Hirsch wurden eingeklammert.

(4) Aktiniden: Schwere Elemente; bei der WA vor allem wichtig: Uran, Neptunium,Plutonium,Americium,Curicum. Die Aktiniden sind meist langlebige a-Strahler und erhöhen daher wesentlich die Langzeitgiftigkeit von radioaktiven Abfällen.

(5) Außerdem können die Silberzeolitfilter nur in der Auflöserabgasstrecke eingesetzt werden;einige Prozent des Jodes finden mit anderen Abgasströmen ihrenWeg ins Freie. (H. Hirsch)

(6) Das wäre 1 % Pu-Verlust. Die DWK rechnete mit diesem Wert für die Gorleben-WA; sowie mit einem weitern 1%-Verlust bei der Brennelement-Fertigung.Praktische Erfahrung in La Hague: ca. 3% Verluste bei der Wiederaufarbeitung allein! (H.Hirsch)

Benutzte Literatur:

WiederaufarbeitungsgeTÜVtel, *Hrsg. v. BUU-HH,BI Lüchow-Dannenberg, BBU.*

Atommüll oder der Abschied von einem teuren Traum , *AG „Wiederaufarbeitung" an der Uni Bremen, Hamburg 1977*

Der Gorleben-Report, *Ungewißheit und Gefahren der nuklearen Entsorung, Hrsg. Hatzfeldt, Hirsch, Kollert, Frankfurt/M. 1979*

...auch keine Zwischenlösung!, *Bericht des Atommüllzwischenlager-Hearings in Ahaus am 13./14.9.80, Hrsg. v. Öko-Institut Hannover (jetzt Gruppe Ökologie), sowie BBU*

Plutoniumpolitik in Europa *v. Ives Lenoir (aus der Reihe:Kopf aus dem Sand Nr.12)*

Protokoll der Nichtöffentlichen Informationssitzung des Ausschusses für Forschung und Technologie am 25. Mai 77 *(Kopf aus dem Sand Nr. 2)*

„ Wider-Aufarbeitung", *Informationen über Probleme und Gefahren der Atommüll- und Plutoniumfabrik, Hrsg.: Umweltschutzgruppe am Fachbereich Chemie der Uni Hamburg*

„Analysen" *Nr.2/80 und 5/80 des Deutschen Atomforum e.V. sowie diverse Ausgaben von* **„Atomwirtschaft/Atomtechnik", „Umwelt", Elbe-Jeetzel-Zeitung(EJZ), Hannoversche Allgemeine (HAZ) u.a.m.**

Institut für ökologische Forschung und Bildung Hannover

Gruppe Ökologie

Die offizielle Energiepolitik läuft in eine Sackgasse. Umwelt- und Naturschutz werden wirtschaftlichen Gesichtspunkten untergeordnet. Politische Machtinteressen und rücksichtsloses Gewinnstreben haben zu einer einseitigen Betrachtungsweise von Mensch und Natur geführt. Die gesellschaftliche Verantwortung für die daraus entstehenden Probleme wird nicht berücksichtigt.

Dagegen setzen betroffene und engagierte Menschen in immer größer werdender Zahl eine neue Denk- und Lebensweise. Das Anliegen einer Bewegung, die auch "ökologische Bewegung" genannt wird, ist es, das "Ökologische Gleichgewicht" wieder herzustellen; d.h., die menschlichen Eingriffe müssen so gestaltet werden, daß unsere natürlichen Lebensgrundlagen heute und auch künftig erhalten bleiben.

Die Gruppe Ökologie hat sich zusammengefunden, um in Unabhängigkeit von Behörden Parteien, Industrie und offiziellen Großforschungszentren für die Ziele des Umwelt- und Naturschutzes, für eine rationelle Energie- und Rohstoffpolitik und eine ökologisch orientierte Gesellschaft arbeiten zu können. Sie besteht seit dem 1. Januar 1981 und ist aus der Arbeitsstelle Hannover (Gründung: Juli 1979) des Freiburger Öko-Institut hervorgegangen.

Arbeitsgebiete der Gruppe Ökologie:

Die kritische Auseinandersetzung mit Atomenergie, insbesondere der Atommüllproblematik (Wiederaufbereitung, Zwischenlagerung, Endlagerung), ist heute das Hauptarbeitsgebiet der Gruppe Ökologie.
Andere Arbeitschwerpunkte befassen sich mit Entwicklungsmöglichkeiten des ökologischen Landbaus, solarer Energiequellen und sparsamer Energienutzung, ökologisch orientierter Regionalplanung, Rohstoffpolitik und mit der Frage nach den Ursachen der heutigen Einseitigkeit naturwissentschaftlicher Forschung.

Der Förderkreis Ökologie:

Die Arbeit der Gruppe kann und soll durch Gutachtenaufträge, Forschungsprojekte, Vertragshonorare usw. nur zum Teil fnanziert werden. Wir wollen auch besorgte und betroffene Bürger unterstützen, denen eine Vergütung nicht möglich ist. Daher sind wir auf Förderbeiträge und Spenden angewiesen. Mit der Gründung der Gruppe Ökologie wurde gleichzeitig der "Förderkreis Ökologie" ins Leben gerufen, dem jeder beitreten kann der unsere Ziele teilt. Sie/Er erklärt sich zur Zahlung eines Beitrages in selbst festgelegter Höhe bereit. Die Gruppe Ökologie ist ein als gemeinnützig anerkannter Verein, Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden.

Von den Mitgliedern des Förderkreises erwarten wir darüber hinaus,Unterstützung bei unserer Informations- und Bildungsarbeit, beim Vertrieb von Veröffentlichungen, Abfassen von Stellungnahmen und Artikeln usw.

Wir möchten mit der Bitte abschließen:

Werden Sie Mitglied unseres Förderkreises und helfen Sie uns durch Ihren Beitrag und evtl. Ihre Mitarbeit. Als Mitglied des Förderkreises erhalten Sie unsrer Tätigkeitsberichte, sowie Hinweise auf Veranstaltungen und Veröffentlichungen. Zum Beitritt genügt eine Postkarte. Wir sendes Ihnen auch gerne ausführlichere Informationen zu.

GRUPPE ÖKOLOGIE - Insitut f. ökologische Forschung u. Bildung Hannover e.V.
Immemgarten 31
3000Hannover
Tel. 0511/ 6963130

Mitgl.: Dr. Ulla Ahrenhöfer
Sabine Bahnemann
Dipl. Pol. Monika Baumgartner
Dr. Helmut Hirsch
Dipl. Phys. Torsten Jütte
Dipl. Ing. FH Gerhard Knerr
Dipl. Ing. Antje Lange
Karin Seyfardt
Eberhard Walde

Wissenschaftliches Kuratorium der Gruppe Ökologie:

Prof. Dr. K. Buchwald, Hannover (Ökologie, Landschaftsplanung)
Prof. Dr. E. Grimmel, Hamburg (Geomorphologie)
Dr. Michael Grupp, Lodeve (Physik)
Prof. Dr. R. Kickuth, Kassel (Ökochemie)
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake, Hannover (Physik)
Dr. Alice Stewart, Birmingham (Medizin)

Presseerklärung zum Gründungstreffen der 'NG 350' am 7. und 8. Febr. in Marburg

Am Wochenende wurde in Marburg eine Naturwissenschaftler - Gruppe gegründet, die sich kritisch mit den von der Atomindustrie angebotenen Lösungsmöglichkeiten zur Atommüllbeseitigung auseinandersetzen wird. Insbesondere will man sich mit den Problemen befassen, die das neue Konzept zur Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren mit sich bringt. Erste Beschlüsse ergaben die Erstellung eines Literaturdienstes und die Erarbeitung einer Broschüre, die die bestehenden Probleme bei der Wiederaufarbeitung einer breiten Öffentlichkeit vermitteln soll. Die bisher bekannten Konzepte sind nach Auffassung der Wissenschaftler - Gruppe aus wirtschaftlichen, technischen und ökologischen Gesichtspunkten unannehmbar. Insbesondere die Auswertung internationaler Erfahrungen zeigt, daß die großtechnische Wiederaufarbeitung von Brennelementen aus Leichtwasserreaktoren weltweit nicht verwirklicht werden konnte und fast alle kommerziellen Wiederaufarbeitungsanlagen wegen technischer Defekte, zu hoher radioaktiver Abgabe und völliger unwirtschaftlichkeit stillliegen. Das erste Treffen diente im übrigen dem Informationsaustausch, der gegenseitigen Wissensvermittlung und der Berichterstattung über die Errichtung einer WAA in Hessen und Rheinland-Pfalz. Ziel der Wissenschaftler-Gruppe ist es, die von Atomanlagen betroffenen Bürger sachkundig zu machen und die Ökologiebewegung insgesamt zu stärken.

Diese Presseerklärung wurde am 8.2.81 von den etwa 30 Anwesenden verabschiedet. Insgesamt nahmen 47 Interessierte an dem Gründungstreffen teil.

Kontakt:
Helmut Burdorf
Mozartweg 12
3553 Cölbe, Tel. 06421 / 82827

Widerstand gegen die Hessen-WAA....

Nachem Albrecht die WAA in Gorleben für politisch nicht durchführbar erklärte, mußte sich die DWK einen neuen Standort ausgucken. Dabei bediente sie sich mal wieder der Hilfe von Politikern. Die CDU in Niedersachsen sagte zwar erst einmal nein zur WAA, aber in Gorleben und Stade sollen Zwischenlager entstehen. Die WAA-Pläne für Gorleben sind aber noch lange nicht vom Tisch. Sofort nach dem Beschluß der Regierungschefs von Bunde und Ländern vom 28.9.79, verschiedene kleine Entsorgungseinheiten zu schaffen, war die hessische Landesregierung (SPD) in die Bresche gesprungen. Bereits am 25.2.80 stellte die DWK einen standortunabhängigen Bauantrag beim hessischen Wirtschaftsminister Karry (FDP).

Auf dem letzten Landesparteitag der SPD in Hessen wurden die Atomgegner in den eigenen Reihen mal wieder überstimmt und somit war die gesamte Partei auf Regierungskurs. Danach wurde die landeseigene hessische Landesentwicklungs; und Treuhand GmbH im Juli 1980 mit der Standortsuche beauftragt. Es wurden insgesamt 34 Standorte ermittelt, wovon 12 in die engere Wahl kamen.

Antreiber für die WAA in Hessen ist Wirtschaftsminister Karry. Er sieht durch die WAA eine Belebung der Wirtschaft und und und. Er versuchte SPD-Chef Börner unter Druck zu setzen, indem er heimlich Gespräche mit dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz Vogel (CDU) führte, der ja schon im März 80 Interesse an einer WAA bekundet hatte. Bereits damals fürchtete Karry, Vogel könne ihm die DWK mit dem Angebot einer größeren WAA abspenstigt machen. So sah sich der SPD-Chef von Hessen genötigt, auch mit dem CDU-Führer aus Rheinland-Pfalz tiefgehende Gespräche zu führen, hinweg über alle parteilichen Differenzen. Dazu heißt es in der HAZ (Hannoversche Allgemeine Zeitung) vom 28.1.81 *'So haben sich der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel und sein hessischer Amtskollege Holger Börner schon verschiedentlich zu einem intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch zusammengefunden. Beide Länder haben sich mittlerweile verständigt, je eine Wiederaufbereitungsanlage zu errichten und entsprechend den Richtlinien der Bundesregierung mit einer Vorauswahl der möglichen Standorte zu beginnen.'* Weiter steht in der HAZ vom gleichen Tage *'Beide Regierungen verfolgen das Ziel, so weit wie möglich gemeinsam zu handeln und sich gegenseitig zu unterstützen.'* (Weitere Informationen hierzu in den Artikeln 'Dichtung und Wahrheit über die 'Hessen WAA' und 'Die DWK will mehr').

Schwierigkeiten gab es bei der Erstellung eines einheitlichen Kriterienkataloges. Uneinigkeit bestand wohl unter den Bundesländern über den Inhalt dieses Kataloges, besonders Bayern und Niedersachsen hatten abweichende Ansichten. Der Katalog soll angeblich am 18.12.80 an die Länder verschickt worden sein.

Einen 'hessen-spezifischen Kriterienkatalog' hat am Mittwoch das Kabinett von Ministerpräsident Holger Börner in Hessen der Öffentlichkeit vorgestellt. Damit wurde für die DWK die formale Möglichkeit geschaffen sich nach einem Standort für die geplante WAA umzusehen.Favorit der DWK ist schon seit längerer Zeit die nordhessische Kleinstandt Volkmarsen. Weitere mögliche Standorte sind Rabenau im Vogelsbergkreis, Diemelstand und Gemünden / Wohrs (Land- kreis Waldeck-Frankenberg), Friedwald / Hessen WAA ringen an der Werra und Stadt Allendorf. Lt. Taz 20.2.81. Die TAZ meldete am 21.1.81 *'Nachdem hessische Atom-*

gegner wiederholt auf Volkmarsen als möglichen Standort hingewiesen hatten, kam jetzt die endgültige Bestätigung. Aus unterrichteten Kreisen in Bonn, so die gestrige dpa-Nachricht, verlautete, daß die Ortschaft Volkmarsen, ca. 40 km westlich von Kassel ausgewählt worden sei.'

Wie sieht es in Volkmarsen aus?

Bereits im August 1980 war durchgesickert, daß die 5000 Einwohner Gemeinde im Gespräch war. Darauf gründete sich eine örtliche Bürgerinitiative. Ein Blick auf Volkmarsen zeigt, daß es von seiner Lage und Struktur die Bedingungen des Bundeskriterienkataloges für WAA 's optimal erfüllt: das Land ist dünn besiedelt, es gibt wenig Fremdenverkehr und keine Schutzgebiete, das anvisierte Grundstück ist zum größten Teil Gemeindeeigentum (Enteignung nicht notwendig) und war in den 60er Jahren als Kasernenstandort im Gespräch, in 5 km Entfernung verläuft die Autobahn Kassel Dortmund, ein Gleisanschluß ist vorhanden.

In Volkmarsen fanden im Sommer Bodenuntersuchungen statt, wo bisher noch keine offizielle Stelle eine befriedigende Auskunft über deren Zweck angeben konnte. Mißtrauisch wurden die lokalen AKW-Gegner erst, als bekannt wurde, daß Magistrats; und Stadtverordnetenvertreter mit Bürgermeister Verwoort an der Spitze in das Kernforschungszentrum nach Karlsruhe gefahren waren.

In der BI sind jetzt etwa 30 ständig mitarbeitende Leute. Zu ersten Bürgerversammlung kamen ca. 500 Menschen. Auf der zweiten Veranstaltung sprach Martin Mombauer aus Lüchow-Dannenberg. Vor etwa 500 - 600 Leuten sagte er u.a. *'daß die Gorlebener zu Tausenden kommen würden, wenn sie gebraucht würden, notfalls mit einem Sonderzug.'* TAZ v. 23.1.81. Der Bürgermeister von Volkmarsen, der nicht nur in Karlsruhe sondern auch schon in La Haque war, verspricht sich u.a. Strukturverbesserungen (1600 Arbeitsplätze) und mehrere Mio. DM Steuereinnahmen. Allerdings meint er zu eventuellen Störungen in einer WAA, daß natürlich das Sicherheitsbedürfnis an oberster Stelle steht. Er war ja in La Haque und was er da gehört hat, war so einleuchtend, *'daß ich gesagt habe, das hat man heute fest im Griff.'* (Interview in der TAZ v. 23.1.81). Er versprach, daß bevor das Land an die DWK verkauft wird, eine Volksabstimmung durchzuführen. Die BI sieht dieser Abstimmung eher optimistisch entgegen, u.a. deshalb weil sich auf der zweiten gutbesuchten Veranstaltung keine Pro-Stimmen erhoben. In den umliegenden Orten macht sich der Unmut breit, z.B. im nächsten Ort, 5 km von Volkmarsen entfernt, ist sogar der Bürgermeister Hartmann (SPD) entschiedener Gegner der WAA; ähnlich sieht es in den anderen Orten aus. Am 28.1.81 lud volkmarsens Bürgermeister zu einer Informationsveranstaltung ein, die der Verobjektivierung der Atomdiskussion dienen sollte. Bis auf die BI 'ler erhielten alle Bürger eine Einladung ins Haus geschickt. Die Veranstaltung war mit 1000- 1500 Personen gutbesucht. Auf den Podium saßen: der Leiter der Versuchs WAA in Karlsruhe Schüller, Prof. Prott von der Strahlenschutzkommission, Alfred Voss von der Kernforschungsanlage Jülich und Minsterialrat Ziegler vom Bundesministerium für Forschung und Technologie. Außerdem noch drei Herren von der DWK (Ach, welche Ausgewogenheit).Bürgermeister Vervoort erlebte den Tiefpunkt seiner politischen Karriere, er wurde fünf Minuten lang ausgepfiffen.

Als nächstes bereiten sich die Volkmarsener auf die Kommunalwahl am 22.3.81 vor. Es wird dann eine 'Bürgerliste mit BI 'lern und Landwirten kandidieren. Die Landwirte haben sich auf einer Bauernversammlung zu 99 % gegen die WAA ausgesprochen (lt. TAZ v. 3.2.81).

Weitere Informationen
Walter Lüchterath (BI gegen WAA)
Teichweg 12
3549 Volkmarsen-Külte, Tel 05691 / 7139
oder beim
Anti-Atombüro
Elfbuchenstr. 18
3500 Kassel, Tel 0561 / 71983

Schwerer Unfall in La Hague

La Hague – Sechs Unfälle in einem Jahr !

- **Januar 80:** Austritt radioaktiver Stoffe bei der Abwasserkanalisation, die ins Meer führt.
- **April 80:** Brand im Transformator, Elektrizitätspanne, Beginn eines schweren Unfalls(Versagen des Kühlsystems der Lagerschächte für die abgebrannten Stäbe), der gerade noch verhindert werden kann.
- **Mai 80:** Austritt von Plutonium-Lösung: 1,460 Kilo Plutonium werden im Untergeschoß des Plutonium-Labors freigesetzt.
- **September 80:** Defekt einer Pumpe im Lagerungsbereich und Verseuchung der St. Helene-Quellen außerhalb der Anlage. Die radioaktiven Werte erreichen das Fünffache des natürlich vorhandenen Caesiums.
- **Dezember 80:** Mehrfacher Austritt von Radioaktivität an einem Filter und Entweichen von Säure-Dampf, der Uranium und Plutonium enthält, nach draußen.
- **Januar 81:** Brand in einem Abfallsilo im Nord-Westen der Anlage.

(nach: TAZ v. 9.2.81)

1. Der Unfall und die ersten „Informationen"

Am Vormittag des 6.1.81. wurde in einem Atommüllsilo der WAA La Hague ein Schwelbrand entdeckt. Dieser Brand war ca. 3 Stunden vorher in einem unterirdischen Lagerraum von ca. 150 qm Größe ausgebrochen. Der Brand konnte zunächst nicht gelöscht werden, weil nur Wasser zur Verfügung stand. Dieses hätte aber zur Bildung eines explosiven Wasserstoffgemisches beigetragen.

Erst nachdem aus dem über 200 km entfernten Le Havre ein Lastzug mit flüssigem Stickstoff herbeigeholt worden war, konnte der Brand gegen 3.30 Uhr in der darauffolgenden Nacht gelöscht werden.

Nach altbewährter Unsitte ließ die Betreiberfirma COGEMA erst am Abend des 6.1. die ersten Informationen raus. Die Ursache des Brandes war natürlich unbekannt, noch natürlicher ist es, daß eine radioaktive Verseuchung nur innerhalb des Silos festgestellt wurde. In die Atmosphäre seien nur geringe Mengen Caesium 137, weit unter der zulässigen Norm, entwichen.Personen seien nicht zu Schaden gekommen.

Daß es sich bei diesen Behauptungen nur um die üblichen Beschwichtigungsmanöver handelte, sollte sich in den nächsten Tagen herausstellen.

2. Die ersten Reaktionen

Die Bevölkerung in der betroffenen Region reagierte verständlicherweise stark beunruhigt. An Desinformationen gewöhnt, versuchten die Leute, sich ihr eigenes Bild zu machen. Gerüchte gingen um, daß mehrere Strahlengeschädigte in das Krankenhaus von Cherbourg eingeliefert worden seien, man hatte auch Krankenwagen aus der WAA kommen gesehen. Die Direktion der WAA dementierte; es habe keine verstrahlten Personen gegeben.

Ganz anders sahen Informationen aus, die die Gewerkschaft CFDT erhielt. Die radioaktive Verseuchung muß demnach mehr oder weniger alle Beschäftigten betroffen haben. 19 Arbeiter wurden in der werkseigenen Krankenstation entseucht.

Etwa 60 Aushilfsarbeiter wurden jedoch ohne jede Konrolle einfach nach Hause geschickt. Dort hatten sie dann genügend Gelegenheit, ihre Familie, ihre Wohnung und ihre Umgebung gleich mit zu verseuchen.

Außer der CFDT sind auch die Gewerkschaften CGT und FO empört über die Vorfälle. Gemeinsam wurden die Arbeiter der WAA zum Streik aufgerufen. Für den 8.1. wurde eine Generalversammlung aller LA Hague-Arbeiter einberufen.

An dieser Versammlung nahmen über 1000 Arbeiter und Angestellte teil. Mehrere Stunden diskutierte man über den Unfall und die Konseqenzen. Für einen Streik fand sich jedoch keine Mehrheit, stattdessen wurden folgende Forc rungen gestellt:

- erneute und umfassende Kontrolle der radioaktiven Verseuchung im Freien und in den Gebäuden der Anlage
- Kontrolle der radioaktiven Verseuchung der Privatwohnungen und Autos der Beschäftigten.

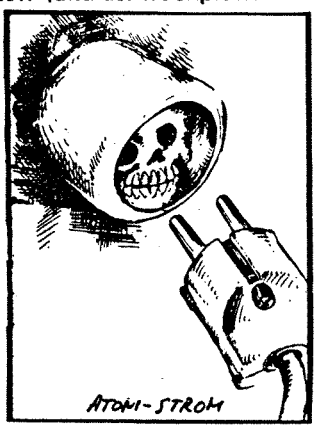
Die Firmenleitung mußte hierzu erst einmal neue Meßgeräte beschaffen, da die alten von der Verseuchung ebenfalls betroffen waren.

3. Was war wirklich passiert ?

Am 12.1. veröffentlicht der BBU-Pressedienst Informationen französischer Umweltschützer:

„Das Feuer brach in einem Tank aus, der mit nach der Wiederaufarbeitung von Magnox-Brennelementen zurückgebliebenen Brennstabhüllen gefüllt war. Diese Hüllen sind der Kategorie „hochaktive Abfälle" zuzurechnen und werden in La Hague unter Wasser zwischengelagert. Eine Undichtigkeit der Tanks bewirkte ein Ausfließen des Wassers, worauf die Hüllen, die hauptsächlich aus Magnesium bestehen, mit der Luft heftig reagierten. Das Feuer in der Wiederaufarbeitungsanlage Windscale am 16.7.1979 ist auf dieselbe Ursache zurückzuführen. Damals wurden einige Arbeiter mit Caesium verseucht.

Bei der Verbrennung von Magnesium entstehen hohe Temperaturen. Daher ist es sehr wahrscheinlich, daß größere Zerstörungen im Silo auftraten und relativ flüchtige radioaktive Stoffe wie Caesium, Strontium in großen Mengen an die Umwelt freigegeben wurden. Auch kleine Mengen von Plutonium –von dem in einer Tonne Hüllmaterial 10 Gramm und mehr enthalten ist – könnten freigesetzt worden sein. Ein Magnesiumbrand ist sehr schwer zu löschen. Wasser ist als Löschmittel ungeeignet, seine Zugabe kann zum Entstehen von Wasserstoff (und der ist explosiv – d.Red.) *führen."*



4. Lügen, nichts als Lügen

Die Belegschaft der WAA und die Bevölkerung wollten zwei wesentliche Fragen geklärt wissen:

- das Ausmaß der Verseuchung und deren wahre Natur, d.h. die Zusammensetzung der entwichenen radioaktiven Gase
- die Verantwortlichkeit für den Unfall

Zur Konzentration des Caesium 137 in der Atmosphäre behauptet die COGEMA frech, der Wert sei stets unter der zulässigen Schwelle geblieben. Die Gewerkschaften haben dagegen in eigenen Messungen das 10-fache des zulässigen Maximalwertes festgestellt.

Zur tatsächlichen Zusammensetzung der Gase behauptet die Geschäftsleitung, es handele sich ausschließlich um Caesium 137. Dabei ist es mehr als wahrscheinlich, daß auch das gefährlichere Strontium und sogar Plutonium freigesetzt wurden (s. hierzu BBU-Meldung unter 3.).

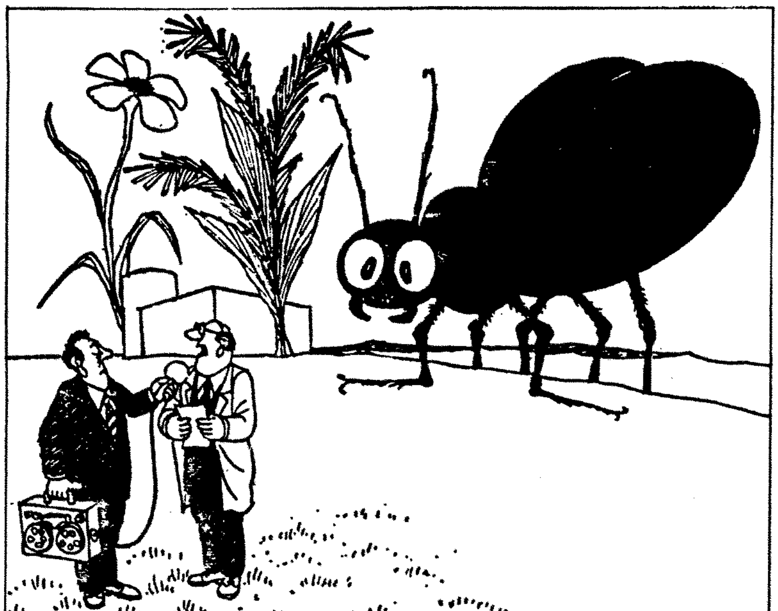
Die größte Unverschämtheit leistet sich die COGEMA allerdings, indem sie die Bevölkerung für so dumm hält, daß sie behauptet, die radioaktive Rauchentwicklung habe sich auf den unmittelbaren Bereich des Silos beschränkt. Die „Tageszeitung" (TAZ) fragt sich am 13.1. zu Recht, ob der Drahtzaun den Dampf gehindert haben soll, das Gelände zu verlassen, oder die Kenntnis der Betriebsregeln.

5. Konsequenzen für die BRD

Sowohl für die Atom-Mafia als auch für uns Atomgegner der BRD ergeben sich im wesentlichen zwei Konsequenzen aus dem Unfall in La Hague:

a) Der vorgesehene weitere Ausbau des Atommüllexports nach Frankreich wird auf noch mehr Schwierigkeiten stoßen, als dies ohnehin aufgrund der Knebelverträge mit der COGEMA (s. z. d.Verträgen GORLEBEN AKTUELL Nr. 14) der Fall ist, denn die französischen Gewerkschafter sträuben sich mit Recht dagegen, die Schrott-WAA nun auch noch mit deutschem Atommüll bis obenhin vollzustopfen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit für die westdeutschen Atombetreiber, andere Entsorgungsmöglichkeiten nachzuweisen (mal davon abgesehen, daß La Hague de facto noch nie eine Entsorgungsalternative gewesen ist).

b) In den geplanten deutschen WAA's sind ähnliche Unfälle schon vorprogrammiert. Wie aus dem BBU-Bericht zu entnehmen ist, war die Reaktion von Magnesium mit Luft der Grund für die Entzündung der Magnox-Brennelementhüllen. Die westdeutschen Brennelementhüllen bestehen z.T. aus Zirkon, das mit Luft ebenso reagieren kann wie Magnesium.



„Eine Umweltbeeinflussung durch radioaktive Verseuchung ist noch nicht bewiesen"

Zum Schluß noch eine Anmerkung zu der Forderung der französischen Gewerkschaft Force Ouvriers (FO) nach Rücktritt der Direktion der WAA La Hague. So wenig effektiv diese Forderung auch erscheinen mag, Personen sind schließlich austauschbar, so sehr ist sie dennoch zu begrüßen. Vergleicht man diese Forderung mit dem Verhalten des DGB bei uns, so kann sich die DGB-Führung nur ein Beispiel an den französischen Kollegen nehmen. Ein gemeinsames Kommunique der CFDT und des DGB vom 17.12.1980 wurde vom DGB einfach nicht veröffentlicht. Diesem Kommunique zufolge will sich der DGB zumindest darum bemühen, daß keine weiteren Brennelemente aus der BRD nach La Hague gebracht werden. Zu merken ist von diesen Bemühungen allerdings nichts. Auch die Forderung nach klaren Bedingungen für die Sicherheit der Beschäftigten in Atomanlagen existiert für den DGB nur in dem unveröffentlichten Papier.

Wenn auch die Anti-AKW-Bewegung in der BRD bedeutender als in Frankreich ist und von größeren Teilen der Bevölkerung getragen wird, so haben wir es bei den Gewerkschaften noch mit einem ziemlich brachliegenden Protestpotential zu tun.

□□

„Die Dinge ändern sich jedes Jahr"

Die "Gemeinsame Informationsstelle des Bundes und des Landes zur nuklearen Entsorgung" sah sich Ende Januar genötigt, eine Broschüre des Bundesforschungsministeriums über „Kriterien fürein Endlager für radioaktive Abfälle" vorerst aus dem Verkehr zu ziehen. Es war peinlich aufgefallen, daß insbesondere 3 Kriterien für die Standortwahl eines Endlagers, im negativen Sinn, genau auf Gorleben zutreffen: Von der Standortwahl sind auszuschließen:

- Grundwasserschutzgebiete bzw. Einzugsgebiete von Wasserwerken, auch wenn eine Kontamination durch den Deponieinhalt ausgeschlossen werden kann.
- Gebiete mit intensiver Milchwirtschaft
- Natur- und Landschaftsschutzgebiete

Betroffene Landwirte die befürchten, daß im „Atomlandkreis" keine Milchviehhaltung mehr möglieh sein wird, werden von der Informationsstelle dahingehend „beruhigt", auch auf Gorleben anzuwenden seien.

Auch die übrigen Argumente der Betreiberseite klingen nicht weniger dumm. Der frühere Bundesforschungsminister Hauff z.B. verlegt sich auf Wortspiele, indem er lieber von „Gesichtspunkten" als von „Kriterien" spricht, denn Kriterien nach denen ein Laie entscheiden könnte, ob ein Salzstock geeignet sei, könne es, so Hauff, nicht geben (wär ja auch schlimm).
daß die Kriterien nur für ein Endlager mit vorgeschalteter WAA gelten. Da aber in Gorleben keine WAA mehr vorgesehen ist (??), müsse erst geprüft werden, ob diese Kriterien

Der Pressereferent der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (aus einem Bericht dieser Anstalt aus dem Jahre 1977 stammen u.a. die oben genannten Kriterien) hält eben diesen Bericht seiner Anstalt für veraltet. „Die Dinge ändern sich jedes Jahr", ist sein Kommentar.

Daß sich die Dinge im Interesse der Atombetreiber tatsächlich sehr schnell ändern können, zeigt das Beispiel des Höhbeck. Er soll Wasserschutzgebiet werden. Die Bemühungen des Wasserbeschaffungsverbandes Höhbeck stehen angeblich vor dem Abschluß.

Der Schutz für dieses Gebiet würde zunächst fünf Jahre betragen. Die BI Lüchow-Dannenberg verweist jedoch auf die Tatsache, daß im Entwurf des neuen Landesraumordnungsprogramms der Höhbeck nicht mehr als „Vorranggebiet für die Wassergewinnung" ausgewiesen ist, anders als noch im Regionalen Raumordnungsprogramm von 1976.

Die BI vermutet, daß der Höhbeck nicht mehr geschützt werden wird, weil dies ein Hindernis im Genehmigungsverfahren eines Endlagers für Atommüll darstellen würde. Das niedersächsische Landwirtschaftsministerium führt die Widersprüche in den verschiedenen Raumordnungsprogrammen darauf zurück, daß im neuen Landesraumordnungsprogramm nur Wasserschutzgebiete mit einer jährlichen Mindestentnahme von 1Mio. cbm Wasser (Höhbeck: 440.000 cbm) enthalten sind. **Man/frau sieht, die Dinge lassen sich jedes Jahr ändern!!**

(Informationen aus EJZ vom 13. und 23.1.1981)

Interview mit Adi Lambke über die 'Unabhängige Wählergemeinschaft' Lüchow-Dannenberg

(Adi Lambke aus Jameln ist seit mehreren Jahren als Vorstandsmitglied der 'Bäuerlichen Notgemeinschaft' im Widerstand gegen Gorleben engagiert. Er ist ebenfalls Mitglied der BI, der Rechtshilfegruppe, sowie der FDP. Seit Gründung der UWG gehört er deren 4-köpfigen Koordinierungsausschuß an.)

G.A.: Der Leser der EJZ erfuhr ganz überraschend von der Gründung der UWG. Wie hat sich der Gründungsvorgang abgespielt?

Adi: Wir haben einen gewissen Kreis angesprochen, gar nicht mal ganz öffentlich und es waren weit über 40 da; 44 haben gleich die Gründung vorgenommen, auf Kreisebene. Die Unzufriedenheit mit dem, was die Parteien machen, die ist schon lange da, hier im Kreis. Wir haben in der letzten Zeit immer gesagt, daß wir irgendwann mal eine Unaabhängige Wählergemeinschaft gründen wollen. Wir sind gegen den Parteiengehorsam nach oben hin, daß also praktisch von oben her bestimmt wird, wie die CDU hier zu entscheiden hat. Und das andere ist eben, daß von den Behörden nach unserer Meinung zuviel Macht ausgeübt wird. Und das dritte ist Gorleben. Das sind ansich die Hauptpunkte. Wir haben auf Kreisebene gegründet und jetzt soll von unten her aufgebaut werden. Auf den Gemeindeebenen sollen die Kandidaten für die Gemeinderäte benannt werden und aus diesen Kandidaten sollen dann wieder die für die Kreistage benannt werden.

G.A.: Wie sieht das mit der Beteiligung der Widerstandsgruppen aus dem Landkreis bei dieser Wählergemeinschaft aus?

Adi: In der Hauptsache ist das von Landwirten gegründet worden, möchte ich beinah sagen. Es sind alle Gruppen vertreten. Die Verteilung bei der Gründungsversammlung war: 17 Landwirte, 6 Selbstständige, 7 Lehrer, 3 Angestellte und Beamte und 8 sonstige, die wir nicht fest einordnen konnten. Da waren Hausfrauen bei und BI-Leute, Widerständler. Die UWG soll für alle offen sein. Wir hoffen, daß da sehr viele Frauen kandidieren, mehr wie in den anderen Parteien . .Das liegt jetzt im Engagement des Einzelnen. Wir versuchen das ja von unten her aufzubauen. Also ich meine, wenn ihr jetzt die ganze Geschichte da bringt, könnt ihr ruhig dazu aufrufen. Es gibt ja sehr viele Leute, das hängt ja mit unserem Staat zusammen, die sich sehr vieles vordenken lassen. Und dies soll eben nicht eine Vordenker-Geschichte werden. Hier müssen die Leute nun auch mal ein bißchen kommen. Die können nicht jetzt sagen, jetzt sind da Lambke, Neddens, Drengmann und Janning (Mitglieder im vorläufigen Koordinierungsausschuß, Red.) und die sollen mal wieder schön denken für uns und dann stimmt die Sache. So sehe ich es nicht. In der Demokratie sollte es ja so sein, daß die Basis unten etwas vordenkt und das wird dann denen noch oben signalisiert, und die haben das dann mehr oder weniger auszuführen, was die Basis denkt. Nur, im Moment siehts doch überall andersrum aus. Die denken da oben und dann sagen sie uns hier unten, was wir zu denken haben. Da bin ich nun absolut nicht mehr mit einverstanden. Auch ' ne Menge anderer, nach meiner Meinung nicht.

G.A.: Heißt das, daß ihr so etwas wie ein imperatives Mandat anstrebt?Daß das, was ihr im Kreis- oder Gemeinderat macht Ausdruck von dem ist, was die Leute im Dorf, aus dem ihr kommt, denken?

Adi: Das wollen wir hoffen, daß es so sein wird.

G.A.: Es ist ja so ' n Problem bei Parteien, daß oft vorher viele gute Ideen da sind, und sich mit der Zeit Strukturen entwickeln, wo dann wieder so ganz stellvertreten im Parlament und nicht mehr mit den Betroffenen selbst gehandelt wird.

Adi: Parteipolitik hat nach meiner Meinung nichts auf Kommunalebene zu suchen. Hier gehts um kommunale Probleme, es geht hier um die Menschen. Das kann man nicht mit einer Bundes- oder Landespartei vergleichen. Hier geht es echt um kommunale, um dörfliche Probleme und die sollen von Dörflern gelöst werden und nicht von Parteipolitikern. Was in den Gremien läuft, werden wir nach unten hin abstimmen müssen. Anders wird ' s nicht gehen. Vor allen Dingen stelle ich mir die parlamentarische Arbeit nicht so vor, wie es im Moment ist, daß also die Gemeindeparlamente so total über der Sache stehen. Ein Zuhörer darf sich ja in einer Gemeinderatssitzung nicht zu Wort melden. Wenn der sich zu Wort meldet, muß ja extra die Gemeinderatssitzung unterbrochen werden. Für mich ist das irgendwie idiotische, aber ich weiß nicht, ob ich die ganze Parlamentsgesetzgebung ändern kann. Das bezweifel ich im Moment auch noch.

G.A.: Wie ist deine Auffassung über Koalitionen mit der CDU oder mit der SPD im Kreistag, also mit Parteien, deren Führungen sich für Gorleben einsetzen?

Adi: Könnte ich mir nicht vorstellen, daß ich eine Koalition mit einer Partei eingehen würde, die sich 100 %ig für Gorleben einsetzt. Also ich könnte mir natürlich vorstellen, daß ich als Landwirt in Landwirtschaftsfragen u. U. mit einzelnen CDU-Mitgliedern einer Meinung bin, und daß ich vielleicht auch konträr zu manchen meiner Gruppierung mal stimmen könnte. Das könnte ich mir ansich vorstellen, aber ich könnte mir eine Koalition mit der CDU ansich nicht vorstellen, weil die mir viel zu extrem einseitig ist. Mein persönliches Ziel ist an sich das Brechen der absoluten Mehrheit der CDU. Ich könnte mir schon eine Koalition mit der FDP vorstellen, wenn die kandidiert und in ihrer Satzung einen Anti-Atombeschluß aufrechterhält.

G.A.: Ist Gorleben ein Punkt für euch, über den man verhandeln würde? z.B. unter den und den Bedingungen würde man bestimmte Teile akzeptieren, unter anderen Bedingen wiederum nicht? Oder gibt es bei euch zum Thema Atomanlagen nur kompromißlose Ablehnung?

Adi: Ich kann nicht für andere sprechen, dafür sind wir ein zu breites Spektrum. Für mich ist Gorleben ein großes Problem. Wenn man mir beweisen würde, daß Gorleben absolut sicher zu bauen wäre, würd ich ' s akzeptieren. Ich habe nur ganz erhebliche Zweifel , daß sie ' s mir beweisen können. Ich möchte mich nicht irgendwie als einen hinstellen lassen, der aus Prinzip gegen etwas ist. Ich bin zwar, möchte ich beinah schon sagen aus Prinzip gegen die Atomtechnologie, weil das eine Großtechnologie ist, die nach meiner Meinung unbeherrschbar ist und die völlig sichere Technik und den vollkommenen Menschen verlangt. Beides gibt es nicht. Deshalb wird man die Atomtechnologie nie voll in den Griff bekommen und deswegen sollten wir die Finger davon lassen. Außerdem, wieso kommen die Atomanlagen nach Gorleben hin? Wieso denn in die äußerste Ecke? Wieso denn nicht irgendwo in die Nähe von einem AKW? Also, wenn das so sicher ist, kann das ja auch irgendwo in die großen Industriegebiete hin. Die Argumentation hört man immer wieder, auch unter den Einheimischen hier. Andersherum ist die Angst, sich öffentlich zu äußern, aufgrund des Psychoterrors, der in gewissen Sinne von Parteien und Parteipolitikern ausgeübt wird doch ein bißchen schon da. Jeder hat auch irgendwo was zu verlieren. Es sind natürlich nicht alle bereit, öffentlich für das einzutreten, was sie denken. Aber ob sie sich bei der Wahl , die ja immer noch geheim ist, ob sie sich da nicht gegen diese Parteien entscheiden, das werden wir sehen. Die CDU fühlt sich je sehr sicher. Die rechnet uns ja nur 4 oder 5 % der Stimmen zu , hat man mir neulich gesagt. Ob die sich nicht vielleicht auch in etwas hineinsteigern? Also ich rechne mir ne ganze Menge mehr zu.

G.A.: Eine Diffamierungskampagne der CDU euch gegenüber ist ja bereits angelaufen. Sollte die UWG nun alles tun, um der CDU bloß keinen Anlaß zum Hetzen zu geben? Das würde wohl auch bedeuten,im Protest gegen Atomaneine Ruhepause einzulegen. Oder sollte sich die UWG nicht von CDU-Tiraden stören lassen?

Adi: Sie sollte sich nicht unbedingt stören lassen. Man wird uns sicherlich angreifen können und damit werden wir leben müssen. Gorleben war an sich der Juckepunkt. Wenn wir Gorleben nicht gehabt hätten, hätten wir wahrscheinlich keine Unabhängige Wählergemeinschaft.

G.A.: Wie sollte das Verhältnis zwischen der Parlamentsarbeit und dem praktischen Widerstand außerhalb aussehen? Wenn z. B. von Bauern eine Aktion gemacht wird oder wie bei 1004 überregional etwas im Landkreis läuft?

Adi: Ich habe meine Hauptaufgabe bis jetzt immer im parlamentarischen Widerstand gesehen. Alle anderen Sachen sind zwar nach außen hin in gewissem Sinne effektiv, aber das haben wir jetzt ja genug erlebt, daß die ganzen Sachen, die wir als Bauern gemacht haben gleich mit Prozessen verfolgt wurden. Das haben wir ja auch bei Bohrfahrzeugblockaden gesehen, daß die Blottnitzen da herangezogen werden sollen und etliche Tausend Mark Scha-

densersatz an die DWK leisten sollen. Echte Blockaden oder solche Sachen zu machen wird ja immer schwieriger. Ich habe ja auch einen Prozeß gehabt. Es haben ja etliche Prozesse gehabt.

G.A.: Wenn ihr jetzt 30 % kriegt aber zu 60 % weiterhin Befürworter im Kreistag sitzen, hieße es ja, daß ihr in den kommenden Jahren in der Opposition seid, ordentlich eure Arme hebt, wenn es um Atomanlagen geht, aber ansonsten alles im Landkreis weitergeht wie bisher.

Adi: Nee, das sehe ich nicht ganz so. Nach meiner Meinung sind in der SPD von der Basis her durchaus eine Menge Anti-Atomansätze. Ich könnte mir auch durchaus vorstellen, daß innerhalb der CDU einige etwas skeptischere Leute nächstes Mal reinkommen. Mein Ziel wäre echt zumindest das Brechen der absoluten Mehrheit der CDU auf Kreisebene.

G.A.: Aber die SPD ist auch eine Partei, wo die Abgeordneten einen Franktionszwang haben und auch bei subjektiv ehrlichen Abgeordneten dann ganz schnell ein Sinneswandel erzeugt wird. Das haben wir ja oft genug erlebt. Insofern ist immer noch franglich, ob der Kreistag das allesentscheidende Gremium sein kann.

Adi: Wir können es nur versuchen, da etwas zu erreichen. Für mich ist diese Kommunalwahl echt in gewissem Sinne die letzte Hoffnung, Gorleben zu verhindern. Wenn wir das nicht schaffen, wenn wir keine klaren Linien reinkriegen, tja gut. Ich werde für meine Person wahrscheinlich hier leben bleiben, aber ob ich meinen Kindern empfehlen kann, also meinem Sohn, Bauer zu werden und meiner Tochter, hierzubleiben, weiß ich nicht.

G.A.: Könnt ihr euch vorstellen, daß eine gegenseitige Wechselwirkung erzeugt werden kann zwischen außerparlamentarischen Aktionen und eurer Parlamentsarbeit?

Adi: Ich würde es sehr schlimm finden, wenn wir den Kontakt zur Basis verlieren würden, wenn wir im Parlament sind.

G.A.: Gerade auch zur Anti-Atombasis.

Adi: Ich meine überhaupt zur Basis gegen alles, was unvernünftig ist. Und die Atomtechnologie ist unvernünftig.

WAHLEN

Seit 1979 im Stadtrat:

"Unabhänginge Wählergemeinschaft Ahaus"

Ende September 1979 errang die UWG Ahaus einen Riesenerfolg: sie erhielt auf Anhieb 25,5% aller Stimmen und 10 Mandatsträger im Ahäuser Stadtrat. Die SPD, die sich in Ahaus 100 %ig gegen ein Zwischenlager ausspricht, erhielt 22,4 % und rutschte von 10 auf 9 Sitze. Die CDU erhielt 50,1 % (vorher: 70 %) und rutschte von 29 auf 20 Mandate. Stimmenverhältnis: 19:20, und da 4 CDU-Abgeordnete als Zwischenlagergegner bekannt waren, gab es viel Anlaß zu Optimismus. Doch es lief anders als erwartet.

Ende November 79 wird der Antrag auf vollständige Ablehnung des Zwischenlagers mit 19:19 und einer ungültigen Stimme abgelehnt. Ein CDU-Antrag auf*„bedingte Ablehnung"* (im Klartext handelte es sich um ein „Ja" zum Zwischenlager nach Sicherheitsprüfung) wird hingegen mit 20:19 verabschiedet. In der Debatte wird von Seiten des Ahauser StadtdirektorDr. Jünemann darauf hingewiesen, daß die Komune sowieso nicht kompetent sei, über ein Zwischenlager zu entscheiden: die Stadt besitze*„keine Wahl möglichkeit, da eine kerntechnische Anlage laut Atomgesetz zu genehmigen sei, wenn die sicherheitstechnischen Voraussetzungen gegeben seien"* (Ruhrnachrichten vom 30.11. 79) Auch beim Nachtragshaushalt setzte sich die CDU mit 20:18 Stimmen durch. SPD und UWG lehnten ihn ab, weil er sich massiv auf die für das Zwischenlager gewährten Millionenbeträge stützt.(Genau wie in Gorleben sind auch in Ahaus die Kommunalpolitiker mit Millionenbeträgen seitens der Atomindustrie geschmiert worden!)*„Stadtkämmerer Dr. Korte verwies gleichzeitig darauf, daß sich die gesamte Entwicklungsplanug der Stadt haushaltsmäßig auf diese Gelder stützt. Wer den Haushaltsplan ablehne, müsse entweder die Projekte Schulbauten oder Erschliessung von Gewerbegebiet, Kläranlagen oder Freibad ablehnen –oder aber eine neue Finanzierung aufzeigen."*(Ruhrnachrichten v.30.11.79)

Mitte März 80: In der Debatte des neuen Haushalts wird die bisherige Ausgabenpolitik der CDU unter Einsatz der Zwischenlagergelder festgeschrieben (... die Stadt Ahaus müsse schließlich zur Industrie - und Einkaufsstadt umstrukturiert werden, um den Bürgern Arbeitsplätze und Lebensqualität zu sichern...) .Es zeigte sich, daß auch eine Mehrheit (!) von Zwischenlagergegnern am Haushalt kaum etwas hätten ändern können: *„Sehr schnell stellte sich dann allerdings bei der Beratung am Dienstag heraus, daß die Weichen für die Haushaltspläne dieses Jahres und der kommenden Jahre längst durch Beschlüsse aus den vergangenen Jahren gestellt sind:Rathauserweiterung, Bau der Kläranlage, Bauhof, Bau von Gymnasium, Realschule und Hauptschule Alstätte sowie Verwirklichung des Freizeitbades und –parks Ork und endlich Stadtsanierung zementieren die Ausgabenpolitik der Stadt auf Jahre hinaus."* (Ruhrnachrichten v. 20.3.80) Die Erarbeitung von Sparvorschlägen seitens der UWG wurde überhaupt nicht ernst genommen.

Einen öffentlichkeitswirksamen Coup leistete sich die UWG allerdings mit der Enthüllung eines saftigen Subventionsbetrugs. Die Stadt Ahaus hatte im Zusammenhang mit Flurbereinigungsmaßnahmen ein Grundstück umsonst bekommen und an die STEAG (ZL-Betreiber) weiterverkauft. Mit fingierten Kaufverträgen wurden beim Land trotzdem Zuschüsse für den angeblichen Ankauf der Grundstücke durch die Stadt locker gemacht.

Was zeigt das Beispiel Ahaus:

1. Auch bei großen Wahlerfolgen sind die realen Chancen äußerst gering, Atomanlagen mittels kommunalpolitischer Gremienarbeit zu verhindern.

2. Dennoch kann durch eine Beteiligung der Atomgegner an den Kommunalwahlen das Problembewußtsein neuer Bevölkerungskreise geweckt werden und können Mauscheleien im politischen Alltag der etablierten Parteien empfindlich gestört werden. Wir gehen davon aus,daß die Beteiligung an Kommunalwahlen dann sinnvoll ist, wenn sich die Mandatsträger als der verlängerte Arm des außerparlamentarischen Widerstandes verstehen, wenn sie ihre Posten also nicht in der (üblichen)Stellvertretermanier nutzen, sondern alles daran setzen, die Bürger zu ermuntern doch selbst aktiv zu werden und Widerstand gegen die Atompläne zu leisten.

Nähere Informationen (insbesondere über andere aus Platzgründen nicht darstellbare Aktivitäten der UWG) sind erhältlich bei Hartmut Liebermann, Kusenhook 2, 4422 Ahaus; Tel.: 02561/7101
oder: J.Masolle,Hornstr.30,44Münster,Tel.:0251/56669

WAHLDISKUSION

Als Anregung für weitere Diskussionen haben wir einige Lüchow-Dannenberger um eine kurze Antwort auf folgende Fragen gebeten:

1. Wie stehst Du zur Gründung der UWG ?
2. Kannst Du uns sagen, ob überhaupt, und falls ja, wie geartet eine Verbindung zwischen wahlpolitischen Aktivitäten und dem außerparlamentarischen Widerstand bestehen sollte ?
3. Wie sollte die Kandidatenaufstellung erfolgen, würdest Du eventuell selbst kandidieren ?

Marianne von Aalemann, Mitglied der Bürgerinitiative:
1. Ich stehe positiv dazu, denn sie kann die bestehenden kommunalen Verhältnisse im Landkreis ändern.
2. Im Prinzip ist eine Verbindung möglich, im Landkreis aber schwierig, da die Bauern der Bürgerinitiative sehr skeptisch gegenüberstehen, und zwangsläufig sind ind der UWG aktive Kernenergiegegner.
3. Selber kandidieren: Nein.(Ich bin hierfür seit zu kurzer Zeit im Landkreis.) Es müssen schon Leute sein, die von der Bevölkerung gewählt werden, d.h. sie müssen die Verhältnisse und die Menschen hier gut kennen und selber bekannt sein.

Martin Bregler, Mitglied im Freundeskreis Medien und Kultur:
1. Ich finde es gut, daß sich so eine Wählergemeinschaft gründet, weil sich gezeigt hat, daß man sich auf die Politiker in Gemeinde-und Kreistag nicht verlassen kann, da diese bisher einzig die Interessen der DWK und BGL verfolgen. Es sollte ein Gegengewicht auf allen drei Ebenen, Samtgemeinde, Gemeinde, Kreistag geschaffen werden, damit die zu Wort kommen,die sich in den letzten Jahren gegen Atomanlagen im Landkreis ausgesprcchen haben. Besonders wichtig ist dies in der Samtgemeinde Gartow und der Gemeinde Gorleben.
2. Ich sehe da zwei Wege, wie gegen die Atomanlagen vorgegangen werden kann. Der eine Weg ist die Beteiligung am Anhörungsverfahren und die Nutzung der Möglichkeit, im Rahmen der atomrechtlichen und baurechtlichen Genehmigungsverfahren Einsprüche vorzubringen. Dazu gehört auch die Beteiligung an Kommunalwahlen. Mit diesem Vorgehen allein glaube ich nicht, daß die Atomanlagen letztlich verhindert werden können. Es muß auch einen 2. Weg geben,wo offensiv und mit Aktionen der Bau von Atomanlagen bebzw. verhindert wird. diese beideb Wege müssen sich ergänzen.
3. Die Kandidatenaufstellung sollte auf Samtgemeindebene passieren, wo Kandidaten und Untersrützer der uwg sich zusammensrtzen sollten, um Inhalte und Vorgehen bei der Wahl zu diskutieren und gemeinsam eine Kandidatenliste aufstellen können. Ich würde selbst nicht kandidieren.Es sollten aber Leute auf die Kandidatenliste kommen, die in den letzten Jahren bewiesen haben, daß sie die Atomanlagen nicht wollen und die sich aktiv dagegen eingesetzt Auf Gemeindeebene sollten auch Kandidaten aufgestellt werden, die sich gegen Zentralisierungstendenzen auf Verwaltungsebene und Infrastruktur eingesetzt haben.

Helmut Koch, Vorstandsmitglied der „Grünen", KV Lüchow-Dannenberg:
1. Grundsätzlich positiv. Es ist notwendig, daß zu dieser Kommunalwahl alle „Gorleben-Gegner" in einer Liste antreten.Wir müssen soviel erreichen, daß wir mit den „Gorleben-Gegnern" anderer Parteien eine Mehrheit bekommen.
2. Durch die Personen der UWG, den Kandidaten, bestehen direkte Verbindungen zu den Widerstandsgruppen. Vor wesentlichen Entscheidungen auch nach der Wahl sollten die Kandidaten und Mandatsträger auf entsprechenden Versammlungen die Politik mit den anderen debattieren.
3. Die Bildung der UWG ist noch nicht abgeschlossen. Die örtlichen Organisationen der UWG fehlen noch teilweise. Diese müssen (auch nach dem Wahlgesetz) die Kandidaten wählen. Ich wäre bereit, aber ich halte mich nicht für einen geeigneten Kandidaten.

Lilo Wollny, Gorlebenfrauen:
1. Positiv natürlich. Ich denke, es ist die einzige Möglichkeit, wie wir andere Leute hineinbringen können in unsere Parlamente und das müssen wir ja wohl.
2. Zur Verbindung von Wahlaktivitäten und außerparlamentarischem Widerstand: Es war eine Art Stillhalteabkommen im Gespräch, nach dem Motto, es darf nichts laufen, was vor den Wahlen die Leute verunsichern könnte. Das haben wir in der Ortsgruppe Gartow-Gorleben diskutiert und wir waren strikt dagegen. Es stehen in der nächsten Zeit Termine an,es soll angeblich im März der Bauzaun für das Zwischenlager errichtet werden und es wäre demnach ein Blankoscheck für die Betreiber, wenn wir jetzt sagen würden, daß bis Oktober nichts laufen soll.Dann nützt uns auch eine Mehrheit im Parlament nichts mehr, dann sind wahrscheinlich schon Tatsachen geschaffen, die wir nicht mehr rückgängig machen können. Wir haben dann ein Papier dazu geschrieben und auch im erwiterten BI-vorstand eingereicht. Einhellige Meinung auch im e.V. war, daß man nicht stillhalten sollte, aber andererseits auch Aktionen planen sollte (Blockaden oder ähnliche Sachen),zu denen wir wenigstens im Moment nicht bundesweit aufrufen sollten.
3. Was ich hoffe ist, daß die Kandidatenaufstellung ein bißchen öffentlich läuft.Das ist eine Sache ,die mir sehr am Herzen liegt und anderen auch. Es muß also möglichst offen und basisnah geschehen, ohne Schiebereien im hintergrund, wie das oft bei Parlamentsfragen üblich ist. Ich würde mich vermutlich nicht aufstellen lassen.

Wir bitten um Zusendung weiterer Stellungnahmen zur Veröffentlichung in Gorleben Aktuell Nr.16 .

Polizeikaserne in Lüchow

Früher waren es vielleicht 30 bis 50 Dorfpolizisten, die im Raum Lüchow-Dannenberg in Ruhe lebten. Seit Gorleben sind es 1500 (BGS und Polizei), die für Unruhe sorgen.

Mit der neuen Polizeikaserne, zu deren Bau bis zum 3.März die Unterlagen im Rathaus Lüchow auslagen, soll dieser Zustand zementiert werden.

Gründe für die Kaserne werden in den Unterlagen wie folgt benannt:

- Es sollen in möglichst geringem Umfang landwirtschaftlich genutzte Flächen beansprucht werden. (die geplante Fläche wird aber voll landwirtschaftlich genutzt)
- Die Verkehrserschließung ist günstig. (die geplante Südumgehung für Lüchow soll direkt daran vorbeigehen)
- Die Polizeibeamten und Kriminalpolizei sollen bürgernah, mit hoher Integrationsmöglichkeit untergebracht werden. Die Inanspruchnahme infrastruktureller Einrichtungen ohne lange Anfahrt soll gefördert werden. (Das Lüchower Hallenbad ist nämlich noch nicht voll ausgelastet)
- Eine Abschirmung zur benachbarten Schule wird durch Anpflanzungen gewährleistet. (oder 'ne Mauer vielleicht)
- Der Hubschrauberlandeplatz soll nur für Rettungsflüge verwendet werden. (hierauf hat die Stadt Lüchow nicht den geringsten Einfluß; die Erteilung der Landeerlaubnis für Hubschrauber ist allein Sache der Bezirksregierung Lüneburg)
- Die Ansiedlungen von 'Einrichtungen', die zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und Steigerung der Einwohnerzahl beitragen, wird gefördert. (vor allem Bordelle und Vergnügungslokale werden wie Pilze aus dem Boden schießen)

Schaut man sich die geplante Fläche in den Unterlagen einmal genau an, so bleibt erschreckt festzustellen, daß dieses Gelände mit 8,6 ha (170m mal 560m) größer ist, wie die Lüchower Innenstadt (Lange Straße) und sich sicher nicht bürgernah integrieren läßt.

Gerade zu unverschämt ist es, daß ohne das bisher auch nur die erste Baugenehmigung für eine Atomanlage exestiert, hier schon 'weitsichtige' Planungsschritte vollzogen werden, die kein Zurück (nach der Kreistagswahl) aus dem Polizei- und Atomstaat ermöglichen.

Dieter Schaarschmidt, Rondel

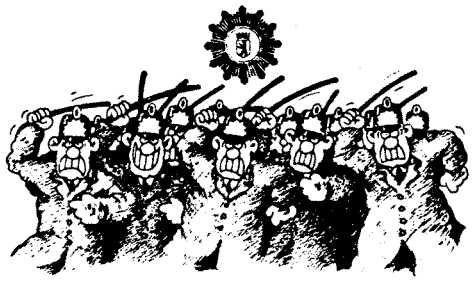
PS: Am 19.2.81 wurde im Lüchower Stadtrat der Vorentwurf des Bebauungsplan bei nur einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen abgesegnet. Konkret bedeutet das,

- daß in naher Zukunft jeder 3. bis 4. Bewohner Lüchows (rund 6000 Einwohner!) ein Gorleben-Polizist ist
- daß der Landkreis auf Dauer zur 'besetzten Zone' mit der bundesweit höchsten Polizeidichte wird.

Ursprünglich hieß es, völlig unabhängig von Gorleben solle eine Polizeischule nach Lüchow kommen. Diese Version wurde schnell fallen gelasssen. Stattdessen hieß es, daß 1200 Polizisten mit ihren Familien auf Dauer nach Lüchow kommen würden. Auch dies war gelogen.

Am 19.2. wurde bekanntgegeben, "daß an einen 14-tägigen Auswechsel-Rhytmus der Beamten gedacht sei"!! Die ständig stationierte 4. Abteilung der Landespolizei hingegen wird in Uelzen ihren Standort haben.

Diese Pläne zeigen erneut, daß die Polizeiführung regelrecht Angst davor hat, daß ihre 12 oder 21 benötigten Hundertschaften bei längerfristigem Kontakt zur betroffenen Bevölkerung und kontinuierlicher Lektüre der Lokalzeitung mitkriegen könnten, daß sie gegen die Bevölkerung eingesetzt werden, was Befehlsverweigerung, Ausplaudern von Internas usw. zur Folge haben könnte. 14 Tage Zwangsaufenhalt sind das Höchste, was diese Strategen ihren Leute zumuten mögen. Auch in Zukunft soll Landes- und Bundespolizei verdummt, verhetzt und durch schmerzhafte aggressionsfördernde Familientrennung wild gemacht gegen den inneren Feind, ein sich wehrendes Volk, losgelassen werden.



LESER SAGEN IHRE MEINUNG

Polizei als Freund und Helfer?

Als wir am Freitag um 22.30 Uhr nach der Versammlung im Lüchower Ratskeller starteten, stellten wir fest, daß offenbar jemand die Scheinwerfer unseres Wagens verstellt hatte. Sie leuchteten plötzlich über Kreuz. Hinter Klein-Breese fuhr ich an den Straßenrand, um die Lampen zu richten. Ein vorbeikommender Polizeiwagen hielt einige Meter entfernt ebenfalls. Trotz böser Erfahrungen habe ich, zum Erstaunen meiner Frau, offenbar noch immer das Bild vom „Freund und Helfer" im Hinterkopf. Jedenfalls glaubte ich, die „Freunde" wollten helfen, deshalb rief ich ihnen zu: Schon alles klar, danke! — Stieg ein und setzte meine Fahrt fort. Die Polizisten folgten. Als mich meine Frau darauf aufmerksam machte, antwortete ich: Kann ja sein, daß sie den gleichen Weg haben, oder? — Ich war noch immer völlig arglos, trotzdem fuhr ich in Trebel besonders langsam, etwa 30 bis 40 Stundenkilometer, um den „Herren" Gelegenheit zum Überholen zu geben. Dazu muß gesagt werden, daß an diesem Abend dichter Nebel herrschte, Sichtweite stellenweise unter 30 Meter. Sie blieben jedoch weiter hinter uns. Als wir bei Rondel in die Straße nach Meetschow einbogen, bog auch der Polizeiwagen ein und fuhr bis auf 20 Meter auf. Der Weg ist schmal, schlecht geräumt und glatt hinter der Bohrstelle 1005. Dazu war der Nebel auf dieser Strecke besonders dicht. Plötzlich blendete der Wagen hinter uns auf, dann wieder ab und auf. Ich fluchte und klappte den Rückspiegel hoch, da ich total geblendet war. Inzwischen näherten wir uns der Kreuzung an der Straße Gartow—Gorleben. Plötzlich tauchte von vorne ein Blaulicht aus dem Nebel auf und kam uns direkt entgegen. Ich dachte, es brennt irgendwo, doch dann erkannte ich, daß es noch ein Polizeifahrzeug war, das plötzlich quer zu uns auf der Straße stand. Ich konnte meinen Wagen gerade noch stoppen. Inzwischen hielt der andere Wagen neben mir, ebenfalls mit laufendem Blaulicht. Die Szene wirkte so gespenstisch, als hätte sie der Regisseur eines Gangsterfilms ausgedacht. Es war schauderhaft. Ich stieg aus, allerdings nicht, ohne vorher ein Tonbandgerät eingeschaltet zu haben. Ich fragte den Beamten, was denn das alles zu bedeuten habe, und aus welchem Grund man mich festhielte Ihm fiel jedoch nichts anderes ein, als nach meinem Führerschein zu fragen. Auf meine wiederholte Frage nach dem Grund dieser Horroraktion bekam ich keine Antwort. Ich hielt ihm vor, daß er fast zehn Kilometer hinter mir gefahren sei und doch jederzeit die Möglichkeit gehabt habe, mich ordnungsgemäß zu überholen und zu stoppen. — Keine Antwort darauf. Dann stiegen die „Herren" zurück in ihren Wagen und entfernten sich. Ich wüßte gern, was in den Köpfen dieser Polizisten vorgeht. Reicht es denn schon aus, Anti-Atomaufkleber auf dem Auto zu haben, um wie ein Verbrecher gejagt zu werden? Wie soll das erst werden, wenn die Polizeikasernen in Lüchow stehen und mindestens 1200 Polizisten plus 400 Kripobeamte jeder Zeit unsere Straßen „unsicher" machen? Wird man sich dann überhaupt noch aus dem Haus trauen? Ich glaube, es ist an der Zeit, daß auch ich das Bild vom „Freund und Helfer" endgültig aus meinem Kopf streiche.

Peter Wollny, Vietze

EJZ 31.01.81

Keine wirtschaftlichen Vorteile durch Polizeikaserne!

Auf der letzten Sitzung des Gemeinderates Lüchow beschrieben Bürgermeister Heinrich und Direktor Krüger in der Bürgerfragestunde die Vorteile, die eine Polizeikaserne für Lüchow bringen würde. Da war von Auslastung der Kindergärten und Schulen, des Schwimmbades und anderer Einrichtungen die Rede. Von dem wirtschaftlichen Aufschwung, den Lüchow durch die Kaufkraft der anzusiedelnden Familien der Polizeibeamten erhalten würde. Wenn Sie es nicht schon wußten, dann hat man Sie angeschmiert.

Die vierte Abteilung der Polizeikräfte, also die, welche mit ihren Familien ständig bleiben sollten, kommt nach Uelzen. Hier haben wir dann nur alle 14 Tage wechselnde Gorleben-Truppen, die keinen Kontakt zur Bevölkerung haben sollen und werden.

Einsprüche gegen die Polizeikaserne können noch bis 2. März 1981 bei der Samtgemeinde Lüchow, Rathaus, eingereicht werden.

Machen Sie davon Gebrauch! Lüchow soll keine Garnisonstadt werden!

Die Grünen - Kreisverband Lüchow-Dannenberg

EJZ 26.2.81

Wieder eine Grille von Grill

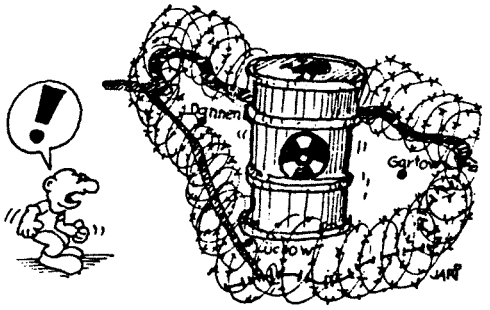
Alles begann mit einer Flugblattaktion der Schüler des Gymnasiums Lüchow. Im Blatt stellten sie fest, daß es vom Gesetz her nicht erlaubt ist, in unmittelbarer Nähe von Schulen militärische Anlagen oder Polizeikasernen zu bauen (Nieders. Schulbaurichtlinien 1.3 Bauordnung § 1, Bundesbaugesetz § 13a usw.), nach den seelischen Auswirkungen durch die Anwesenheit von bewaffneter Staatsgewalt fragten, auf die Unsicherheit der Schulwege anspielten und die Anwesenheit von zusätzlicher Polizei darauf zurückführten, daß das Gorlebenprojekt durchzusetzen sei:

Dieses Flugblatt rief eine Reihe von Reaktionen des CDU-Politikers Grill hervor, die mehr als lächerlich erscheinen. Zuerst stellte er eine Anfrage an die Landesregierung, um zu erfahren, ob der Regierung das Blatt bekannt sei und ob die Schüler von den Lehrern angestiftet wurden. Des weiteren erkundigt er sich nach den gesetzlichen Grundlagen des Polizeikasernenbaus und ob es Hinweise auf die besondere Gefährlichkeit (Verkehrstotenzahl) der Lüchower Schulwege gibt. Seinen höhepunkt geistiger Onanie erreichte er durch die Frage nach den Ursachen für die zusätzliche Präsens von Polizeikräften, die ja wohl jedem klar sein dürfte. Außerdem beklagte er auf der Pressekonferenz in Hannover eine nicht ausreichende politische Darstellung der Zwischen - und Endlagerungsproblematik und das mangelnde Engagement des Bundes vor Ort. **Den Lehrern des Landkreises warf er vor, die sachliche Basis beim Thema Gorleben zu verlassen, die Schüler zum Widerstand gegen die Bauvorhaben anzustiften und sich zu 'Hofberichterstattern der Total-Ablehnungsfront der friedlichen Nutzung der Kernenergie' machen zu lassen.**

Nicht nur allein durch diese Vorwürfe gibt er zu erkennen, was er von dem demokratischen Erziehungsauftrag der Lehrer (§2 Nieders. Schulgesetz) und der Selbstständigkeit von politischer Meinungsbildung der Schüler (Argument - Gegenargument - Meinungsbildung und Begründung) hält.Es ist für ihn anscheinend nicht fraglich, ob die Schüler durch das Verhalten verantwortlicher Politiker zu einer ihm widerstrebenden Meinung gekommen sind. Er verschanzt sich hinter dem Argument nicht ausreichender sachlicher Information nach 'Hofberichterstattung der Atomindustrie', **denn würde er den Demokratiebegriff tatsächlich ernst nehmen, hätte er schon 1980 auf ein neonazistisches Machwerk namens 'Gack' das an den Lüchower Schulen verteilt wurde, reagieren müssen.**

In Schutz genommen wird Grill von N. Fischer, CDU-Kreistagsfraktion, der die Lehrer als zu sensibel abstempelt und die im Sande verlaufende Nachfrage einiger Landtagsabgeordneter nach dem neonazistischen Flugblatt als eine *'krankhafte Einbildung einiger linker Standesgenossen'* hinstellt. Er bezeichnet die Lehrer als eine *'linkslastige grünstichige Minderheit'*, die zu Recht von Grill kritisiert werden. Auch er gibt dadurch zu erkennen, was er von einem demokratisch ausgewogenem Verstand hält und sich leicht regierbare Bürger wünscht.

In einem offenen Brief der Lehrervertreter wir Grill aufgefordert, seine Vorwürfe gegen die Lehrer zurückzunehmen, da sie in unzulässiger Weise die pädagogische Arbeit erschwere und eine begründete Skepsis gegen das Projekt Gorleben nicht von der Hand zu weisen sei.



Jauche zerstört Grundlage der Demokratie

Durch einige Eimer Jauche sehen einige Kommunalpolitiker *"die demokratischen Rechte von Bürgern und CDU-Mitgliedern auf eigene Meinung"* außer Kraft gesetzt und fühlen sich *"physisch und psychisch unter Druck"* gesetzt (EJZ v.7.1.81).Atomgegner hatten am Heiligabend den kommunalen Atompolitikern Kurt-Dieter Grill (CDU-MdL), Landrat Werner Meiner, Lüchows Bürgermeister Gerhard Heinrich und Oberkreisdirektor Klaus Poggendorf eine unangenehme "Bescherung" bereitet, indem ihnen einige Eimer Jauche vor die Haustüren gekippt wurden. Eine kleine weihnachtliche Aufmerksamkeit für Politiker, die ein schmutziges und zerstörerrisches Geschäft betreiben.

Die Reaktionen der beschmutzten Kommunalpolitiker und besonders der CDU waren ungemein heftig. Der OKD Klaus Poggendorf beweinte, daß sich *"neben dem menschlichen Kot, den man uns aus größeren Eimern vor die Türen goß, sich nämlich Schilder mit der Aufschrift wie 'Vielen Dank für das Zwischenlager, Du Drecksack!' befanden. Das widerliche Vorgehen zum Weihnachtsfest ist eine Folge der jahrelangen Beschimpfungskampagnen aus den Reihen der Kernkraftgegner und ihrer Organisationen gegen die hiesigen Kommunalpolitiker"* (EJZv.29.12.80). Furchtbar, was so ein armer Oberkreisdirektor alles erleiden muß!!

Geradezu unverschämt ist die Reaktion des CDU-Kreisvorstandes, der die "Schmutzaktionen" (u.a. auch die Neujahrsgrüße der Gorleben-Frauen) als *"menschenverachtende, Erpressungen"* darstellt, die *"in eine Zeit gehören, die in Deutschland 1945 geendet hat."* Ausgerechnet sich selbst setzt die CDU in ein ungemein demokratisches Licht, indem sie aufgeschreckt lamentiert: *„Die CDU hat es immer als selbstverständlich erachtet, daß Andersdenkende im Rahmen unserer demokratischen Grundordnung ihre Meinung ungehindert vortragen. Kommunale Gremien nehmen dieses Recht auch für sich in Anspruch. Wer die Toleranz gegenüber anderen Meinungen mit Füßen tritt, zerstört die Grundlagen unserer Demokratie."* (EJZv.7.1.81).

Ein paar Eimer Jauche - und die Demokratie sei gefährdet, ehrliche Protestbriefe der Gorleben-Frauen - und die, Grenzen politischer Auseinandersetzung seien überschritten. Nein! Das ist zuviel für "unsere" sauber und fein gekleideten und demokratiebewußten Herren Kommunalpolitiker. So eteas macht man nicht mit ihnen! Sie wollen keine Scheiße vor ihren Haustüren, jedenfalls keine natürliche. Die "Scheiße", die sie vor unseren Haustüren im Landkreis haben wollen, und zwar nicht Eimerweise, sondern 1000- tonnenfach, macht ihnen nichts aus, sie erheben ihr widerliches Gezeter gegen ein paar Kübel Jauche!

Haßwünsche und Jauche

Politik ist ein schmutziges und stinkendes Geschäft, sagt der Volksmund. Es entspricht scheinbar der Wahrheit, denn einige Politiker, man darf sie so nennen, ohne mit einer Beleidigungsklage rechnen zu müssen, konnten es vor ihrer eigenen Haustür riechen, wenn sie keinen Schnupfen hatten. Diese und andere Politiker säen seit Jahren Haß, ernten sie ihn, schreien sie verletzt auf, zitieren das 3. Reich herbei (hätten wir's nie gehabt), bekommen Angst, lassen sich von Volksdienern im Volkswagen beschützen und säen weiter, im Auftrag der Atomindustrie oder aus eigenem Antrieb.

Vielleicht sind Haßwünsche, Jauche und Scheiße nicht die geeigneten Mittel, um diese Politiker von ihrem gefährlichen Tun abzubringen, es sind jedoch die Früchte ihrer eigenen Saat. Nun erntet man tüchtig und vergeßt das Düngen nicht, demnächst soll reichlich Schiet in den Landkreis gekarrt werden, ausreichend für Jahrtausende.

Ich wünsche den Kindern von Politikern eine bessere Zukunft, als die Väter sie bereiten wollen, mit dem Hintergedanken, meine Kinder könnten davon profitieren.

Klaus Zimmermann, Kamerun-Damnatz

EJZ 22.01.81

Kein Atommülltransport durch Uelzen und auch nicht anderswo

Wir, die BI Uelzen haben am 13. und 14.2.81 eine Fahrraddemonstration über die Dörfer und einen Demonstrationszug durch die Stadt gemacht. Der Anlaß war der Anhörungstermin im Januar zum Zwischenlager in Gorleben. Wir sind auf die Idee gekommen, einen Castor-Behälter nachzubauen. Das sind die Behälter, in denen die Brennelemente eingelagert werden sollen.

Nach drei Wochenenden Bauzeit war er dann endlich fertig: 6 m lang, 1,30 m Durchmesser und knallorange. Während der Anhörung haben Meuchelfitzer damit in Lüchow einen Atommülltransport nachgemacht. Zwei Wochen später hatten wir es geschafft, alles für eine Demo zu organisieren: Genehmigungen, Plakate, Flugblätter, Trecker und Wagen usw. Am Freitag, dem 13.2. trafen sich etwa 15 Fahrradfahrer in Holdenstedt und fuhren von dort hinter dem Trecker mit Behälter her, bis Uelzen. In Uelzen schlossen sich noch Leute an, so daß wir etwa 30 waren. Als wir mitten durch die Stadt (vorne und hinten Polizei) fuhren, erregten wir mächtig viel Aufsehen und brachten den Verkehr zum Stocken. Der große orange Behälter war auch so auffällig und interessant, daß Passanten die Flugblätter sehr erfreut angenommen haben, weil sie wissen wollten, was das nun wieder alles sollte. Weil wir einen Atommülltransport darstellten, warnten wir die Bevölkerung dementsprechend durchs Megaphon. Na ja, als wir anschließend durch 3 Dörfer gefahren sind und dort kurze spontane Durchsagen gemacht haben,sind kaum Leute aus den Häusern gekommen. Wir überlegten hinterher, daß es besser ist, wenn wir ein kleines Theaterstück oder einen Sketch aufführen und das vorher bekanntmachen.

Am Samstag wurden wir etwa 100 Leute, die vorm Trekker her durch die Stadt gezogen sind. Ganz spontan kamen wieder Durchsagen. Wir haben auch Lieder gesungen, deren Texte wir vorher verteilt hatten. In der Fußgängerzone kam es dann zu einer Abschlußkundgebung, bei der einer erklärte, wie der Castor-Behälter nicht funktionieren sollte. Danach versuchte ich an meinem eigenen Beispiel aufzuzeigen, was man alles machen kann, wenn man keine Lust hat, immer nur passiv zu sein. Weil man merkt, wie nötig Aktivität ist, um den Problemen entgegen zu treten. Wir möchten durch unseren Artikel andere Leute und BI ' s anregen, Aktionen zu machen, z. B. mit unserem Castor-Behälter. Bestimmt sind alle Kreise hier in der Gegend von Atommülltransporten bedroht. Und das Zwischenlager wird von Atomkraftbetreibern immer mehr gefordert. Es wird Zeit für Aktionen, denn wir wollen nicht den Atomtod vor die Nase gesetzt bekommen. Wir wollen es allen zeigen, daß wir leben wollen!

Ihr könnt Euch unter der Nummer 0580 3 / 286 bei uns melden.
Bürgerinitiative Lebensschutz Uelzen
(zur Zeit leider ohne Büro)

Niedersachsen - ein starkes Stück Deutschland

Niedersachsen – das sind die wogenden Teefelder Ostfrieslands und der Gesang der Schnapsdrossel auf der reetgedeckten Kate.

Doch Kenner wissen: Niedersachsen bietet mehr. Die haben vielleicht schon einmal die Luft um Oker und Harlingerode geatmet, erholten sich da, wo die Bayer-Werke ihre Dünnsäure in die Nordsee kippen, oder genießen den satten Sound der letzten, ganz schön tief fliegenden Starfighter über Ostfriesland.

Niedersachsen ist das einzige Bundesland, in dem Sie Unterstützung vom Verfassungsschutz bekommen, wenn Sie bei der Beschaffung von Sprengstoff und Waffen Schwierigkeiten haben. Und dann die einzigartigen Wanderungen durch die Manövergebiete der Lüneburger Heide! Umgeben von „Leoparden" und „Mardern" erleben Sie, wovon der alte Löns nur zu träumen wagte: die Heide wackelt.

Aber auch das ist Niedersachsen: Das ehemalige KZ Esterwegen, in dem Carl von Ossietzky einsaß, die Heimat der weltberühmten Moorsolda[illegible] Das ist Esenshamm mit seinen [illegible] undichten Schweißnähte[illegible] Niedersachsen – ein La[illegible]it Zu[illegible]

Und das Land hat [illegible]n und [illegible]n: Gorleben mit seinen [illegible]gründl[illegible]n Salzstöcken und de[illegible]rliche H[illegible] um den die bleihalt[illegible] Winde [illegible]en.

Aber was wäre N[illegible]ersachs[illegible]ne seine Menschen. Vo[illegible]en reakt[illegible]en Deubeln entlang der [illegible]onengren[illegible]is zu seinen kämpferischen Polizeibeamten und hinauf zur politischen Crème. Wo sonst gibt es einen Albrecht, einen Möcklinghoff, einen Wissenschaftsminister Pestel, der erkannt hat, „daß Kernkraftgegner Menschen sind, die von frühester Kindheit an den Weg zum Neurotiker gegangen sind." Es lohnt sich, sie einmal zu besuchen.

Kommen Sie nur zu uns. Sie werden uns schon kennenlernen!

Niedersachsen:
Ein Land,
das auch mit Ihnen fertig wird.

Das „Recht am eigenen Bild" -falsch verstanden.

Von einem Frankfurter Gericht wurde der Hamburger Fotojournalist Günter Zint, der schon häufig Zielscheibe der Staatsgewalt war, zu DM 300,- Geldstrafe auf zwei Jahre Bewährung verurteilt. Das Gericht begründete dieses Urteil u.a. damit, daß ein BGS-Beamter im Dienst während einer Demonstration „keine relative Person der Zeitgeschichte" sei, denn als solche dürfte er fotografiert und das Foto veröffentlicht werden.

Wenn man sich den wachsamen Herrn auf nebenstehendem Foto ansieht, so traut man ihm gar nicht jenen feinen Sinn für Ironie zu, der wohl nötig ist, damit ausgerechnet er gegen den Pressefotografen Günter Zint wegen Verletzung des „Rechts am eigenen Bilde" einen Prozeß führt. Dieser Herr Oberstabsmeister im BGS, Adolf Panske, kümmert sich ansonsten schon von Berufs wegen einen Dreck um das Recht anderer Leute am eigenen Bild. Als Leiter eines sogenannten „Dokumentationstrupps" fotografiert er zu obskuren Zwecken jeden, der ihm vor die Linse kommt.

Im Prozeß gegen Günter Zint verwechselte dieser BGS–Starfotograf dann Ironie auch noch mit Lüge. Er sei heimlich und unbemerkt von Zint fotografiert worden. **Deshalb blickt er auf diesem Bild auch geradeaus in Günter's Objektiv!** Wäre es nicht ein weiterer Fall in einer langen Reihe von Behinderungen der Presse und insbesondere der Fotografen, so könnte man die Sache für einen miesen Witz halten. Doch es ist leider überhaupt nicht witzig, daß u.a. auch aufgrund dieses Prozesses immer mehr Polizisten mit dem Hinweis auf das Recht am eigenen Bild **jegliches** Fotografieren verbieten wollen und dabei auch nicht selten handgreiflich gegen Fotografen vorgehen. Es wird immer schwieriger für die Presse, ihrer Informationspflicht nachzukommen (und es soll ja noch einige Medien geben, die dies auch wollen!).

Makaber wird es schließlich, wenn der Staatsschutz den Spieß dann noch umdreht und Pressefotografen gegen ihren Willen zu Spitzeln gegen Demonstranten machen will. So wurden kürzlich in Hannover gegen den Protest der Redakteure in den Räumen der „Hannoverschen Neuen Presse" Fotos beschlagnahmt, auf denen Demonstranten zu sehen sind. Die Herren Polizisten machen ihre schmutzige Arbeit also nicht nur am Ort des Geschehens, sondern klauen ganz frech Pressefotos, um Demonstranten zu identifizieren und zu verfolgen.

1984 – (George Orwell) ??
Wir sind schon ein paar Jahre weiter !!

„Da – der Zint fotografiert mich, ohne daß ich was merke !"

Bauern vor Gericht

In der vorletzten Ausgabe von „GorlebenAktuell" berichteten wir über die Aktion von ca. 15 Bauern, die Jauche (Gülle) an einer Flachbohrstelle auf dem Land eines Gorleben-Gegners abschließen, und über die damit verbundenen Ermittlungsverfahren. Inzwischen wurde ein weiterer Bauer freigesprochen, die Staatsanwaltschaft hat allerdings Berufung gegen dieses Urteil eingelegt.

Das Landgericht Lüneburg lehnte die Berufung zweier Landwirte gegen das Urteil des Amtsgerichts Uelzen ab. Sie waren wegen der Beteiligung („Nötigung") an der Mai -Blockade 1979 des Lüchower Depots der celler Brunnenbau anläßlich der Entscheidung Albrechts zu Gorleben, zu Geldstrafen verurteilt worden.

Wer von Prozessen oder Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner (das gilt besonders für Termine von Verhandlungen), den/die bitten wir, an die Redaktion zu schreiben (siehe Impressum)!

Bald Gummigeschosse für die Polizei?

Innenminister kündigt Alleingang an / „Gewalttäter vom Leibe halten" / Kritik an GdP-Führung

Eigener Bericht
Böl. **Hannover**

Die bundesweite Diskussion über die ausreichende oder nichtausreichende Bewaffnung der Polizei bei der Auseinandersetzung mit Gewalttätern bei Demonstrationen hat neuen Zündstoff erhalten. Nach Bayern hat nun auch Niedersachsen angekündigt, daß es seine Polizei nötigenfalls im Alleingang mit Hartgummigeschossen ausrüsten wolle, falls sich die Innenminister der Länder und des Bundes auf der Sitzung ihrer Sonderkommission im Mai nicht auf eine gemeinsame Linie einigen. „Wir müssen uns die Gewalttäter vom Leibe halten können", argumentierten führende Polizeibeamte in Hannover bei einem Gespräch mit Innenminister Egbert Möcklinghoff, der daraus seine Schlüsse zog. Weitere Forderung der Polizei: Die Wiedereinführung des 1970 veränderten Landfriedensbruch-Paragraphen.

Zuvor hatte Möcklinghoff auf der Versammlung, zu der die örtlichen Gruppen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) eingeladen hatten, seine Besorgnis darüber geäußert, daß Bund und Länder in Fragen der inneren Sicherheit „auseinanderzudriften" drohen: „Im Gegenteil ist eine konzertierte Meinung dringend notwenig." Er wies auf die Uneinigkeit der Länderinnenminister bei ihrer letzten Konferenz über Fragen des rechtlichen Instrumentariums und der Einsatzmittel für die Polizei hin und äußerte Kritik an Bundesinnenminister Gerhart Baum, weil dieser bereits nach der Konferenz in Bonn gesagt habe, eine Veränderung der Strafgesetze und der Polizeibewaffnung käme nicht in Frage.

Während sich der niedersächsiche Innenminister in seinem Vortrag auf die Bemerkung zurückzog, es müsse „jenseits des Schlagstocks" Möglichkeiten geben, sich Gewalttäter vom Leibe zu halten, wurde er in der Diskussion über die Bewaffnung mit Gummigeschossen deutlicher: „Wenn man sich in Bonn nicht einigt, werden wir das in Niedersachsen machen."

Angeregt zu dieser deutlichen Aussage wurde Möcklinghoff durch einen leitenden Polizeidirektor der Bereitschaftspolizei, der unter dem Beifall seiner Kollegen dringend die Einführung dieser Waffe gefordert hatte: „Wir müssen uns die Gewalttäter nicht nur vom Leibe halten, sondern sie auch unschädlich und kampfunfähig machen, damit sie der Justiz ausgeliefert werden können. „Der Polizeibeamte wies auf Erfahrungen der Schweizer und der amerikanischen Polizei mit den Hartgummigeschossen hin, die ähnlich wie Schrot verschossen werden und bis auf eine Entfernung von 25 Metern Wirkung zeigen. Hauptargument der Polizei: „Dadurch wird der Gebrauch der Schußwaffe noch weiter nach hinten gedrängt."

Ebenso energisch forderten die Polizeiführer, zu deren Sprecher sich Landeskriminaldirektor Hans Reisacher machte, die Wiedereinführung des alten Landfriedensbruch-Paragraphen, der 1970 verändert und nach Ansicht der Polizei „verwässert" worden ist. Reisacher: „Nach der Neufassung hat die Kriminalpolizei so gut wie keine Ermittlungsansätze, weil sich Gewalttäter in einer anonymen Masse verstecken können und von dieser gedeckt werden. Man muß auch diesen Tarnern Strafe androhen und die Mitläufer, die sich nach dreimaliger Aufforderung nicht von den Gewalttätern absondern, zur Verantwortung ziehen können."

Umstritten war die von einigen Polizeibeamten erhobene Forderung nach einem Verbot der Vermummung für Demonstranten. Praktiker wiesen darauf hin, daß eine Abgrenzung ebenso schwierig sei, wie die Durchsetzung eines solchen Verbotes in einer Menge von 1000 oder mehr Demonstranten. Dennoch sagte Möcklinghoff, mit einer solchen Maßnahme könne man „ein Zeichen setzen".

Kritik aus den eigenen Reihen wurde gegen den Bundesvorsitzenden der GdP, Helmut Schirrmacher, laut, der ähnlich wie Bundesminister Baum geäußert hatte, rechtliches Instrumentarium und Bewaffnung der Polizei reichten aus. Führende GDP-Mitglieder äußerten in Hannover den Verdacht, der Bundesvorsitzende habe offenbar den Kontakt zur Basis verloren.

In einer Presseerklärung der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PDB) wurde am Mittwoch ebenfalls die Einführung der Hartgummigeschosse gefordert. Nach Ansicht des PDB betreibt Schirrmacher eine Politik der Vermiedlichung.

HAZ 19.03.81

Brokdorfnachlese

Wir haben uns in der Redaktionsgruppe überlegt, daß wir uns bei unserem Brokdorfartikel auf die Lüneburger Vorbereitungen beschränken wollen, da es inzwischen genügend andere Berichte über die Demo selbst gibt.(Atomexpress, Brokdorfinfo, AK usw.)

Am Freitag vor der Demo versuchte die Lüneburger Bezirksregierung auf unverschämte Weise, die Lüneburger AKW-Gegner doch noch von der Fahrt nach Brokdorf abzuhalten.

Dazu hatte sie in der „Lüneburger Landeszeitung". (Niedersächsisches Tageblatt) folgende Warnung ausgesprochen:
„– Jeder, der ordnungswidrig handle, könne mit einer Geldbuße bis zu 1000 DM geahndet werden."

Als ordnungswidrig galt, wer:
- *an einer verbotenen Versammlung teilnahm*
- *öffentlich in einer Versammlung oder durch das Verbreiten von Schriften Ton- oder Bildträgern zur Teilnahme an einer Veranstaltung auffordere*
- *Waffen oder andere gefährliche Gegenstände bei sich trage oder sie zur Veranstaltung schaffe bzw. sie dort bereithalte*

der mache sich strafbar und nehme eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder eine Geldstrafe in Kauf.

Der Beihilfe zu einer Straftat mache sich schuldig wer:
- *Fahrzeuge zur Verfügung stellt, mit deren Hilfe eine strafbare Handlung möglich würde.*

Uns war klar, daß wir derartig massive Einschüchterungsversuche nicht tatenlos hinnehmen konnten.Wir verfassten darauf hin ein Flugblatt, in welchem wir diese unerhörten Einschüchterungsversuche zurückwiesen und aufs schärfste gegen die versuchte Kriminalisierung der Akw-Gegner protestierten.(Außerdem war zu diesem Zeitpunkt eine juristische Klärung des umstrittenen Demoverbots noch nicht gelaufen.)

Für uns war es ein unheimlicher Erfolg, daß dieser versuchte Einschüchterungsversuch letztendlich keinen davon abhalten konnte nach Brokdorf zu fahren. Ganz im Gegenteil, nie zuvor hatten sich soviel Leute aus Lüneburg zusammengefunden, um gemeinsam zu demonstrieren!

So starteten wir dann am Samstag morgen mit ca. 300 Leuten Richtung Brokdorf.

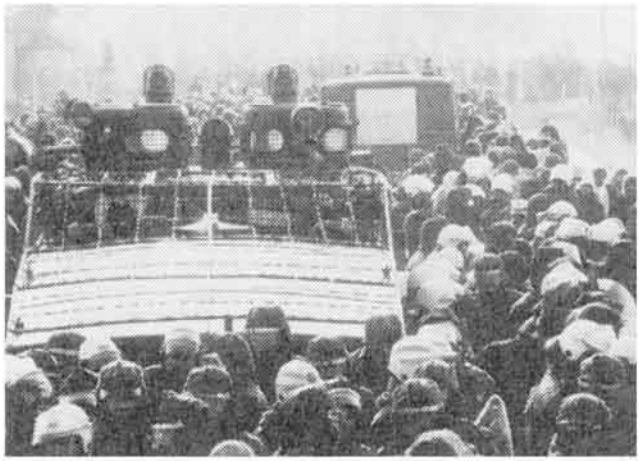
Polizeisperre in Stelle.

Am Freitagabend gegen 22 Uhr erfuhren wir durch mehrere Telefonanrufe, das auf der B4 zwischen Lüneburg und Maschen, kurz vor dem Ortseingang von Stelle, eine massive Polizeisperre aufgebaut wurde. Morgens am Sammelplatz wurde die Diskussion über diese Situation mit dem Beschluß beendet, trotz Sperre diese Route beizubehalten und durch Druck weiterzukommen. Während der Vorbereitungsveranstaltung, die mit 300 Leuten einmalig gut besucht war, wurde bei der Frage, ob man sich durchsuchen läßt, beschlossen vor Ort zuentscheiden. Es war klar, daß man das Ziel Bauplatz nicht aus den Augen verlieren wollte, und nicht Stunden auf einem Parkplatz verbringt, wie es teilweise in Kalkar passiert ist – andererseits waren viele einfach nicht bereit, sich sofort durchsuchen zu lassen – und diese Maßnahmen des Staatsapperates, deren einziger Sinn ist, uns aufzuhalten und einzuschränken, widerstandslos hinzunehmen.

Wir stellten den Konvoi so zusammen, daß vor den Bussen 3 PKWs fuhren, die im Falle einer Sperre auf der Fahrbahn bleiben würden (in Stelle war die Sperre genau vor einem großen Parkplatz), hinter den Bussen fuhren wieder PKWs, die auf das Sperrezeichen hin sofort auf die Überholspur fahren sollten, um diese ebenfalls zu blockieren. Die weiteren Fahrzeuge und die Lüchow-Dannenberger schlossen auf. Es lief auch genau wie abgesprochen. Wir hatten die Straße eher dicht als die Bullen. Die Leute sind dann alle raus aus Bussen und Autos, haben Ketten gebildet und forderten mit Sprechchören die sofortige Weiterfahrt.

Der Einsatzleiter, wohl etwas verschreckt von unserer raschen Handlung, reagierte mit der Aufforderung, sofort die PKWs von der Straße zu räumen, sonst würde er den Schlagstock einsetzen lassen. Was beides selbst nach der dritten Aufforderung nicht geschah.

Als der Einsatzleiter nach einer halben Stunde „anbot", uns weiterzulassen, wenn wir einzeln, Fahrzeug für Fahrzeug



vorfahren und uns durchsuchen lassen würden. Er sagte, daß Helme und Transparente samt ihren Stangen keine Waffen wären. Es wurden Stimmen wie, „was soll dieser Kinderkram, wollt ihr euch daran aufgeilen hier ne halbe Stunde die Straße dicht gemacht zu haben!" und „ Ich will friedlich demonstrieren, also kann ich mich auch durchsuchen lassen!" lauter. Die Vertrauensleute trafen sich wieder, mit dem Ergebnis, daß wir uns auf einen Kompromiß einlassen wollten: Zwei Bullen durchsuchten den stehenden Konvoi in unserem Beisein. Der Einsatzleiter war einverstanden und trabte dann gleich mit noch jemanden los. Die Durchsuchung ging ziemlich schnell. Wir fuhren weiter Richtung Bauplatz!

Wir finden es unheimlich wichtig, daß wir uns mit der sich immer mehr verschärfenden Kriminalisierung der ganzen demokratischen Bewegung (AKW-Gegner, Hausbesetzer, usw.)auseinandersetzen.

So wurden z.B. im Zusammenhang mit der Brokdorf-Demo. 65 Menschen festgenommen, mißhandelt und erkennungsdienstlich behandelt.Es kommt noch schlimmer: Drei Demonstranten soll ein gemeinschaftlicher Mord an einen Polizeibeamten angehängt werden.

Am Samstag, 14.3. wurde im Niedersächsischen Tageblatt für Tathinweise sogar eine Belohnung von 5000 DM ausgesetzt...!

Garantiert wird Straffreiheit für den Informanten, welcher ja zwangsweise aus den Reihen der Demonstranten stammen muß und somit „ordnungswidrig" gehandelt hat. Wir halten es für eine himmelschreiende Unverschämtheit, daß die „Rechtsorgane" zum einen versuchen Demonstranten als Mörder zu verufen und dann auch noch berechnend ein unsolidarisches Verhalten anderer Demonstrationsteilnehmer fordern. Wir solidarisieren uns mit allen Opfern staatlicher Willkür und fordern:

-Schluß mit der Krimminalisierung von Demonstranten
-Freilassung aller bisher verurteilten und inhaftierten Demonstranten!

Ermittlungsaufruf!

Es ist zu befürchten, daß die 65 auf der Brokdorfdemo festgenommen Demonstranten in einer Prozeßlawine stellvertretend für uns alle strafbar gemacht werden sollen! Es ist von daher unheimlich wichtig, Augenzeugenberichte und Betroffenenberichte von der Demo zusammenzutragen.

Die Berichte von Euch sollen enthalten:
Name und Adresse
-Wann wurde ansonsten–wem und in welcher Situation–Personalien von der Polizei abgenommen.
Wichtig: Stellt bitte Bildmaterial zur Verfügung.
Berichte an:
BUU (Ermittlungsausschuß)
2000 Hamburg 76
Bartelsstraße 26
Te. Werktags 17 bis 19 Uhr: 432171

Spenden für Ermittlungs-und Prozeßkosten.
Stichwort „Ermittlungsausschuß", Nr. 1118413
BLZ 200 300 0 Vereins- und Westbank.

Solidarität hilft siegen!

ZU DEN VORFÄLLEN IN NÜRNBERG:

1,2,3 - Laßt ALLE Leute frei!

Wir fühlen uns als Atomgegner unmittelbar betroffen von den Vorfällen in Nürnberg.
141 Besucher eines Jugendzentrums wurden in verschiedenste Gefängnisse Bayerns gesteckt und dort bis zu 14 Tage lang festgehalten, weil einige Stunden zuvor während einer spontanen Demonstration gegen die Wohnungsnot einige Scheiben zu Bruch gingen. „ Schwerer Landesfriedensbruch " lautet die pauschale Anklage - eine Prozesswelle ist bereits angekündigt. Mit bayrischen Methoden („gesetzwidrige Nervenkriege zur Aussagenerpressung" - so ein Rechtsanwälteteam) wurden inzwischen 70 Jugendliche „überführt" , an dem „gewaltsamen Marsch" teilgenommen zu haben. Hierbei wurden einzelne Jugendliche vor die Entscheidung gestellt, entweder zu „gestehen" oder einen noch längeren Aufenthalt im Knast zu riskieren.
Die Justiz versuchte von Anfang an nicht einmal den Schein einer Unabhängigkeit zu wahren, sondern handelte **nur noch** als verlängerter Arm der Staatsschutzorgane: Richter wurden rechtswidrig ausgewechselt, hektographierte Haftbefehle serienweise unterzeichnet, Entlastungszeugen abgewiesen, die Verhafteten wurden rücksichtslos und tagelang von Verwandten und Freunden isoliert. All diese - offensichtliche Rechtsbrüche einschließenden - Maßnahmen werden von der CDU/CSU vollkommen verteidigt, während sich SPD-Politiker insbesondere darüber beschweren, daß die Verfolgungsaktion auf „Unschuldige" ausgedehnt wurde. Neben dieser rein spalterischen Argumentation war **prinzipielle** Kritik an den Verhaftungen aus dieser Ecke kaum zu hören, von praktischen Protestaktivitäten ganz zu schweigen. Massiv unter Beschuß geraten ist jedoch bezeichnenderweise der einzige(!) Bundesverfassungsrichter, der den Mut zur Kritik an der bayrischen Justiz aufbrachte: diese Kritik sei *„unverantwortlich...Bei einem Arzt würde man von einem Kunstfehler sprechen"* -so einer der hauptverantwortlichen Nürnberger Staatsanwälte, Schmidt (SPD-Mitglied),lt. Taz vom 20.3.

Falls das Nürnberger Beispiel Schule macht - und gerade das wird ja von Strauß und Co. ausdrücklich gefordert - müßten hierzulande 200.000 Menschen oder mehr eingesperrt werden: die über 100.000 Teilnehmer der verbotenen Brokdorf-Demonstration, die Zig-Tausend Teilnehmer von Demonstrationen in Freiburg, Westberlin usw. Die bestehenden Gefängnisse könnten die Masse der Inhaftierten gar nicht fassen, falls nach bayrischem Muster „der Rechtsfrieden wiederhergestellt" werden würde. Es müßte dann wohl auf Fußballstadien oder in Bayern auf ein neu einzurichtendes Lager in Dachau zurückgegriffen werden.

Die Begleitmusik zu „Nürnberg" macht jedoch deutlich, daß hier kein Ausrutscher eines verrückten Bayern vorliegt, sondern daß immer eindeutiger statt Integration auf eine polizeiliche Zerschlagung der aktiven Protestbewegung gesetzt wird:

- Zeitgleich zu „Nürnberg" wurde Freiburg in eine Polizeiburg verwandelt und die Alternativszene ohne Pardon von den Weisbehelmten heimgesucht.

Direkt nach der Brokdorf-Demonstration kündigte Bayern ein „Verfahren wegen Mordversuch" gegen unbekannte Demonstrationsteilnehmer an. Inzwischen werden in den Massenmedien Demofotos der Polizei als Steckbriefe eingesetzt und per Kopfgeld nach Atomgegnern gefahndet.

-Der bayrische Innenminister Tandler kündigte gegen *„Störer"* Situationen an, *„in denen der Schußwaffengebrauch zur Diskussion stehen muß"*.

-Die bayrische Forderung nach polizeilicher Aufrüstung mit „Hartgummigeschossen" (die wie Schrotgewehre nur mit breiter Streuung und mit u.U. tötlicher Wirkung funktionieren) wird inzwischen auch vom niedersächsischen Innenministerium unterstützt, das darüberhinaus eine Verschärfung des Landesfriedensbruchparagraphen fordert, sowie ein „Vermummungsverbot" für Demonstrationsteilnehmer.

All diese Maßnahmen laufen parallel mit dem Ausbau des Atom- und Kriegsrüstungsprogramms der Bundesregierung und sollen es wohl -auf Teufel komm heraus- durchsetzen.
Warum schreiben wir das alles?
Wir gehen davon aus, daß in Nürnberg nicht zufällig „Unschuldige" getroffen wurden: **alle** sollen getroffen oder zumindest eingeschüchtert werden. Verhindern können wir solche Pläne in erster Linie, wenn wir uns nicht in sogenannte „Friedliche" und „Gewalttäter" spalten lassen, und wenn es der Regierung nicht gelingt, den „harten Kern" zu isolieren um den Rest nur für den Preis strikter Anpassung an diesen Staat zu verschonen.
DESHALB FORDERN WIR: 1,2,3 - LAßT ALLE LEUTE FREI!

□□

Der Wendenknüppel

Den "Wendenknüppel" gibt es vorerst im Eulenspiegel, Lüchow, Wolle und Werkkunst, Hitzacker, im Laden der BI Umweltschutz in Lüchow und beim Morgenstern Verlag in 3131 Schmarsau 37

Ein satirisches Periodikum aus dem Morgenstern Verlag für den Landkreis Lüchow-Dannenberg — Erscheint unregelmäßig Preis 2,— DM

Hamburger AKW-Gegner bereiten eine Dokumentation der Brokdorf-Demonstration vor.
Aus dem Inhalt:
— Vorbereitung der Demo seit Dezember 1980 — Gesamtüberblick der Demonstration — Berichte und Einschätzungen aus verschiedenen Städten — Politische Auseinandersetzung — Perspektiven der Weiterarbeit — und viele Fotos.
Voraussichtlicher Umfang 50 Seiten
Bitte bestellt schon jetzt bei:
BUU-Hamburg, Bartelsstraße 26, 2000 Hamburg 6, Tel.:040/4398671 oder AK Politische Ökologie, Postfach 202, 2000 Hamburg 6

Atomexpress wird herausgegeben vom:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie - Redaktion -
Büro: Marienstr.10 Postfach 45
34 Göttingen Tel.0551/7700158

□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□

Der BBU gibt Ende März ein neues Infoblatt zum Nordhessischen Wiederaufarbeitungskonzept heraus. Bestellungen: BBU-Geschäftsstelle, Hellbergstr. 6, 7500 Karlsruhe 21

Der „Nordhessische Umweltbote", Zeitung der Nordhessischen Bürgerinitiativen kann abonniert werden durch Einzahlung von DM 6.- für 6 Ausgaben(einschl. Porto) auf das Konto 6055 25 09 bei: Volksbank Fritzlar (BLZ 520 917 00), Kto.-Inhaber: W. Wackerbarth; Bestelladresse: W.Wackerbarth, Neustädterstr. 6, 3580 Fritzlar

„ Das Trockenlagerkonzept - eine kritische Beschreibung" vom Verein für Umwelt - und Arbeitsschutz. 94 Seiten, 3 DM. Erhältlich bei VUA, Fehrfeld 6, 2800 Bremen 1

Vorankündigung: Das WENDBLATT ist bald wieder da!
Habt ihr Annoncen, Artikel, Ideen, laßt sie bei uns sehen. Kontakt: Jobst Quis, Mammoißel Nr. 12, Tel.: 05844/1361

VERLAUTBARUNG

DWK Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen GmbH

BLG Brennelementlager Gorleben GmbH

An die Bürger des Landkreises Lüchow-Dannenberg!

Die Aufgabe unserer Unternehmen ist die Entsorgung der Atomkraftwerke. Zu diesem Zweck haben wir beim Niedersächsischen Sozialministerium die Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben beantragt. Durch den Widerstand der betroffenen Bevölkerung sah sich Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht gezwungen, unserem Antrag vorerst nicht stattzugeben.

So können wir unsere Pläne nur schrittweise verwirklichen. Unser erster Schritt im Entsorgungsprogramm ist der Antrag auf Errichtung von Atommüllagern für die Lagerung von abgebrannten Brennelementen. Der Betrieb der laufenden Atomreaktoren müßte eingestellt werden, wenn nicht innerhalb kürzester Zeit ein Lager für diesen Atommüll zur Verfügung stände.

Der Bau des Atommüllagers Gorleben darf sich auf keinen Fall verzögern. Deshalb haben wir ein Genehmigungsverfahren nach § 6 Atomgesetz gewählt. Dieser Paragraph gibt dem Bürger keine Möglichkeit, auf dem Rechtswege unsere Pläne zu behindern.

Wir glauben, daß die PTB als Genehmigungsbehörde auch die eingegangenen Einwände und die Anhörung nicht zum Anlaß nehmen wird, unserem Antrag nicht stattzugeben.

Wir meinen, daß die Bürgerbeteiligung, der Dialog mit den Betroffenen, notwendig ist. Auf mehreren Veranstaltungen haben sich unsere Spezialisten mit den Bürgern des Landkreises auseinandergesetzt. Wir mußten eingestehen, daß unser Sicherheitsbericht unvollständig ist, daß unser Lagerkonzept momentan große Mängel hat und daß die Entsorgung der Lager völlig ungeklärt ist. Jetzt brauchen wir das Vertrauen der Bürger in die Fähigkeiten unserer Mannschaft. Wir werden alles tun, um die Mängel zu beheben. Eine 100%ige Sicherheit wird es für Atomanlagen nie geben.

Der Fortschritt hat seinen Preis. Für die Zukunft unserer Industrienation sind Entscheidungen zu fällen, für die es wichtigere Dinge gibt als Wohlergehen, Gesundheit und Leben einzelner Menschen.

Bedenken Sie die vielen Vorteile, die sich durch unser Engagement in Ihrer Heimat ergeben.

Wir schaffen 65 neue Arbeitsplätze. Dabei denken wir natürlich in erster Linie an das Schicksal der Landwirte, die bedauerlicherweise gezwungen sein werden, ihre Milchwirtschaft aufzugeben.

Schon bald wird ein perfektes Netz neuer, gut ausgebauter Straßen das Wendland durchziehen.

Alles wird neuer, schöner, besser, größer.

Vertrauen Sie uns!

Legen Sie Ihre Zukunft in unsere Hände!

Januar 1981

gez. Dr. Scheulander (DWK)

gez. Dr. Sägemehl (BLG)

„Eine Sammlung von Lügen"

Gorleben. Die atomrechtlichen und baurechtlichen Genehmigungsverfahren für nukleare Anlagen im Raum Gorleben geben dem Bürger ein umfassendes Recht, seine Interessen durch Einwendungen und auch auf dem Rechtsweg zu wahren. Mit diesem Hinweis ist die Gesellschaft „Brennelement-Lager Gorleben" (BLG) Behauptungen auf Anfang der Woche aufgetauchten Plakaten entgegengetreten, die durch die äußere Aufmachung und durch das Verwenden der Firmennamen von DWK und BLG den Eindruck erwecken sollen, daß es sich um eine Information dieser beiden Firmen handelt. Ferner hat die BLG bekräftigt, daß für das Zwischenlager keine neuen Straßen entstehen müssen und daß die Landwirtschaft und die Milchwirtschaft in keiner Weise durch die Errichtung und den Betrieb des Zwischenlagers beeinträchtigt werden.

Ein Sprecher der BLG erklärte zu dem von Unbekannten verfaßten Plakattext: „Neben der Tatsache, daß das Verteilen der gefälschten Plakate eine strafbare Handlung darstellt, sollte noch einmal klargestellt werden, daß es sich bei dem Text um eine Sammlung von Lügen handelt, die nur dem Zweck dienen kann, Unruhe zu erzeugen, um eine vernünftige Diskussion zum Beispiel im Rahmen der Anhörung unmöglich zu machen."

EJZ 28.01.81

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016